Konkret

7 JULI 19.. 5,- DM C 4143 E

Ich

Ich tu was!

Ich tu was!

Ich tu was!

Konkret

in konkret Juli 1983

Vorwort von Manfred Bissinger

An KONKRET

Ein Agent im Fummel von Hermann L. Gremliza

Nachrichten

Übertölpelt, überfordert, überrumpelt von Alexander Kiss
Während die Münchner Stadträte vor der CSU-Landesregierung kapitulierten, blieben die Lindauer standhaft: ihre Stadt bleibt atomwaffenfreie Zone.

»Ich tu was!« von Tom Schimmeck
Politiker und Militärs versuchen, sich mit schärferen Demonstrationsgesetzen und Betonmauern auf den heißen Herbst vorzubereiten. KONKRET berichtet, was die Friedensinitiativen planen, wie ein gewaltloser Widerstand aussehen kann und wer dabei mitmachen wird.

»Ein legitimes Kind unserer Demokratie« von Werner Heine

Da hilft nur noch Amnestie von Werner Heine
Warum die Stationierung neuer Raketen verfassungswidrig ist und welche Widerstandsmöglichkeiten es gibt.

Auf der Suche nach dem Nichts von Sabine Bredy
Glaube, Hoffnung, Lüge: Mindestens 200.000 junge Leute unter 20 suchen einen Ausbildungsplatz. Sie haben keine Perspektive. Kanzler Kohl, der vor der Wahl allen eine Lehrstelle versprach, dankt jetzt für das Vertrauen und reicht die Jugendlichen dahin zurück, wo sie herkommen - ans Arbeitsamt

Massenmord im Hinterhof von Kai Hermann
US-Präsident Ronald Reagan will mit einer »totalen militärischen Lösung« die Vorherrschaft der Vereinigten Staaten in Mittelamerika zementieren.

Der häßliche Deutsche: Minister des Friedens von Otto Köhler
Auf der Bonner Hardthöhe sitzt ein Mann, der keine Angst vor dem Krieg hat.

Woman is the Nigger of the World von Ute Büsing
Sozialhilfe und öffentliche Dienstleistungen werden gekürzt, Abtreibungen geächtet, gleiche Bezahlung am Arbeitsplatz verweigert - die Reagan-Politik trifft die Frauen in den USA am härtesten.

»Von der Etsch bis an den Belt...« von Stefan Hinz
In Berlin ist immer was los. Am 17. Juni, dem Feiertag der Wiedervereiniger, fand sich in Berlin ein Haufen Rechter ein. Die »Konservative Aktion«. Geführt vom ZDF-Moderator Gerhard Löwenthal und geschützt vom gesamten Polizeiapparat konnte sie drei tage ihre deutschtümelnden Rituale in der »Hauptstadt« aufführen. KONKRET-Autor Stefan Hinz hat an den konservativen Aktionen teilgenommen.

KONKRET-Extra: Wie gefährlich ist Luther? von Hubert Fichte
Sklaverei und Völkermord, Rassismus und Frauenfeindlichkeit, Unterdrückung der Arbeiterklasse und Ausmerzung der Homosexualität, Verheerung der Umwelt und Sanktion der Kriege - die Bibel macht's möglich. Das Buch der Liebe ist ein Buch der Knechtung. Martin Luther, dessen 500. Geburtstag in diesem Jahr gefeiert wird, hat erheblich dazu beigetragen.

Psychopolitik im Kalten Krieg von Günter Amendt

»Derzeit liegen negative Merkmale nicht vor« von Jürgen Saupe
Vor jedem Kredit liegt die Durchleuchtung der Bürger, auch wenn es sich um eine Bestellung beim Versandhaus handelt. Wie das Auskunftssystem funktioniert, und wo überall Informanten sitzen, erklärt KONKRET am Beispiel des Vereins »Creditreform«.

Öko-Tips

Schlechte Zeiten für Seiltänzer von Stefan Hinz
AIDS ist nun auch bei uns: an der heimtückischen Krankheit aus den USA, zunächst nur männlichen Homosexuellen zugeschrieben, sind mehr als 100 Bundesbürger erkrankt, sechs gestorben. Die Ärzte sind ratlos, die Medien nicht. Wenn sich AIDS schon nicht bekämpfen läßt, muß wenigstens auf die vermeintlichen Verursacher eingeprügelt werden.

Der W-Faktor von Diedrich Diederichsen
»Bruttosozialprodukt«: Das ironisch gemeinte Lied hat sich als Wende-Schlager durchgesetzt.

Plattentips von Sabine Bredy

VolksMusik von Kai Hermann
Zehn Jahre nach seiner Ermordung erscheint bei uns eine Kassette des chilenischen Sängers Victor Jara.

Das Meer macht alles wieder gut von Tommaso di Ciaula
Durch sein Buch »Der Fabrikaffe und die Bäume« wurde der italienische Arbeiter Tommaso di Ciaula auch bei uns bekannt. Weil er nicht länger »Fabrikaffe« sein wollte, fing di Ciaula an, sich mit dem Schreiben zu wehren: gegen die entfremdete Arbeit und gegen die Zerstörung seiner Heimat. Für KONKRET beschreibt er sein Apulien.

Mit dem ganzen Körper von Hermann Peter Piwitt
Hermann Peter Piwitt über den apulischen Bauernsohn, Fabrikarbeiter und Dichter Tommaso di Ciaula.

Film von Oliver Tolmein
Krüppels Traum

Die Tragödie eines Bullen von Wolf Donner

Sie hat Narben hinterlassen von Thomas Brasch
Nachruf auf eine, die geblieben, von einem, der gegangen ist. Thomas Brasch (»Vor den Vätern sterben die Söhne«, »Rotter«) verließ die DDR 1976.

Deutschland, wie es sich wäscht von Horst Janssen
Unter diesem Titel hat Horst Janssen wieder für KONKRET geschrieben + gezeichnet. Der Text entstand vor drei Monaten, jetzt hat er Ihn mit einem neuen Vorspann zum Druck freigegeben. Im Begleitbrief schreibt Horst Janssen: »Wenn's mit dem Waschen losgeht - mit der Säuberung - dann ist Alarmstufe 1.«

Bücher: Ein deutsches Lyrogramm von Peter Roos
Im Einstampfen von Druckwerken kommt das Haus Bertelsmann nicht aus der Übung: Nach Hitler nun Carstens. Zehntausend Exemplare der Gedichtsammlung des Hbundespräsidenten wurden wegen massenhafter Fehler eingezogen (die Literaturgeschichte muß nicht neu geschrieben werden).

Bücher: Ringelpiez im Feuilleton von Wolfgang Pohrt

Ein Suhrkamp-Philosoph auf der Bestseller-Liste: vierzigtausendmal tausend Seiten »Kritik der zynischen Vernunft« von Peter Sloterdijk - woher kommt solch ein Erfolg?

Bücher: »So dumm kann keine Weltmacht sein...« von Oskar Lafontaine

Der Saarbrücker Oberbürgermeister Oskar Lafontaine stellt Erhard Epplers neues Buch zur Friedensdiskussion vor.

Gremlizas Express von Hermann L. Gremliza

Konkret 07/83, S. 4

Manfred Bissinger

Vorwort

Die Bundesrepublik Deutschland ist bekanntlich »der freiheitlichste Rechtsstaat auf deutschem Boden, den es je gab«. Wer könnte diesen Satz nicht im Schlaf singen, wer sollte nach absolutistischem Bismarck- und Kaiserreich, nach mißgeratenem Weimarer Versuch, nach blutrünstigem Dritten Reich an ihm zweifeln? Und doch werden wir seit Monaten mit Vorgängen und Tatsachen konfrontiert, die mit dem modischen Wort von der Wende allein nicht mehr zu fassen sind. Da ist mehr beabsichtigt, da ist mehr geplant, da wird mehr verwirklicht. Nehmen wir nur die Nachrichten von einem einzigen Tag, vom Dienstag, dem 2 1. Juni. Zitieren wir nur aus einer Zeitung, der »Frankfurter Rundschau«. Dort finden sich auf zwei Seiten Meldungen und Berichte aus der deutschen, Verzeihung, westdeutschen Innenpolitik:

»Flick Akten werden verweigert« - oder wie die Bundesregierung die Arbeit des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Bestechung von Ministern und Abgeordneten durch den Industriekonzern Flick behindert.

»Koalition plant Schnellschuß zur Parteienfinanzierung« - oder wie CDU/CSU und FDP im Schnellverfahren ein Gesetz durchpauken, mit dem sie den Bürgern in die Tasche greifen und gleichzeitig die von Flick bestochenen Politiker amnestieren können.

»Neonazis verbreiten widerwärtiges anti-jüdisches Brettspiel« - oder wie in der Bundesrepublik immer häufiger Spiele auftauchen, bei dem derjenige gewinnt, der zuerst sechs Millionen Juden in Gaskammern vernichtet.

»Historische Konstruktion« - oder warum der Minister und CDU-Generalsekretär Heiner Geißler sich weigert, seine Äußerung, der Pazifismus der dreißiger Jahre habe Auschwitz erst möglich gemacht, zurückzunehmen.

»Rückkehrprämie für Ausländer kommt« - oder wie die Bundesregierung mit Geldprämien arbeitslose Ausländer zur Rückkehr in ihre Heimat (Beispiel: faschistische Türkei) bewegen will.

»Bürgerbeteiligung eine Farce« - oder warum Atomkraftgegner in Whyl einen Erörterungstermin verlassen, weil die Ergebnisse schon vorher festgelegt sind.

»Stationierung vorbereitet« - oder wie unabhängig von den Genfer Gesprächen die Bauarbeiten für die Stationierung von neuen Marschflugkörpern begonnen haben.

Und so geht es weiter: *»Die roten Roben und die Politik«,* als neue Verfassungsrichter sind fast ausschließlich rechtsgewirkte Kandidaten vorgeschlagen; *Berliner Journalist wird festgenommen,* obwohl er nachweislich mit der ihm zur Last gelegten Straftat (Unterstützung terroristischer Vereinigung) nichts zu tun hat; *Theologe bejaht Nachrüstung;* und so weiter.

Das alles sind Nachrichten von einem Tag, aus einem Land, eben aus dem »freiheitlichsten Rechtsstaat auf deutschem Boden, den es je gab«. Doch wie lange noch?

Es wird entscheidend davon abhängen, was die Bürger noch alles hinnehmen, WAS WIR UNS NOCH GEFALLEN LASSEN. Die Aktionen gegen die Volkszählung haben gezeigt, daß Widerstand Erfolg haben kann. Der WIDERSTAND gegen die neuen Atomraketen wird klären, wie lange es uns noch gibt. Das klingt ebenso pathetisch, wie es wahr ist.

Wir haben vielen, die über dieses Land nachdenken, telefonisch den Satz vorgelegt: »Ich bin bereit, mich an gewaltlosen Aktionen gegen die Stationierung neuer Atomraketen in der Bundesrepublik zu beteiligen.« Das Ergebnis der Umfrage haben Sie auf dem Titel gesehen, weitere (alle konnten wir nicht drucken) Unterzeichner finden Sie in der Geschichte auf den Seiten 12 bis 25. Fast alle haben spontan zugestimmt, kaum einer die Gefahren geleugnet, die der Bundesrepublik in diesem Herbst drohen. Sie wollen mitmachen, wenn es darum geht, die Aufstellung der Pershing II und der Marschflugkörper zu verhindern. Die Gefahr ist groß, daß die Verfassung gebrochen wird, daß die Notstandsgesetze aus den Schubladen geholt, daß geschossen wird - und sei es von amerikanischen Soldaten, die sich auf ihre Besatzerrechte berufen, oder ihren deutschen Hilfswilligen.

Jetzt müssen die Medien mobilisiert werden, der »Spiegel« ist schon da, der »Stern« wird zeigen können, ob er endgültig gleichgeschaltet ist. Das Fernsehen, ob es abgeschaltet ist.

Hoffnung besteht wenig, und weil es so gut paßt, noch etwas zum »Stern«. Nicht über den wöchentlichen Zynismus, der einzelne Redakteure schon so unempfindlich für das Leben draußen vor der goldenen Tür macht, daß sie jugendlichen Arbeitslosen vorschlagen, ihre Misere einfach dadurch zu beenden, daß sie sich selbständig machen (Seite 26).

Nein, von der professionellen Fälscherwerkstatt soll nochmal die Rede sein. Bislang wurde die ja immer nur in Pankow lokalisiert. (Wer bitte hat, als der platte Betrug mit den Hitler-Tagebüchern aufgeflogen war, die Behauptung, das komme

alles aus Ost-Berlin, zurechtgerückt?)

Die KONKRETe Berichterstattung über die »Stern«-Affäre hat Beachtung bis in die Spalten der »New York Times« gefunden. Vor Ort, im Hamburger Verlagshaus, hat sie wohl mehr Betroffenheit und bei einigen auch blanke Wut ausgelöst. Wer läßt sich schon gern erwischen. Für alle, die noch mehr wissen wollen, hat KONKRET-Autor Erich Kuby ein Buch geschrieben, »Der Fall 'Stern' und die Folgen«. Es ist auch eine Analyse der bundesdeutschen Gegenwart und erscheint im August bei Hoffmann & Campe.

Vorher ein Nachtrag. Sie erinnern vielleicht noch den »Stern«Reporter, liberal, unabhängig, den Verlags- und Redaktionsmächtigen trotzend, der da aus dem Urlaub zurückkam und durch die Flure schmetterte: »Mit Verbechern will ich nicht in einem Boot sitzen«. Nachdem er ein paar mal drüber geschlafen hatte, wollte er nur noch die oberste Etage abräumen. Doch die hat sich nicht räumen lassen. Sie ist einfach im Amt geblieben. Unser Freund, so werden Sie fragen, ist der dann immer noch dabei? Natürlich. Nur mit noch besseren Konditionen: Ein klangvollerer Titel, etwas höher im Impressum gedruckt und noch mehr Geld. Nun sag' mir bitte niemand, er hätte nicht anders gekonnt. Der hätte! Und sag' bitte niemand, das alles sei branchenüblich. Mag ja sein, keiner mißgönnt den »Stern«Kollegen die gute Kohle, manche haben sie verdient, nur sollten sie uns in Zukunft mit dieser Maulhurerei verschonen.

Aber schreiben wollte ich etwas über die Produktionen aus der Fälscherwerkstatt. Wie gesagt, nicht über die in Pankow, sondern die in der Hamburger Warburgstraße.

Im »Stern« nämlich erschien am 9. Oktober 1980 eine Geschichte über Klaus Altmann alias Barbie, SS-Spezialist für Folter, Mord und Hinrichtung. In diesem Bericht wird viel aus den Tonbändern des »Stern«-Reporters Gerd Heidemann zitiert, auf denen er Barbie seine Lebensgeschichte erzählen ließ. Auszug aus dem »Stern« vom 9. Oktober 1980:

»1942 wird Altmann unter dem Namen Klaus Barbie mit einem Sondereinsatz betraut: im besetzten Südfrankreich soll er mit einem 120 Mann starken 'SS-Jagdkommando' Mitglieder der Résistance, der französischen Widerstandsbewegung, aufspüren und ausschalten. Altmann-Barbie zum »Stern«:

'Diese Elemente und Aktivitäten zu bekämpfen, war Gegenstand meines Auftrages.' Er ist auf furchtbare Weise erfolgreich. Innerhalb von drei Jahren - so haben die Franzosen noch Kriegsende ermittelt - sind durch Folter und Mord, durch Vergeltungsaktionen, Hinrichtungen und Deportationen mehr als 20.000 Menschen ums Leben gekommen.

Altmann-Barbie erzählt: Ich kann mich an einen ganz typischen Fall erinnern: Wir fahren mit einer Kolonne Soldaten durch ein Dorf. Plötzlich kommt von oben aus einem Haus heißer Teer und heißes Wasser! Wissen Sie, was das heißt? Heißer Teer auf die Soldaten! Diese Schreie - nie im Leben werde ich das vergessen. -Was habe ich also gemacht? Oben das Dorf abgeriegelt. Die Panzer umgedreht und dann von hinten ran an den versteckten Feind. Dann über den Bürgersteig rüber und die Wände der Häuser eingedrückt, bis alles, was drin war, zusammenfiel oder zermalmt wurde. Das war mir völlig wurscht. Dann haben wir von der anderen Seite Brandmunition reingeschossen. - Die haben keinen Teer mehr geschmissen, das kann ich Ihnen sagen!'«

So weit der »Stern« 1980. Diesem Barbie schrieb der Reporter Heidemann ein dreiviertel Jahr später einen Entschuldigungsbrief: »Ich kann nur um Verzeihung bitten... Ich bedaure sehr, durch diese dumme Geschichte Ihre Freundschaft verloren zu haben ... «

Wie es wiedergutgemacht werden sollte, zeigte sich im Februar 1983. Klaus Barbie war von Boliviens neuer demokratischer Regierung an Frankreich ausgeliefert worden. Heidemann durfte im »Stern« wieder über seinen Helden berichten. Und weil er ja um Verzeihung gebeten hatte, und alle Barbie-Aussagen über seine Bluttaten in Frankreich nun vor Gericht verhandelt werden, war die im »Stern« von 1980 im besetzten *Südfrankreich* spielende Mordbrenner-Story vielleicht für Barbie doch nicht so gut. Was also macht der »Stern«? Er verlegt die Geschichte ein Jahr nach vorn und läßt sie einfach in *Rußland* spielen. Daß der Wortlaut der Tonbandaussage von 1980 dabei gleich ein bißchen mitgestrafft wird, wer sollte es bemerken? Die Leser sind vergeßlich. Auszug aus dem »Stern« vom 10. Februar 1983:

»Im Juni 1941 begann der deutsche Überfall auf Rußland, der 'Fall Barbarossa'. Klaus Barbie, damals SS-Untersturmführer, wurde an die Ostfront versetzt, zur 'Bandenbekampfung'. Unter dieser Bezeichnung liefen die Aktionen der SD-Einsatzkommandos hinter der Front der Wehrmachtsverbände. Zu den Banden zahlte alles, was die Nazis ausrotten wollten - jüdische Bürger, Hühnerdiebe, Partisanen.

Barbie hatte einen speziellen Feind: 'Wir haben vor nichts Angst gehabt - aber vor den Weibern! Diese Frauen-Bataillone. Wenn einer von uns denen in die Hände fiel! Diese Flintenweiber. Ja, da wurde man hart. Wenn Sie da so Kameraden gesehen haben, die gepfählt waren... Da blieb einem nichts anderes übrig, da ging man eben ran, ganz egal. Ich kann mich an einen typischen Fall erinnern: Man fahrt mit der Kolonne durch ein Dorf, Infanterie auf Panzer aufgesessen. Plötzlich kommt von oben Teer mit heißem Wasser! Wissen Sie, was das heißt? Heißgekochter Teer auf die Soldaten! Diese Schreie. Nie in meinem Leben werde ich das vergessen. Was habe ich gemacht? Oben das Dorf abgeriegelt, unten abgeriegelt, die Panzer umgedreht, Kanone rum, und dann von hinten ran! Nicht geschossen. Von hinten ran, über den Bürgersteig, alles,

was da drin war, fiel zusammen. Alles, was drin war, das war mir wurscht. Und von der anderen Seite dann Brandmunition rein! Die haben keinen Teer mehr gegossen !'«

Sage niemand, die verantwortlichen »Stern«-Redakteure hätten nichts davon gewußt. Sie sind rechtzeitig vor der Veröffentlichung im Februar 1983 aufmerksam gemacht worden. In russischen Dörfern gab es weder mehrstöckige Häuser, aus denen Teer geschüttet werden konnte, noch gab es Bürgersteige. Auch die Erstveröffentlichung von 1980 wurde den Redakteuren vorgelegt. Doch unternommen haben sie nichts. Das Fälschen fing eben nicht erst mit Adolf Hitler an. Vielleicht ist dies ein Hinweis für den vom Stern eingesetzten Untersuchungsführer Prof. Klug. Vielleicht auch einer an die neuen Chefredakteure und ihre Stellvertreter. Es sind ja welche dabei, die durchaus einen Namen zu verlieren haben.

Und da ich gerade dabei bin, Ihnen den wöchentlichen Medienkonsum zu vermiesen, noch ein Beispiel.

Aus Warschau berichten die Alternativen von der »taz« unter Quellenangabe afp/dpa:

»Nicht ganz auf dieser Linie liegen Untergrund-Publikationen von Solidarnosc, die dieser Tage verbreitet wurden und in denen technische Ratschläge für Straßendemonstrationen gegeben werden. Besonders empfohlen wird der Einsatz von Mehl. Mehl bleibt diesen Angaben zufolge an den Plastik-Schildern der Miliz-Soldaten kleben und ist wegen seiner elektrostatischen Wirkung kaum zu entfernen, einmal auf dem Boden mit Wasser vermischt, wird das Mehl außerdem zu einem klitschigen Teig, auf dem die Soldaten nur schwer vorankommen. «

Jetzt wissen wir also endlich, wer für die Schlangen vor den polnischen Bäckereien verantwortlich ist - wie 1953, als Berliner Bauarbeiter mit Unmengen Bananenschalen sowjetische Panzer ins Rutschen brachten, und deshalb noch heute in der DDR Südfrüchte Mangelware sind.

Wir wollen nicht ungerecht sein. Auch KONKRET unterlaufen Fehler. Nur unser Sinn fürs Opportune ist nicht geschärft wie ein Rasiermesser. Es ist auch nicht die Zeit dafür, wie die Meldungen und Berichte von einem einzigen Tag, aus einer einzigen Zeitung beweisen.

P.S. Eine gute Nachricht zum Schluß. Unser Kollege Werner Heine ist mit dem von der Gewerkschaftszeitung »Metall« ausgeschriebenen Journalistenpreis für »Reportagen aus der Arbeitswelt« ausgezeichnet worden. Er mußte nichts erfinden. Für seine Geschichte über »Vergessene Arbeitslose« (KONKRET 12/82) gab es konkretes Material genug.

Konkret 07/83, S. 6

An KONKRET

EINREISE UNERWÜNSCHT

KONKRET 6/83: »Machtkampf der Mullahs« -Kai Hermann über die Situation im Iran

Wie schon vor Jahresfrist muß sich amnesty von Kai Hermann unterstellen lassen, ihre Informationen über die Menschenrechtsverletzungen im Iran seien nicht glaubwürdig. Und wenn Herr Hermann diese Aussage auch im nächsten Jahr wiederholt: sie wird dadurch nicht richtiger.

Faktum ist, daß amnesty Anfang 1983 eine 35seitige Publikation vorgelegt hat, in der die Informationen dargelegt werden, die uns dazu veranlassen, von politischer Verfolgung, von systematischer Folter, von staatlichem Mord im Iran zu sprechen. amnesty ist integer in ihrer Informationspolitik. Aus diesem Grunde stellen wir auch ganz klar, daß die Masse der Hinweise und Informationen uns zu diesen Schlußfolgerungen bringt. Wir stellen gleichzeitig klar, daß die iranische Regierung uns nicht die Möglichkeit gab, diese Hinweise an Ort und Stelle zu überprüfen. Wir fragen dann natürlich in diesem Zusammenhang: *Warum* läßt man amnesty-Leute nicht ins Land? Sollte man etwas zu verbergen haben? Wenn die von uns in der Broschüre »Recht auf Leben? Iran« erhobenen Vorwürfe nicht stimmen sollten, wäre es für die iranische Regierung ein leichtes, uns das Gegenteil zu beweisen, indem sie eine Delegation von amnesty ins Land läßt. Stattdessen werden wir lediglich pauschal beschimpft als Handlanger (des Zionismus, US-Imperialismus etc.) Dies ist der Hintergrund, vor dem Kai Hermann in seinem Artikel meint feststellen zu müssen, die von amnesty verbreiteten Nachrichten über den Iran seien unglaubwürdig.

OTMAR RÜTHER, MITGLIED DES BUNDESVORSTANDES VON AMNESTY INTERNATIONAL

BONN

Es ist bemerkenswert, daß man wenigstens in KONKRET vorurteilsfreie auf vielen Hintergrundrecherchen beruhende Artikel über die Revolution im Iran finden kann. Gerade angesichts des komplizierten und widerspruchsvollen Emanzipationsprozesses des iranischen Volkes ist es wichtig, daß man den schablonenhaften Vorurteilen, wie man sie überall findet, den Versuch entgegensetzt, uns Lesern in der Bundesrepublik Einblicke zu vermitteln, die verstehen helfen und nicht nur vorschnell Vorurteile verfestigen.

ROGER PELTZER

MÜNSTER

Von Kai Hermann war ich bislang wirklich fundierte Berichterstattung gewohnt. Schade, daß sich das jetzt geändert hat. Dieser Bericht über die Iranische »Revolution« ist eine Unverschämtheit, eine Unverschämtheit vor allem an Tausenden Gefolterten und Getöteten, gefoltert und getötet von Menschen, die diese Praxis am Schah-Regime anprangerten. Jetzt, wo Kommunisten verfolgt werden, ist das also anders, jetzt, wo die Tudeh verboten, verfolgt und getötet werden, ist die »Revolution« gescheitert, solange es keine Kommunisten sind, die in den Gefängnissen sitzen, gibt es Revolution. So nicht!

FRANZ SCHMACHEL

BREMEN

X-TE AUFLAGE

KONKRET 6/83: » Von der Milchkuh zum Menschen« - Essay von Karl Pawek

Die Zeiten ändern sich, aber die Karl Paweks bleiben. Die Erde ist eine Scheibe und das Bewußtsein bestimmt das Sein. Gebongt. Und die rein intellektuelle Leistung ist der Stoff, aus dem der Klassenkampf gemacht ist.

Aber die x-te Auflage einer neuen »alten« Theorie oder vielleicht besser, einer alten »neuen« Theorie, na egal, jedenfalls ein Karl Pawek als Gespenst, das durch Europa geht, einfach lächerlich.

Trotz der Verfänglichkeit von Teilen der Argumentation Karl Paweks gilt nach wie vor, »die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt darauf an, sie zu verändern«.

Und eine der heutigen Wahrheiten ist: Entweder verändern wir die Verhältnisse oder die ändern uns; aber eben radikal.

WINFRIED RADEMACHER

AACHEN

Ich als Linker mit meinem traditionellen politischen Verständnis und Handeln, an meiner eigenen Frustration noch nicht erstickt, will hier doch einige Anmerkungen zu Paweks neuem Verständnis linker Politik machen.

Die Aufforderung, sich um »banale« Sorgen seiner Mitbürger zu kümmern, ist zwar gut, aber nicht neu. Seit jeher ist linke Politik unlösbar verbunden mit den Alltagssorgen der Arbeiterklasse, und täglich setzen sich tausende Sozialisten und Kommunisten dafür ein, als Betriebs- und Stadträte und als Mitarbeiter in Bürgerinitiativen.

Interessanter ist da schon die Feststellung, daß Grüne und Frauen mehr für die Veränderung der Gesellschaft bewirken als jahrzehntelange Arbeit von linken Parteien. Da sind wohl Fehler gemacht worden, zum Beispiel ließ sich die KPD 1956 einfach verbieten, und heute halten sich Linke oft zurück, nur weil sie Angst vor Berufsverbot haben. Eigentlich klar, daß sich da Grüne mit ihrer »Weder-links-noch-rechts-Parole« leichter tun, oder?

MANFRED UNGER

PENZBURG

So einfach ist das: Springer schafft nicht die Feindbilder der Bundesdeutschen, er befriedigt nur die Bedürfnisse, die stets vorhanden. Vielleicht ist dieser »gebückte... Mann mit akkuratem Haarschnitt« ein verhinderter Revoluzzer - nur, daß nach Revolution nicht der Sinn ist.

So einfach ist das: zeigt den Jungen wo ihre Pimmel sind, bringt Männer zum Lachen und weist den Frauen die Küchentür - los geht's mit der Revolution. Ein onanierender Zirkusclown im Feministenkleid wird uns somit ins gelobte Land (gemeint ist der Sozialismus) führen.

Nein, Karl, so einfach ist es nicht. Du kannst viele Bäuche streicheln und dennoch keine Einsichten vermitteln. Grün ist die Heide.

REINER W. NETTHÖFEL

LÜNEN

HASSADEUS KOMMT INS LAND

KONKRET 6/83: »Hitlers Sieg über den 'Stern '«

Sie berichten, im Sommer 1982 seien von Polizei und Verfassungsschutz die Telefongespräche des Arndt-Heinz Marx, der eine führende Person in der rechtsradikalen Szene Hessens sei, abgehört worden; unter den Protokollen sei ein Gespräch des Frankfurter »Stern«-Vertreters Rudolf Müller mit Marx, aus dem hervorgehe, »daß der 'Stern' mit regelmäßigen Zahlungen an Marx und andere diesen Topf am Kochen gehalten' habe«. Dies ist falsch.

Richtig ist, daß der »Stern« niemals regelmäßige Zahlungen an Marx und andere geleistet hat. Lediglich im Januar 1980 wurden an Marx für Fotos der Wehrsportgruppe Hoffmann insgesamt DM 150 gezahlt. Im Dezember 1982 erstattete der »Stern« Marx DM 50 Taxikosten, nachdem dieser Material angeboten hatte, daß der »Stern« nicht erworben hat. Im übrigen gibt es weder das behauptete Abhörprotokoll noch hat das behauptete Gespräch zwischen dem »Stern« und Marx über regelmäßige Zahlungen Stattgefunden.

ROLF GILLHAUSEN, CHEFREDAKTION des STERN

HAMBURG

Was der Mohn sich jüngst geleistet, Schulte-Hillen frech erdreistet, war - blickt man voll Zorn zurück - schon ein rechtes Schurken-Stück. Ohne Takt und Feingespür öffnete man weit die Tür Scholl-Latour und - infernal! dem glatten Aal vom »Capital«. Daß dies auf Empörung stieß, stört sie nicht, die »Herr'n vom Kies«; denn man war ja aus auf »Wende«, auf des echten »Stern«es Ende! Hassadeus meint: Nur zu, macht's oa' Blatt der CSU... Doch die Leser - Hessen, Preiß'n - werden, Mohn, dann auf Dich scheißen!

GÜNTHER TRIEDWINDT

HAMBURG

FESTSTELLUNG

KONKRET 5/83: Leserbriefe

Der Lucy Körner Verlag legt Wert auf die Feststellung, daß durch Kürzung wichtiger Passagen eines Leserbriefes falsche Eindrücke entstehen könnten. In dem Artikel von Armgard Seegers über Kristiane Allert-Wybranietz wurden ungeprüft Angaben aus der Zeitung »Buchreport« übernommen, die nicht korrekt sind. Der Ladenpreis der Bücher TROTZ ALLEDEM und LIEBE GRÜSSE beträgt 12 DM und nicht 12,80 DM. Und der Verkauf der Bücher erfolgte noch nie am Buchhandel vorbei.

LUCY KÖRNER VERLAG

FELLBACH

Konkret 07/83, S. 8

Hermann L. Gremliza

Ein Agent im Fummel

Polin (80) sah den Papst und starb - glücklich. Einmal im Leben wollte sie den Papst sehen, jetzt war er zu ihr gekommen: Die Polin stand in Tschenstochau in der Menge, sah den Heiligen Vater. Sie war überwältigt. Plötzlich machte ihr Herz nicht mehr mit. Im Notarztwagen starb sie - mit einem glücklichen Lächeln.

»Bild« am 22.6.83, Seite 1

Mit dem Zurück zur Natur geht der Mensch stets einen leidvollen und hoffnungslosen Irrweg. Aber es geht auch anders - auf dem Weg zu Sabrina.

Club Sabrina, Waterloostr. 10, Tel. 430 0140

»Bild« am 22.6.83, Seite 19

Junge Huren - alte Betschwestern: so ist das Leben. Unappetitlich wird's, wenn alte Hurenböcke zu jugendlichen Betbrüdern mutieren, wenn abgefuckte Zeilenschinder »Gottes Sohn« und »Christi Stellvertreter« anhimmeln, wenn sie täglich zweidutzendmal im Blatt, im Funk, im Fernsehen vor dem »Heiligen Vater« in die Knie sinken und die Kundschaft zur Andacht rufen.

Der katholische Journalist Hans Conrad Zander hat seinen Ekel formuliert: »Als gläubiger Katholik läuft man in den deutschen Funk- und Pressehäusern herum wie ein einsames Kamel mitten in der Wüste. Ich bin deshalb der Überzeugung, daß der hysterische Papst-Kult, der in dieser Wüste inszeniert wird, mit dem katholischen Glauben so wenig zu tun hat wie eine Fata Morgana mit dem See Genezareth... Theologisch gesprochen: Der abergläubische Kult der Massenmedien um Karol Wojtyla ist ein klarer Fall von Papolatrie. Das heißt auf deutsch: Verehrung des Papstes anstelle Gottes. Es handelt sich um eine Sünde gegen das erste Gebot.«

Politisch gesprochen: Es geht nicht um eigenen Glauben, sondern um Vertrieb von Ideologie. Marxistisch gesprochen: Es ist schließlich wurst, ob dem Volk das Opium rein oder verschnitten verabreicht wird. Deutlich gesprochen: Die Kirche, die katholische wie alle anderen, lebt davon, daß es genug Kunden gibt, die nach Betäubung ihrer Schmerzen verlangen - genug Unterdrückte, Ausgebeutete, Getretene, Erniedrigte. Je besser die Umstände des Lebens, desto geringer der Bedarf an Religion und Kirche - gegen die erdrückenden statistischen Beweise für diese Behauptung hilft keine noch so feinsinnige Theologie.

Die katholische Kirche ist sich dieses Zusammenhangs stets bewußt gewesen, der Vatikan hat seine theologischen und politischen Entscheidungen stets daran orientiert und, da es ohne eine herrschende Klasse keine beherrschte gibt, sich immer und überall mit jener verbündet. Das war in den feudalen Gesellschaften des Mittelalters so, und so ist es in der kapitalistischen Gesellschaft. Die Herrschaft treibt der Kirche die Schäfchen zu, die Kirche hütet sie und schert sie noch einmal. Nie hat die katholische Kirche sich bürgerlicher Herrschaft verweigert - keiner demokratischen, keiner diktatorischen und keiner faschistischen. Das Reichskonkordat, der erste Vertrag, den die Nazis mit einer ausländischen Macht abschließen konnten, ist dem »Heiligen Stuhl« noch heute heilig.

Gespür für lohnende Anpassung an wechselnde politische Bedürfnisse hat die katholische Kirche in den Jahren seit dem Zweiten Weltkrieg bewiesen. Der ersten Phase des Kalten Krieges stellte sie den vormaligen Nuntius am Hofe Adolfs als Papst Pius XII. bei, samt einer antikommunistisch-reaktionären Theologie. Die sozialdemokratische Epoche internationaler Entspannung und innerer Reformen begleitete sie mit der sozialen Akzentuierung ihrer Theologie und mit der Wahl eines »Arbeiterpriesters« zum Papst Johannes XXIII.

Aber Linientreue erweist sich in der Kurve: Als sich die Krisen verschärften, wurde das Experiment abgeblasen - in Rom wie in Bonn und den anderen Metropolen. Statt Geldwerten gabs Werte pur: Mut zur Erziehung, Leistungsbewußtsein und Soldatengelöbnisse beim Fackelschein mit Zapfenstreich einerseits, Marienkult, neue Frömmigkeit und dazu passende Päpste andererseits.

Die Wahl des Karol Wojtyla schließlich demonstrierte die Bereitschaft der katholischen Kirche, sich auf die Verschärfung des internationalen Klassenkampfs (Kalter Krieg 11) einzurichten und darin eine nützliche Rolle zu spielen. Daß die deutsch-reaktionären Kardinäle Höffner und Ratzinger diese Wahl initiiert hatten, hätte den Zweck der Übung erkennbar machen müssen.

Karol Wojtyla hat die in ihn gesetzten Erwartungen nicht enttäuscht. Auf seinen Reisen durch Süd- und Mittelamerika verfluchte er die Priester der »Volkskirche«, die »nicht hinnehmbare ideologische Kompromisse« mit den Befreiungsbewegungen schlössen und damit den jeweiligen Militärdiktatoren Schwierigkeiten machten. Zu den Opus Dei-

Pfaffen, die im Sold der argentinischen Militärdiktatur wirken, fiel ihm das Wort nicht ein, das er gegenüber Ernesto Cardenal schnell fand: Er solle sein Verhältnis zur Kirche in Ordnung bringen, sich von den Sandinisten trennen und das Kulturministerium aufgeben. Neunzehn Priester, die mit der nicaraguanischen Regierung zusammenarbeiteten, wünschte der Papst nicht zu sehen. Dafür besuchte er den guatemaltekischen Diktator General Montt, der kurz zuvor zu einer protestantischen CIA-Sekte übergetreten war und drei Tage vor der Ankunft von Wojtyla noch sechs Freiheitskämpfer hatte erschießen lassen. In El Salvador schüttelte er die Hand des Majors D'Aubuisson, des Mörders von Erzbischof Romero, und warnte vor einer »revolutionären Haltung«. Einzige Aufgabe der Priester sei es, sagte er in Managua, die Gläubigen auf das ewige Leben vorzubereiten.

In Panama hatte der Papst auch etwas zu kritisieren: Er verurteilte Ehescheidungen, künstliche Schwangerschaftsverhütung und »das Verbrechen des Schwangerschaftsabbruches«, das ja nach Meinung seiner bundesdeutschen Förderer »schlimmer als Auschwitz« ist.

Davor und danach war Wojtyla in Polen. Was er Galtieri, Montt, D'Aubuisson und ihren Todesschwadronen erspart hatte, das tobte er bei seinem jüngsten Besuch an dem verzweifelt um päpstlichen Beistand bettelnden Jaruzelski aus. Nicht in Nicaragua, nur in Polen proklamierte er »das Recht, das die Menschen haben, sich zusammenzuschließen; dieses Recht wurde dem Menschen vom Schöpfer verliehen«. Hier war es nicht mehr die einzige Aufgabe der Kirche, die Gläubigen auf das ewige Leben vorzubereiten, hier wurden zwei »Freiheitskämpfer« (gegen das zaristische Rußland) seliggesprochen und »der polnischen Nation als Symbole des Sieges gegeben«. Der Papst sprach, als hieße er Zbigniew Brzezinski. Im weißen Fummel wäre der eine Agent des Kapitals vom andern nicht zu unterscheiden gewesen.

Auch die katholische Kirche weiß, daß es zum Kurs der Regierung Jaruzelski im Rahmen der weltpolitischen Konstellation nur eine mögliche Alternative gibt: das Eingreifen der Sowjetunion. Das andere, das so offen gewollt zu werden scheint: der friedliche Abmarsch Polens aus dem Verbund sozialistischer Staaten, ist nicht zu haben. Wenn Wojtyla also den Anschluß Polens an die »westeuropäische Kultur« beschwört und »die Nationen der Welt, besonders die Europas und Amerikas« (kurz: die Nato) am »Schicksal Polens« teilnehmen lassen will, dann kennt er den Preis.

Für den Vatikan, der zu rechnen versteht, wäre es ein Schnäppchen. Wenn die Sowjetunion in Polen eingreift, gibt sie der Bourgeoisie Westeuropas und Nordamerikas freie Hand - und für Generationen wird kein »nicaraguanischer Revoluzzermob« (»Süddeutsche Zeitung«) und keine sandinistische »rote Soldateska« es mehr wagen, »das Oberhaupt der katholischen Kirche einer entwürdigenden Behandlung auszusetzen« (»Welt«). Die Nachfrage nach Opium wäre weltweit langfristig gesichert.

Konkret 07/83, S. 10

Nachrichten

Geheim-Justiz

15 Monate brauchten Generalbundesanwalt Kurt Rebmann und seine Angestellten Ams, Lunz und Schulz, um die.Affäre Dr. Hans-Georg Langemann, die Erzählungen des Bayerischen Staatsschutzchefs und BND-Agenten (KONKRET 3/82), juristisch zu bewältigen. Ergebnis: Unter den Aktenzeichen 6BJs 42/82 und 6StE 1/83 Geh. legten sie beim Bayerischen Obersten Landesgericht eine 94 Seiten umfassende Anklageschrift gegen den von Strauß inzwischen geschaßten Staatsschutzchef und den in Frankreich lebenden Nachrichtenhändler Frank Peter Heigl vor. Ihr Vorwurf: Langemann habe Geheimnisverrat (§ 95 StGB) getrieben und Heigl habe dazu Beihilfe geleistet. Worin der Geheimnisverrat besteht und wie er im einzelnen erfolgt ist, weiß die Öffentlichkeit zwar aus KONKRET, darf es aber im Prozeß nicht erfahren. Von den 94 Seiten Anklageschrift sind 8 Seiten »geheim« gestempelt, 78 Seiten zur »Verschlußsache« erklärt und nur die Seiten 1-8a sind offen. Diese »geheime« Anklageschrift muß nach dem Prozeß von den Angeklagten und ihren Anwälten dem Gericht zurückgegeben werden.

Das ursprünglich gemeinsam gegen Langemann, Heigl und die KONKRET-Redakteure Manfred Bissinger und Jürgen Saupe geführte Ermittlungsverfahren endet vorläufig nur mit zwei Angeklagten. Das Verfahren gegen Bissinger und Saupe, wegen Offenbarung von Staatsgeheimnissen, haben Rebmann und seine Bundesanwälte vom gemeinsamen Verfahren abgetrennt. Dieser Verfahrenstrick eröffnet der Bundesanwaltschaft die Möglichkeit, noch einmal, wie im Januar 1983 bei der Durchsuchung der KONKRET-Redaktion durch das Bundeskriminalamt, das Zeugnisverweigerungsrecht der Journalisten zu unterlaufen.

Doch ob der Prozeß überhaupt mit einer Verurteilung endet, ist fraglich. Der Angeklagte Heigl ist für Rebmann in Südfrankreich unerreichbar, und der Ministerialdirigent a. D. Langemann hat seine Verteidigungsstrategie längst offenbart: Eine Kriegsverletzung am Kopf soll ihn vor dem Knast retten.

Redaktion gesucht

Benny Härlin, KONKRET-Autor und langjähriger Redakteur der »Tageszeitung« (taz), sitzt seit dem 14. Juni im Berliner Untersuchungsgefängnis Moabit. Er soll Werbung für eine terroristische Vereinigung (§129a) gemacht haben. Einen Tag zuvor hatte bereits ein zweiter Beschuldigter, Michael Klöckner, auf Anraten seines Anwalts den zuständigen Staatsanwalt Przytarski aufgesucht und war umgehend verhaftet worden.

Härlin und Klöckner wird vorgeworfen, für das Erscheinen der Monatsschrift »Radikal«, einer linksradikalen Zeitung, die Verantwortung zu tragen. Sie hatte neben Berichten und Diskussionen aus der Innenwelt der Kreuzberger Szene gelegentlich unkommentiert Kommandoerklärungen der »Revolutionären Zellen« veröffentlicht. Als Herausgeber des seit 1976 erscheinenden Blattes firmiert neben einer Reihe von alternativen Institutionen wie der taz und der Alternativen Liste (AL) ein Verein »Zeitungskooperative e.V.«. Ihr Vorsitzender ist Benny Härlin, sein Stellvertreter der Bundestagsabgeordnete der AL, Dirk Schneider. Michael Klöckner verwaltete Geschäftskosten des Vereins.

In der mehr als 80 Seiten starken Anklageschrift finden sich keine Hinweise über die Beteiligung der beiden Inhaftierten an der Herstellung der Zeitung, vielmehr wird darauf hingewiesen, die Staatsanwaltschaft habe der Redaktion bislang nicht habhaft werden können.

Für Michael Klöckner und Benny Härlin könnte dies üble Folgen haben. Die vorgeworfenen Straftaten und das zu erwartende Strafmaß von bis zu fünf Jahren Haft rechtfertigen keine Freilassung.

Gelungener Wettlauf

Der Wettlauf der amerikanischen Fernsehgesellschaften um die höchsten Zuschauerzahlen ist für's erste entschieden, und zwar eindeutig: Ab Oktober wird CBS mit einer knappen Milliarde neuer Zuschauer in Führung gehen. Denn die chinesische Staatsführung hat dem US-Medienkonzern die Exklusiv-Lizenz zur Ausstrahlung von Werbeprogrammen in der Volksrepublik überlassen. Als erste Kunden für die Reklame-Spots, die jeweils am Wochenende zur besten Zeit um acht Uhr abends gesendet werden, haben sich Coca Cola und Procter & Gamble (Wasch- und Putzmittel) angemeldet. Aber - so berichtet der Branchendienst »text intern« - auch europäische Firmen will der US-Sender an diesem »Durchbruch zu einem ungeheuren, dem Westen bisher verschlossenen Werbeterrain« beteiligen.

Kein Eingang

Der Brief, den die Bremer »Senatskommission für das Personalwesen« Ende April verschickte, löste bei den 15 Empfängern Entsetzen und Empörung aus: »Hiermit werden Sie aufgefordert, den von Ihnen zusammen mit anderen anläßlich der Krawalle am 6. Mai 1980 verursachten Schaden in Höhe von 160.230,20 DM unter der Rechnungsnummer 025-42906085 bis zum 2. Mai 1983... zu zahlen.« Die Kontoauszüge bei der Bremer Landesbank weisen aber bisher noch keine Eingänge auf. Denn die damals bei einer öffentlichen Rekrutenvereidigung festgenommenen 15 Demonstranten (von rund 15.000) weigern sich, die nun vom Senat auf 39.000 Mark herabgesetzte »Kostenerstattung« zu leisten. Die Betroffenen: »Einzelne sollen zahlen, um Hunderte von Demonstrierern abzuschrecken. Gerade in der Senkung der zu zahlenden Summe wird deutlich: Es geht nicht wirklich darum, Schäden zu begleichen, sondern darum, eine Summe zu finden, die einerseits niedrig genug ist, daß die einzelnen sie zur Not zahlen können und sich kein heftiger Protest daran entzündet, und die andererseits aber so hoch ist, daß sie als eine zusätzliche Strafe und damit abschreckend für andere wirkt.« Senat und auch Bundeswehr (die zusätzlich 100.000 Mark fordert) sollen nach dem Willen der Betroffenen und vielen Unterstützungsinitiativen auf die »Kostenerstattung« verzichten.

Folgekosten

Die 42jährige Hamburgerin Roswita Heideman wußte nicht mehr, wo ihr die Ohren standen. Klingelte ihr Telefon sonst so häufig wie bei anderen Leuten auch, so wurde sie plötzlich mit einer Flut von Anrufen bombardiert, die sie wirklich nichts angingen. Etwa achtzigmal täglich beschimpften oder trösteten sie Leute aus dem In- und Ausland. Die lästigen Anrufer glaubten, die Frau des ehemaligen »Stern«-Reporters Gerd Heidemann am Ohr zu haben. Tatsächlich ist sie mit ihm weder verwandt noch verschwägert. In den vergangenen Jahren erhielt sie zwei, drei Anrufe monatlich, bei denen es um maritime Angelegenheiten des Beschaffers der gefälschten Hitler-Tagebücher ging. Frau Heideman war dann so nett und reichte die Anrufer an den Reporter weiter: » Ich habe das jahrelang für ihn gemacht«. Als dann aber die Story mit den Tagebüchern lief, da lief mit der fernmündlichen Hilfestellung nichts mehr. Sie unterrichtete den »Stern« und bat um Abhilfe. Seit dem 10. Mai ist der Schaden behoben: mit einem Anrufbeantworter, der nur einen Tag später installiert wurde. Die Kosten für das Leasing-Gerät, einen Teil der Telefonrechnung und die Anschlußgebühren zahlt die Heidemann-geschädigte Illustrierte: der »Stern«.

Zitat

» Im Frieden hat die Bundeswehr den Auftrag, gemeinsam mit den Truppen der anderen NATO-Verbündeten einen Gegner abzuschrecken, militärische Gewalt anzudrohen oder anzuwenden.«

Aus der Broschüre »Wegweiser durch die Bundeswehr '83«, die vom Verteidigungsministerium herausgegeben und zur Nachwuchswerbung an Jugendliche verteilt wird

Konkret 07/83, S. 11

Alexander Kiss

Übertölpelt, überfordert, überrumpelt

Während die Münchner Stadträte vor der CSU-Landesregierung kapitulierten, blieben die Lindauer standhaft: ihre Stadt bleibt atomwaffenfreie Zone.

»Gegenüber Gemeinden, die bereits solche Beschlüsse gefaßt haben, hat die Rechtsaufsichtsbehörde auf einer Aufhebung der Beschlüsse hinzuwirken... Das Staatsministerium des Inneren geht zunächst davon aus, daß es keiner förmlichen aufsichtlichen Verfahren (Ersatzvornahmen) bedarf, um eine Gemeinde zu veranlassen, eine Haltung aufzugeben, die im Widerspruch zur staatlichen Ordnung steht.«

Für die obersten Hüter »staatlicher Ordnung« aus der »christsozialen« Ecke gibt es wieder einmal Gründe, achtseitige Briefe zu verfassen. Darin werden die bayerischen Bezirksregierungen und Landratsämter juristisch einseitig belehrt, an die Treue zur NATO gemahnt und zur Ausführung ultimativer Anweisung veranlaßt..

Worum es geht, hat die Öffentlichkeit zum ersten Mal Ende Januar dieses Jahres erfahren. Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß hat seinen Innenminister damit beauftragt, amtlich gegen all diejenigen Städte und Gemeinden in Bayern vorzugehen, die sich per Magistratsbeschluß gegen Stationierung, Lagerung und Transport von Atomwaffen im Bereich ihrer Kommune entschieden haben.

»Atomwaffenfreie Zone« in Krakau oder Jena - ja. Aber »atomwaffenfreie Zone« Nürnberg, Echingen oder Lindau, mitten in Bayern? Nein! Das geht doch wohl zu weit. Oder, wie es im Schreiben von Innenminister Hillermeier steht: »Derartige Beschlüsse der Gemeinden sind unzulässig, weil sie Gegenstände betreffen, die nicht zu den Angelegenheiten der örtlichen Gemeinden gehören.«

Als ob die denkbare, mögliche Versaftung der gesamten Gemeindebevölkerung nicht zuerst die Bürger vor Ort betrifft, sehen die Partei-Christen über »bloße Kompetenzüberschreitung« hinweg auch den Versuch, »die Kommunen zu Meinungsträgern gegen die Verteidigungspolitik der Staaten des westlichen Verteidigungsbündnisses zu machen«.

Grund genug für die CSU zu demonstrieren, was Sache und notwendig ist. Unverhofft, ungewollt ist auch die Bodenseestadt Lindau zum Demonstrationsobjekt für bayerische Macht- und Realpolitik geworden. Hatte sich. doch am 27. Juli 1982 der Lindauer Stadtrat einem Antrag der außerparlamentarisch wirkenden »Bunten Liste Lindau« angeschlossen und »einstimmig« den Beschluß gefaßt, »keine Maßnahmen zu unterstützen, die der Lagerung und dem Transport von Atomwaffen in Lindau dienen«. Während die Stadträte einschließlich der gesamten Lindauer CSU-Stadtratsfraktion, ihren »Atombeschluß« als symbolische Meinungsäußerung sowohl des gemeindlichen als auch des persönlichen Friedenswillen verstanden, bescheinigt die bayerische Staatsregierung dem Beschluß nun ein wesentlich höheres und gewichtigeres Niveau: »Entsprechende Beschlüsse der Gemeinde sind nicht rechtlich irrelevante Meinungsäußerungen von Gemeinderatsmitgliedern, sondern hoheitliche Akte und damit Ausfluß von öffentlicher Gewalt.«

Die Lindauer Stadträte reagierten zunächst gelassen. Erst Ende April, gut drei Monate nach seinem Bekanntwerden, nahmen sie sich des ministerlichen Aufforderungsschreibens an: »Erfreuliche Standfestigkeit« zeigten sie dabei, wie die Lokalpresse zustimmend feststellte. Der städtische Hauptausschuß empfahl dem Stadtrat nach öffentlicher Beratung»Die Stadt Lindau ist nicht gewillt, den ... Beschluß ... zurückzunehmen.« Der Stadtrat schloß sich dieser Vorlage an. Mit 20 zu 9 (CSU-)Stimmen votierte sie für »Standhaftigkeit« und Beibehaltung des Beschlusses.

Die Entscheidung könne nur verfassungs- und gemeindekonform gesehen werden, erklärt die Stadt offiziell, was ja auch durch eine Reihe von Gesetzen abgesichert ist. So ist ein Anhörungsrecht der Gemeinden zum Beispiel im Landbeschaffungsgesetz, im Schutzbereichsgesetz und im Bundesbaugesetz. Außerdem steht den Gemeinden die Wahrnehmung grundgesetzlich verbürgter Rechte zu: das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Petitionsrecht und die den Gemeinden zugesprochene Selbstverwaltungsgarantie.

Deshalb sprach sich Lindaus Oberbürgermeister Steurer für die Beibehaltung des Atombeschlusses aus. Er betonte, Lindau wolle sich mit seinem »Vorratsbeschluß« nicht in das Verteidigungskonzept der NATO einmischen.

Noch einmal würde allerdings kein einstimmiger Beschluß zur »atomwaffenfreien Zone« zustande kommen, nachdem »Lindau quer durch den kommunistischen Blätterwald gerauscht« ist (ein CSU-Stadtrat). Sein Kollege Niedermeier, ein dynamischer, in Stoibers Diensten tätiger Nachwuchspolitiker, fühlte sich gar vom Antrag der »Bunten Liste« schlicht »übertölpelt, überfordert, überrumpelt.«

Konkret 07/83, S. 12

Tom Schimmeck

»Ich tu was!«

Politiker und Militärs versuchen, sich mit schärferen Demonstrationsgesetzen und Betonmauern auf den heißen Herbst vorzubereiten. KONKRET berichtet, was die Friedensinitiativen planen, wie ein gewaltloser Widerstand aussehen kann und wer dabei mitmachen wird.

Minister und Militärs sichten ihre Bestände und ordnen ihre Argumente. Regierungspolitiker testen die in Parteizentralen entwickelten Sprachregelungen und feilen an schärferen Gesetzen. Bei den zahllosen Gruppen der Friedensbewegung tobt die Diskussion, wie denn die Stationierung der neuen Raketen wirklich zu verhindern ist. Widerstandskonzepte werden erarbeitet und wieder verworfen, neue Aktionen heftig debattiert. Die Raketenfrage, greifbarer Aufhänger für den Irrwitz weltweiter Kriegsvorbereitungen, drängt die Parlamentspolitik in den Hintergrund, erzeugt eine neue Trennungslinie, die quer durch alle gesellschaftlichen Gruppen verläuft. Fraueninitiativen, Betriebsgruppen und Kirchenkreise, Ärzte, Richter, Künstler, Wissenschaftler, ja sogar Staatsanwälte protestieren gegen die »Nach«rüstung. Gemeinden erklären sich zu »atomfreien Zonen« (und Innenminister sprechen ihnen die politische Kompetenz für diese Überlebensfrage ab). Die Kirchen reden über nichts anderes als den Frieden, in Betrieben und Gewerkschaft taucht - noch zögernd - die Forderung nach Streik auf. Der »heiße Herbst« wird vorbereitet.

Bundesinnenminister Zimmermann hat in einem Interview mit der »Bunten« den Siedepunkt so niedrig wie möglich festgesetzt: »Die Sperrung eines amerikanischen Arsenals durch Demonstranten ist schon ein Akt der Gewalt.« Damit ist sichergestellt, daß auch eine gänzlich gewaltfreie Sitzblockade vor einem amerikanischen Atomwaffenlager von den dort zahlreich versammelten »Sicherheitskräften« (US-Soldaten, Bundesgrenzschutz und Länderpolizeien) als Gewalt begriffen und entsprechend »beantwortet« wird. Die Grenzschutztruppen werden dafür, so Dienstherr Zimmermann, mit »noch nicht vorhandenen aber in der Vorbereitung befindlichen Distanzwaffen« (Gummigeschosse) aufgerüstet. Vor den Zäunen sind Polizei und BGS zuständig, dahinter das deutsche und amerikanische Militär. »In den Kasernen, Standorten und Lagern gelten die Wachvorschriften«, erklärt Oberst Reichardt, Pressestabsoffizier im Bundesverteidigungsministerium. Reichardt zu KONKRET: »Das Wachpersonal ist nur mit militärischen Waffen ausgerüstet, die es im Falle eines gesetzwidrigen Eindringens auch einsetzen muß.« Natürlich gebe es eine Verhältnismäßigkeit der Mittel, doch notfalls müsse von d er Schußwaffe Gebrauch gemacht werden. Der Oberst von der Hardthöhe liebt das klare Wort: »Der Versuch, militärische Einrichtungen widerrechtlich zu betreten, ist ein krimineller Akt. Es ist sträflicher Leichtsinn zu glauben, daß die Motivation bei der Wahl der Gegenmittel eine Rolle spielt. Sie vollbringen staatsbürgerlich eine gute Tat, wenn Sie den interessierten Kreisen mitteilen, daß an den Standorten im Zweifelsfall scharf geschossen wird.«

Gerüchte, daß die Bundesregierung den Bündnispartner in Washington zu einem Verzicht auf die Pershing II zu bewegen versucht habe, um den »heißen Herbst« ein wenig abzukühlen, werden vom Herrn Oberst entschieden dementiert: »Die Bundesregierung hat keine eigenen Vorschläge entwickelt und den Amerikanern anzudrehen versucht.« Das wäre auch gar nicht »zweckmäßig«, denn schließlich seien »wir« bei den Genfer Verhandlungen nur »unbeteiligte Sympathisanten«.

Auch von der Nachricht, US-Minister Weinberger habe seinem Bonner Kollegen Wörner beim jüngsten Besuch präzise Stationierungspläne mitgebracht, will der Sprecher nichts wissen. Selbstverständlich müsse man sich auf den Fall des Scheiterns in Genf vorbereiten, doch wenn der US-Kriegsminister seinem Bundeskollegen erst Pläne mitbringen müßte, »dann wäre das eine unglaublich schlechte Stabsarbeit«.

Den Vorwurf freilich hat niemand erhoben. Tatsächlich besagt , das schneidige Dementi nichts weiter, als daß Bonn auf ein Scheitern der Genfer Verhandlungen - inklusive Zeitplan - längst vorbereitet ist. Tatsächlich sind die Vermessungs- und Installationsarbeiten für die neuen Raketenstellungen in vollem Gange. Techniker und Arbeiter werkeln bei Neu-Ulm und Heilbronn im bundesdeutschen Süden an Zäunen, Wachtürmen und Warnanlagen; die Aufträge für MAN-Raketenfahrzeuge sind vergeben, an alten Schleppern wird bereits geschweißt. Noch während im September und Oktober die wahrscheinlich letzte Verhandlungsrunde in Genf anläuft, wird das Bedienungspersonal für die neuen Pershings aus den USA in die Bundesrepublik geflogen und hat die sarggroßen Kisten mit Raketen-Einzelteilen dabei. Nach Abschluß des Zusammenbaus und der Einweisung der Techniker kann dann im Advent die offizielle Stationierung mit einer Art Schlüsselübergabe beginnen.

Ebensowenig wie auf dem letzten NATO-Gipfel wird in der Friedensbewegung damit gerechnet, daß es mit den Genfer Verhandlungen zu einem guten Ende kommt. Doch so einig sich die Atomstrategen über die Stationierung sind, so uneins sind sich die verschiedenen Gruppen der Friedensbewegung über die Formen des Widerstands. Die Hauptkontaktlinie verläuft zwischen dem »Komitee für Abrüstung und Zusammenarbeit« (KOFAZ), der DKP, der Deutschen Friedens-Union (DFU), der Friedensgesellschaft DFG/ VK, linken Sozialdemokraten und Gewerkschaftern auf der einen und einem Spektrum von autonomen und gewaltfreien Gruppen, Grünen, Alternativen und kirchlichen Initiativen auf der anderen Seite, wobei Verwischungen und Vermischungen nicht selten sind.

Ein Frust-Signal setzte im Februar ein Arbeitstreffen unter dem Titel »Abrüstung jetzt - Widerstand '83« in Frankfurt, bei dem sich rund 500 Vertreter von lose im »Bundeskongreß Autonomer Friedensinitiativen«, (BAF) organisierten Gruppen zusammenfanden, um über das weitere Vorgehen zu beraten. Über den Vorschlag einer Göttinger Initiative, vorgebracht in der »Arbeitsgruppe Herbstaktivitäten«, die US-amerikanische Rhein-Main-Air-Base bei Frankfurt zu blockieren, brach der alte Streit um die Gewaltfrage aus. Initiativen rund um die Göttinger befürchteten, daß Grüne, der Bürgerinitiativen-Bundesverband BBU und die »Hamburger Friedenskoordination« mit ihrem Konzept des »aktiven gewaltfreien Widerstands« Demonstrationen etwa an der US-Air-Base oder Blockaden von Munitionstransporten ausgrenzen wollten und stimmten mehrheitlich für das Göttinger Konzept, das eine »politische Konfrontation mit den Herrschenden« forderte. Die Vorbereitungsgruppe kritisierte daraufhin, daß damit ein Konzept verabschiedet worden sei, das »nicht geeignet ist, über das 'linke Spektrum' hinaus relevante Strömungen der unabhängigen Friedensbewegung für eine überregionale Zusammenarbeit zu gewinnen.« Das Treffen war geplatzt.

Die gesamte Breite der Bewegung stritt sich im April in Köln, wo denn nun im Herbst demonstriert werden solle. Vor allem die unabhängigen Gruppen wandten sich vehement dagegen, erneut allein für eine ihrer Meinung nach zwar schöne bunte, politisch aber nicht sonderlich wirkungsvolle »Latsch-Demo« in Bonn zu mobilisieren. Man fand einen Kompromiß: Am 22. Oktober sollen nicht nur in Bonn, sondern auch an zwei Orten in Nord- und Süddeutschland »Volksversammlungen für den Frieden« stattfinden, zuvor gibt es eine Woche lang »Widerstandstage«: Sonntag für die Kirchen, Montag für die Frauen, Dienstag für Antimilitarismus und internationale Solidarität. Am Mittwoch sollen sich die Betriebe, am Donnerstag die Schulen und Hochschulen und am Freitag Parlamente und Parteien etwas einfallen lassen. Damit war zwar zunächst einmal gesichert, daß im »heißen Herbst« überhaupt etwas passiert, aber die entscheidenden Diskussionen werden auf zwei Regionaltreffen im Norden und Süden vertagt, wo endgültig über das Wo und Wie der »Volksversammlungen« und etwaiger anderer Aktionen beraten werden sollte.

Anfang Juni fanden die Treffen in Hannover und Ulm statt, um das zuvor skizzierte Konzept komplett und der allenthalben kritisierten »Konferenzitis« ein Ende zu machen. Autonome Friedensgruppen, die ein starkes Mißtrauen gegen die organisatorische Übermacht SPD- und DKP-naher Organisationen hegen, einigten sich am Vorabend der Hannoveraner Schlußrunde darauf, im Interesse einer »maximalen politischen Effektivität« als Ort für den Abschluß der herbstlichen »Aktionswoche« Bremerhaven/Nordenham vorzuschlagen. Dort, so argumentierten sie, könnten sich Blockaden und Demonstrationen direkt gegen das »military sealift commando« der NATO richten. Die Kommandostelle, von der aus der Nachschub der Schnellen Eingreiftruppe, die Anlieferung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen sowie Rüstungsexporte aller Art - auch in die Türkei und den Nahen Osten - abgewickelt werden, sei für eine »politische Konfrontation mit der NATO« gut geeignet, das werde »hohe Wellen auf beiden Seiten des Atlantiks schlagen«.

Als sich am nächsten Tag bald 1.000 Abgesandte der norddeutschen Friedensbewegung im prallvollen Hörsaal der Pädagogischen Hochschule Hannover auf den Füßen standen, war jedoch schnell klar, daß dieser Vorschlag keine Chance hatte. Der eher auf Großdemonstrationen orientierte Flügel war teilweise in Bussen angereist und in der Mehrheit.

Diese Dreiviertelmehrheit favorisierte statt des Bremerhaven-Vorschlages eine Großdemonstration in Hamburg samt Aktionen vor dortigen Kasernen und im Hafen. Auch der Eimsbüttler SPD-Bundestagsabgeordnete Peter Paterna (»Mein Bezirk ist atomwaffenfreie Zone«) machte sich für die Hamburger Lösung stark und warnte davor, daß »Parteien versuchen, auf dem Rücken der Friedensbewegung ihr Süppchen zu kochen«. Stürmischen und völlig unbeabsichtigten Beifall erhielt Paterna, als er in einer etwas ungeschickt gestarteten rhetorischen Konstruktion ausrief, es sei doch »klar, daß es der SPD nicht ansteht, sich an die Spitze der Friedensbewegung zu setzen«, daran ein »aber« anschließen wollte, zu dem er jedoch aufgrund des massiv einsetzenden Jubels nicht mehr kam. Obwohl den Sozialdemokraten überall in der Friedensbewegung starkes Mißtrauen entgegengebracht wird, hoffen dennoch viele, daß die SPD im Rahmen der Herbstaktionen zu einer die Friedensbewegung tragenden Rolle finden wird. So wird recht gezielt die Hoffnung in Umlauf gebracht, daß sich bei der mehrheitlich beschlossenen Hamburger »Volksversammlung« am 22. Oktober auch der Hamburger SPD-Bürgermeister Dohnanyi auf die Rednertribüne schwingen wird.

Für weite Teile der Unabhängigen wiederum ist das eine ziemlich unerträgliche Vorstellung. Sie begründen ihren Widerwillen gegenüber der SPD wie auch gegenüber Massenversammlungen im Bonner Hofgarten nicht zuletzt mit historischen Erfahrungen aus der Anti-Atom-Bewegung Ende der 50er Jahre, die unter Führung der Sozialdemokraten in die Erfolglosigkeit abdriftete. Auch die Mittäterschaft des Helmut Schmidt und seiner Mannen beim NATO-Doppelbeschluß bleibt in diesem Zusammenhang seiten unerwähnt. Ihnen geht es darum, »radikalere Aktionsansätze auf breitester Basis zu verankern«, die Friedensbewegung »über den Herbst hinaus politisch auszurichten«, schon weil man davon ausgeht, daß die Raketenstationierung im ersten Anlauf kaum zu verhindern sein wird und sich das Thema Rüstungswahnsinn selbst im Falle einer Verhinderung der Pershing II-und Cruise missiles-Stationierung noch lange nicht erledigt hat.

Anders als in Hannover zeigte sich auf dem gleichzeitig stattfindenden Konferenz-Pendant in Ulm, daß es Kompromisse geben kann, wenn die Kräfte gleichmäßiger verteilt sind. Dort wurde sich auf eine Menschenkette auf der Bundesstraße 10

zwischen Ulm und Stuttgart, eine gewaltfreie Blockade des künftigen Pershing 11Standortes Ulm/Neu-Ulm sowie zwei Abschlußkundgebungen in Ulm und Stuttgart geeinigt. Auch die Koordination ist dort klar; im Süden kann alles - von kleinen Aktionsgruppen bis zur IG-Metall-Bezirksleitung in Stuttgart - auf den Herbst hinarbeiten.

Egal ob im Norden nun am »Standort Hamburg« oder am »Hauptbrückenkopf und Einfallstor der Amis seit '46« in Bremerhaven demonstriert und blockiert wird, die Friedensbewegung ist in jedem Fall über den Bonner Hofgarten hinausgekommen. Und obwohl die Unabhängigen vermuten, daß die anderen »mit Dohnanyi vorweg in die Sackgasse« wollen, ist allen klar, daß mit »machtvollen« Demonstrationen und Unterschriftensammlungen allein nicht mehr viel auszurichten ist.

Jo Leinen, einer der Chefs des BBU, ist sich sicher, daß es im Herbst und Winter zu einer »Zusammenarbeit aller Kräfte« kommen wird und daß nicht Demonstrationen, sondern Blockaden schon im Oktober »der Renner« sein werden. Leinen sieht die Bewegung in drei Phasen: Die erste, die »Appellationsphase«, war vor allem von Unterschriftensammlungen, Büchertischen und Diskussionen geprägt; in der zweiten, der »Demonstrationsphase«, kamen bis zu 300.000 (Oktober 8 1) oder gar 500.000 Menschen (Juni 82) zusammen.

Obwohl die Massenmobilisierung sicher weiterhin zur Verbreiterung der Basis nützlich sei, sieht Leinen seit der Blockade des Atomwaffenlagers Großengstingen im Sommer 1982 die »Phase der direkten gewaltfreien Aktion des zivilen Ungehorsams« angebrochen. Trotz der bis heute darum andauernden Prozesse, trotz der Polizeikostenverordnung des Landes Baden-Württemberg und anderer Abschreckungsmaßnahmen glaubt er, daß »der zivile Ungehorsam, der Boykott, die Verweigerung und der Streik diejenigen Aktionen sind, die im Herbst'83 zu einer weiteren Verschärfung des politischen Drucks führen können«.

Von staatlicher Seite wird der Druck schon jetzt tüchtig verschärft. Der bayerische Ministerpräsident Strauß hat vor dem CDU-Parteitag in Köln den direkten Zusammenhang zwischen NATO-»Nach«rüstung und der Verschärfung der Demonstrationsgesetze klargemacht. Nicht nur Strauß ist darüber verärgert, daß der FDP-Justizminister Engelhardt die Verschärfung des Landfriedensbruch-Paragraphen durch die Präsentation eines zwar reaktionären, für die CDU/CSU aber immer noch nicht akzeptablen Gesetzentwurfes über den Herbst hinaus verzögert hat.

Doch auch ohne das neue Landrecht, an dem inzwischen das Innenministerium feilt, dürfte das Instrumentarium ausreichen, um nach dem alten Motto »Wo der Staat antritt, muß er gewinnen« zu verfahren. Nicht umsonst liegt der Oberbefehl über BGS, BKA und Verfassungsschutz beim CSU-Minister Zimmermann; nicht umsonst sind die Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern, die den Löwenanteil der »Nach«rüstung durchzusetzen haben, in den festen Händen von CDU und CSU. Über die Einführung von Gummigeschossen wird in Baden-Württemberg derzeit entschieden, mit CS-Gas ist die Süd-Polizei längst ausgerüstet. Ein »Meldedienst-Landfriedensbruch« wurde durch Beschluß der Innenministerkonferenz beim BKA im Frühjahr wie zufällig »probeweise für zwei Jahre« eingeführt.

Vorerst wird - das ist nicht neu - gewarnt. Schon 1981 erklärte ein hoher NATO-Offizier in Brüssel, sollten Demonstranten die Polizeiketten vor Atomwaffenlagern durchbrechen, werde von Bundeswehr und US-Soldaten »gezielt geschossen«, und zwar nicht nach Polizeivorschriften«, um den »Rechtsbrecher« außer Gefecht zu setzen. Man werde »schießen, um zu töten, damit die Atomwaffen geschützt werden. Fragen werden hinterher beantwortet«.

Noch schrecken CDU und CSU vor solchem Vokabular zurück, weil sie befürchten, damit Rüstungsgegner in den eigenen Reihen und vor allem die Kirchen gegen sich aufzubringen. Der CDU-Spitzenkandidat in Nordrhein-Westfalen, Worms, kündigt für seine Partei eine »Welle der 1.000 Veranstaltungen« zur Friedenspolitik an und erklärt: »Wir müssen uns auf diesen Herbst vorbereiten.« Familienminister und CDU-Generalsekretär Geißler hat bereits die Bergpredigt zur Begründung der Raketenstationierung herbeibemüht. Gegenüber KONKRET wehrte sich Geißler »dagegen, daß eine bestimmte Gruppe den Frieden für sich reklamiert«. So sei auch sein Begriff »sogenannte Friedensbewegung« zu verstehen, er wolle »diese Leute nicht abwerten«. Auch dürften »die, die im Herbst gegen den Doppelbeschluß der NATO demonstrieren, von der Bundesregierung nicht kriminalisiert werden«, obwohl diese Demonstrationen »ein kardinaler Fehler« seien, »weil sie gegen die falsche Sache demonstrieren«. Schließlich sei der »Doppelbeschluß« der NATO ein Fahrplan zur Abrüstung - wie kann man denn dagegen demonstrieren?«

Geißler, dessen Partei sich erfolgreich gegen einen »Raketen-Wahlkampf«gewehrt und allein die wirtschaftspolitische »Wende« zur Abstimmung gestellt hat, sagt jetzt: »Wer CDU am 6. März gewählt hat, hat gewußt, daß die CDU für die Realisierung des Doppelbeschlusses steht, das war für jeden glasklar, das hat der Dümmste gewußt.« Gegen eine Prüfung ihrer Legitimation in diesem Punkt sträubt sich die Regierung hartnäckig. So hält das Bundeskanzleramt eine Sinus-Studie unter Verschluß, nach der sich rund 60 Prozent der Bevölkerung gegen die »Nach«rüstung aussprechen. Das Kanzleramt bestätigte Mitte Juni auf eine Anfrage des grünen Abgeordneten Reents die Existenz der Studie, mochte sich jedoch zu ihrem Inhalt nicht äußern, weil es politisch nicht opportun sei.

Das dürfte stimmen. Nach einer Infas-Umfrage vom Dezember sind sogar 69 Prozent der Bevölkerung gegen die Stationierung der Raketen - auch 53 Prozent der CDU/ CSU-Wähler. Das »ZDF-Barometer« hat unlängst festgestellt, daß

sich für die Genfer Verhandlungen und einen Verzicht auf die Stationierung 72 Prozent aussprechen (60 Prozent der CDU/CSU-, 60 Prozent der FDP-, 84 Prozent der SPD- und 97 Prozent der Grünen-Anhänger). Für Stationierung und Verhandlungen sind nach dieser Umfrage 25, für sofortige Stationierung nur drei Prozent.

Obwohl der Versuch, eine Volksbefragung zum Thema Atombewaffnung zu machen, 1958 am Bundesverfassungsgericht scheiterte, scheinen heute weite Teile der Friedensbewegung entschlossen zu sein, eine Kampagne für eine Volksbefragung über die drohende Stationierung der US-Mittelstreckenraketen zu starten. Sie glauben, daß dies ein geeignetes Mittel sei, die schweigende Mehrheit bei ihrem Anspruch auf Mitsprache zu packen. Jo Leinen, selten um eine griffige Formulierung verlegen, spricht bereits von einem »plebiszitären Aufstand«. Er erhofft sich von einem entschiedenen Ruf nach Mitsprache der Bevölkerung eine Mobilisierung der Leute weit über den bisher erreichten Rahmen hinaus: »Die Vorstellung, daß sie darüber ein Kreuz machen, erreicht viele Leute«, prophezeit Leinen, »das kriegt Drive«.

Während die SPD mit der Forderung nach einer erneuten Bundestags-Abstimmung über die »Nach«rüstung (Geißler: »Wenn es sein muß - warum nich?«) ihrer nächsten Abstimmungsniederlage entgegensteuert, versprechen sich die Volksbefragungs-Verfechter das »Aufzeigen demokratischer Defizite«, eine »Informationsverbreiterung«, in jedem Fall eine »vehemente öffentliche Diskussion«, die die Bundesregierung in die Defensive drängt. Rudolf Augstein schrieb schon 1950 zur Wiederbewaffnung der Bundesrepublik: »Es gibt also keinen vernünftigen Grund, dem Kanzler eine Entscheidung zu überlassen, die im Ernstfall die gesamte Bevölkerung eher ausbaden müßte als Dr. Adenauer.«

Die Abstimmungs-Befürworter verweisen auch auf erfolgreiche regionale Aktionen dieser Art. Der Parlamentarische Staatssekretär im Justizministerium, Klein, sah dagegen schon bei den ersten öffentlichen Überlegungen die parlamentarische Demokratie in Gefahr.

Ein Sprecher des Justizministeriums sieht in der Befragung eine »Volksabstimmung auf kaltem Wege«: Zwar sei eine solche Aktion rechtlich folgenlos, andererseits in der politischen Praxis jedoch »kaum zu übergehen«.

Zweifler auf der Pro-Seite wie etwa der grüne Fraktionsvorsitzende Otto Schily scheinen inzwischen vom Sinn der Aktion überzeugt. Einige in der Friedensbewegung warnen hingegen vor dem Fall, daß die Befragung tatsächlich durchgeführt wird und sich die Mehrheit hinter die Raketen stellt. Die meisten halten das aber für den allerunwahrscheinlichsten Fall der Fälle. Ohnehin, so lautet ein Not-Argument, werde das Ganze wahrscheinlich abgelehnt, womit sich die Regierung dem massiven Verdacht aussetze, Angst vor des Volkes Meinung zu haben. »Das ist ein bißchen Pokerspiel«, kommentiert Jo Leinen, »wer sich in diese Gefahr begibt, kann auch darin umkommen.«

Daß durch die Befragungs-Kampagne andere Aktivitäten, wie etwa die Blockaden, in den Hintergrund treten könnten, befürchten offenbar nur wenige. Die Diskussion um das Ob ist ohnehin beendet, weil die Grünen über ihre Bundestagsfraktion inzwischen einen Gesetzentwurf eingebracht haben. Die Bevölkerung soll gefragt werden:

» 1. Sind Sie mit der Stationierung zusätzlicher atomarer Mittelstreckenraketen der Typen Pershing Il und Cruise Missiles einverstanden?

2. Sind Sie damit einverstanden, daß auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland Abschußvorrichtungen für die in Ziffer 1 genannten Mittelstreckenraketen angelegt werden?«

Das »Nein«, das sich die Friedensbewegung wünscht, wird mit oder ohne Befragung in den nächsten Monaten durchs Land getragen werden - ob bei einem Friedensmarsch von Dortmund nach Brüssel, geplant im Juli, ob bei den Demonstrationen und Blockaden am Antikriegstag, dem 1. September, ob bei dem Stop von Munitionstransporten, vorbereitet von Gruppen mit dem Namen »Bürger beobachten Bombentransporte«. Als im Juni Zehntausende mit lila Tüchern zum evangelischen Kirchentag kamen, um so gegen Massenvernichtungswaffen zu protestieren, war die Losung: »Die Zeit ist da für ein Nein ohne jedes Ja.« Da kündigte der alte Heinrich Albertz in einer Predigt an, er werde auch an ein bis zwei Blockaden teilnehmen, »damit die jungen Leute nicht so allein sind«.

Konkret 07/83, S. 23

Werner Heine

»Ein legitimes Kind unserer Demokratie«

Der Regelverstoß ist beschlossen. Die Raketen dürfen nicht kommen. Die Parole der Friedensbewegung heißt Widerstand, gewaltloser Ungehorsam gegen die Gewalt der Massenvernichtungsmittel und die Gewalttätigkeit derer, die diese Mittel wollen.

Wer von Widerstand redet, sagt die liberale »Zeit«, dessen Hirn ist »verwirrt und vernebelt«. Widerstand, sagt der Sozialdemokrat Hans-Jochen Vogel, ist vorgesehen für sowas wie den Kapp-Putsch, die Machtergreifung von Obristen. Widerstand, sagt Bundespräsident Karl Carstens, ehren wir in den Männern vom 20. Juli.

Was treibt Carstens, die Verschwörer gegen seinen damaligen Parteichef zu feiern? Wir wissen nicht, was er 1944 von denen hielt, aber seine Partei, die NSDAP, hat sie doch so gesehen: gewissenlose Clique mit niederer Gesinnung. Ist es der wahre Edelmut? Der historische Sieger feiert den gescheiterten Versuch der gescheiterten Gegner?

Der Widerstand, der am 20. Juli gefeiert wird und der damals so grauenhaft an den Fleischerhaken in Plötzensee endete, war großbürgerlich, adelig, preußisch und sozialdemokratisch brav. Die Beck, Moltke, Dohnanyi, Goerdeler, Trott und Leuschner starben nicht für eine freiheitlich -demokratische Grundordnung, sondern für die Idee eines preußischen Elitestaates monarchistischer Prägung. Die Schwatzbude von Weimar, das war der Koniens zwischen dein geplanten Staatschef Beck und dem geplanten Vizekanzler Leuschner, sollte nicht wieder eingeführt werden. Als Beck ausrief. »Was macht der Hund aus unserm schönen Deutschland«, meinte er nicht die Konzentrationslager, sondern Hitlers Mißerfolge an der Ostfront.

So geht der Übergang vom NS-Bürger über den »Zusammenbruch« in die Christdemokratische Union nahtlos: Wir waren immer vom Besten. Wir haben die Autobahnen gebaut, die Rentenreform beschlossen, und unsere Tapfersten haben eine Bombe gelegt.

Dann muß noch jemand Schuld tragen an Auschwitz. Das war »der Pazifismus der dreißiger Jahre«. Dann muß noch jemand Schuld tragen am Ende des Bismarckreiches. Das war der »Dolchstoß« von 1918 in den Rücken der kämpfenden Truppe. Alfred Dregger, Präsidentschaftskandidat, beweist Geschichtsbewußtsein, wenn er den Widerstand der Friedensbewegung einen Dolchstoß nennt.

Der andere Widerstand bleibt geächtet. Kommunisten und Sozialisten, die vor Gericht um Wiedergutmachung kämpften, erfuhren, daß ihre Sabotage gegen den NS-Staat gegen geltende Gesetze verstoßen habe. Der Ehrenvorsitzende der baden-württembergischen CDU, Hans Filbinger, erfand die Kurzformel: Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein. Die »Edelweißpiraten«, junge Widerstandskämpfer aus dem Ruhrgebiet, sind vor dem Gesetz immer noch Kriminelle, Ossietzky ist immer noch nicht rehabilitiert.

Das beruhigt: Wie es auch ausgeht, General Bastian wird von Karl Carstens nie gefeiert werden. Und auch das beruhigt: Der Verfassungsrichter Helmut Simon warnt vor dem »Irrtum«, die Friedensbewegung könne sich mit einem von Carstens abgesegneten Widerstandsrecht auf den Weg machen. Er gibt der Bewegung seine Sympathie mit und ein Selbstbewußtsein. »Ein legitimes Kind unserer demokratischen Kultur« nennt er sie und sagt: »Sie bleibt innerhalb der besten Traditionen der rechtsstaatlichen Demokratie.«

Konkret 07/83, S. 23

Werner Heine

Da hilft nur noch Amnestie

Warum die Stationierung neuer Raketen verfassungswidrig ist und welche Widerstandsmöglichkeiten es gibt.

Die Soldaten kamen mit Hubschraubern, riegelten ein großes Gelände ab und erklärten den Bauern in der Umgebung, sie würden auf jeden schießen, der ihnen zu nahe komme. Darin begannen sie, das Gelände zu vermessen. Als sie auf eine Siedlung mit behinderten Kindern stießen, sagten sie, die Gebäude eigneten sich gut als Offizierswohnungen.

Das passierte nicht im Sommer 1945, sondern vor drei Monaten in der Nähe von Schlitz, nordwestlich von Fulda. US-Soldaten suchten nach geeigneten Stationierungsräumen für die geplante Truppenverlagerung an die DDR-Grenze. Vor Ort sickerte durch, daß nicht nur Truppen nach Schlitz verlegt werden, sondern auch ein Lager mit chemischen Kampfstoffen. Daher die bewaffnete Heimlichkeit des Suchtrupps.

Daß US-Soldaten in der Bundesrepublik auftreten wie Besatzer, ist weder neu noch rechtlich angreifbar. Mit dem Generalvertrag von 1955, der die Souveränität der BRD begründete, trat der Truppenstationierungsvertrag in Kraft, der die Anwesenheit westalliierter Streitkräfte in der BRD regelt. Aus diesem Anwesenheitsrecht, das nach dem Wortlaut des Generalvertrags »nur in vollem Einvernehmen mit der Bundesrepublik auszuüben« ist, leiten die USA nicht nur das Recht ab, »konventionell« bewaffnete Truppen in der BRD zu unterhalten. Sie haben die Truppen auch mit atomaren und chemischen Waffen ausgerüstet.

Das geschah dreißig Jahre lang geradezu unangefochten, bis ein neues Umweltbewußtsein Proteste nicht nur gegen Atomkraftwerke, Dioxinhersteller oder sauren Regen hervorbrachte, sondern auch gegen den millionenfachen Tod in den Nervengas-Lagern der US-Army. So klagt der DGB in Rheinland-Pfalz vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gegen die Stationierung des Kampfgases, und die Chancen stehen nicht schlecht.

Denn abgesehen davon, daß die Anwendung von Kampfgasen völkerrechtlich verboten ist, birgt ihre Lagerung die ständige Gefahr, daß die Gasbehälter leck werden. Für die Handhabung solcher großen Gefahrenpotentiale hat das Bundesverfassungsgericht bereits Grundsätze entwickelt. In seiner Rechtsprechung zum Betrieb von Atomkraftwerken hat es auf die »vorrangige Aufgabe« des Staates verwiesen, »Leben und Gesundheit vor den Gefahren der Kernenergie zu schützen«. So haben die - wenn auch bescheidenen - Mitwirkungsrechte der Bürger an den atomaren Planungsverfahren Verfassungsrang.

Wendet das Gericht diese Grundsätze auf die Gift- und Nervengase an, auf deren Verwendung die BRD zudem feierlich verzichtet hat, erscheint die Lagerung auf deutschem Boden außerhalb deutscher Hoheitsrechte verfassungswidrig.

Der Bremer Rechtsprofessor Wolfgang Däubler, der den DGB bei seiner Klage in Karlsruhe vertritt, hält nicht nur die Lagerung chemischer Vernichtungsmittel für verfassungswidrig. Däubler hat vor einem Jahr die Verfassungsmäßigkeit der geplanten Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles geprüft. Sein Ergebnis: Die Stationierung ist mit den Rechten der USA aus dem Stationierungsvertrag und dem NATO-Vertrag nicht zu begründen. Sie ist verfassungswidrig, weil die Bundesrepublik damit ihre Souveränität aufgibt. Sie ist verfassungswidrig, weil für sie keine bundesgesetzliche Regelung vorgesehen ist. Sie ist verfassungswidrig, weil die Bevölkerung nicht - wie bei den Atomkraftwerken - ihre Interessen geltend machen kann, sie hat keine Mitwirkungsrechte bei der Auswahl der geheimgehaltenen Standorte. Die Stationierung ist verfassungswidrig, weil sie gegen das Verfassungsgebot der Friedenssicherung verstößt.

Inzwischen ist Däubler mit dieser Argumentation vor das Verfassungsgericht gegangen. Er vertritt in Karlsruhe einen Ulmer Bürger, der gegen die Stationierung Verfassungsbeschwerde eingelegt hat. Folgt das Gericht nur einer Begründung aus seinem Argumentationskatalog, muß es die Stationierung verbieten. Das Bundesverfassungsgericht hat die Chance, Weltpolitik zu machen.

Genau dieses aber werden die Richter in Karlsruhe zu vermeiden versuchen. Das Gericht hat bereits zu erkennen gegeben, daß es über die Stationierung erst entscheiden möchte, wenn sie tatsächlich eingetreten ist. Es wird kaum dazu zu bringen sein, vor der Aufstellung der Raketen - rechtlich gesehen also zu einer hypothetischen Streitfrage - Stellung zu nehmen.

Die Friedensbewegung wird deshalb fortfahren müssen, die Stationierung politisch zu verhindern. Sie wird dann erfolgreich sein, wenn die politischen Kosten der Stationierung höher sind als der politisch-militärische Nutzen der Raketen. Die diskutierten Maßnahmen des politischen Widerstands reichen von einem Übermaß an zivilem Gehorsam bis zum Generalstreik. Ein Blick auf die rechtlichen Folgen:

Völlig unbedroht von Strafe ist, wer sich besonders gesetzestreu verhält. Wer immer genau die Geschwindigkeitsbegrenzungen einhält, bringt in den Großstädten den Verkehr zum Stillstand. Das ist ein historisches Widerstandsmittel. Die Fahrer der städtischen Bahnen und Busse in Madrid nutzten es während der Franco-Zeit.

Strafrechtlich folgenlos ist natürlich auch das Ausüben von Rechten. Geschieht das massenhaft, wird das System lahm. Die Rechtspflege käme bereits ins Schleudern, wenn nur gegen jeden Strafzettel Einspruch eingelegt wird. Aus jeder Parksünde folgte dann eine Gerichtsverhandlung. Das ist nur nicht ganz einfach zu organisieren.

Ähnliches gilt für die Rückkehr zur Barzahlung. Die Kündigung aller Abbuchungs- und Daueraufträge würde zu enormen Schwierigkeiten im Zahlungsverkehr führen, einschließlich des privaten und staatlichen Mahnwesens. Politisch bedeutsamer wäre die massenhafte Verweigerung des Kriegsdienstes. Was macht der Staat, wenn über die Hälfte der nachrückenden Jahrgänge verweigert?

Auf jeden Fall im Rahmen der Rechtsordnung handelt auch, wer gegen die Raketen demonstriert. Das Recht auf friedliches Versammeln ist ein Grundrecht. Folgerichtig versprach Günter Schröder, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, seinen Zuhörern auf dem Evangelischen Kirchentag in Hannover: »Die Polizei wird auch im Herbst Ihr Recht auf Demonstration sichern.« Angesichts der schwammigen Rechtslage klingt das ein wenig großzügig.

Wenn sich die Bürger am 1. Mai auf dem Markt versammeln, nachdem sie sich angemeldet haben, und nach zwei Stunden wieder nach Hause gehen, dann ist das völlig legal. Der Staat nimmt hin, daß die Polizei solange den Verkehr umleiten muß. Von einer Nötigung gegenüber den Autofahrern ist nicht die Rede. Das ändert sich, wenn die Verkehrsbehinderung nicht eine Nebenwirkung der Demonstration bleibt, sondern beabsichtigter Zweck wird.

Nach der bisherigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs sind Blockaden rechtswidrig, weil dadurch andere genötigt werden, etwas zu unterlassen. Das Sitzen auf der Straße ist nach dieser Rechtsprechung Gewalt gegenüber dem, der passieren will. Aber dieser Gewaltbegriff ist nicht so festgeklopft, daß für jeden Demonstranten jederzeit erkennbar ist, ob er nun gerade Gewalt anwendet oder nicht. Nicht jede Gewaltanwendung ist Nötigung. Es muß »Verwerflichkeit« hinzukommen.

Das Amtsgericht Frankfurt sprach Ende der 60er Jahre Demonstranten frei, die Straßen blockiert hatten, um die Auslieferung von Springer-Zeitungen zu verhindern. Begründung: Die Pressekonzentration ist ein so großes Übel, daß der Protest gerechtfertigt ist. Das Amtsgericht Bremen wie das Landgericht Köln fanden an Straßenblockaden gegen städtische Fahrpreiserhöhungen nichts auszusetzen. Die Kölner Richter sprachen demonstrierende Studenten mit der Begründung frei, diese hätten sonst keine Lobby, die auf ihre Situation aufmerksam machen könnte. Eine Viertelstunde Blockade sei erlaubt, um Chancengleichheit herzustellen.

Zwar wurden alle diese Urteile von den höheren Instanzen kassiert, aber selbst der Bundesgerichtshof urteilte, daß Gewalt nicht immer Nötigung sei. Es komme dabei auf »das im Volk herrschende Bewußtsein« an. Dieses aber ist angesichts der Raketen zumindest geteilt.

Solange die Blockade nicht gesetzlich verboten ist - es kann kein gesetzliches Verbot einer bestimmten Demonstrationsform geben -, ist sie also mit dem Risiko anwendbar, daß die Demonstranten hinterher wegen Nötigung verurteilt werden. »Das«, sagt Professor Däubler, »ist immer noch wahrscheinlicher als ein Davonkommen.« Aber er sagt auch: »Mit der größeren Zahl ist das Risiko geringer. Wenn eine halbe Million Menschen blockieren, hilft nur noch Amnestie.«

Zahlen oder sitzen wird in jedem Fall, wer Gewalttätigkeiten aus einer Menge heraus begeht. Der ist nach dem Gesetz Landfriedensbrecher, wenn er nicht passiv blockiert, sondern aktiv körperliche Kraft anwendet, also etwa mit Steinen wirft. Setzt sich die CSU in der Bonner Koalition durch, könnte bis zum Herbst das Strafrecht so reformiert sein, daß auch die vielen Friedlichen neben ein paar Steinewerfern zu Landfriedensbrechern werden, wenn sie nach polizeilicher Aufforderung nicht sofort nach Hause gehen. Dann spielt der bezahlte Provokateur eine noch größere Rolle. Mit seiner Hilfe kann jede Demonstration zu jedem Zeitpunkt aufgelöst werden. Drei filmreife Steinewerfer finden sich immer.

Reicht dieses rechtliche Instrumentarium nicht aus, kann die Bundesregierung »zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes« erst Polizeikräfte aus anderen Bundesländern, dann Bundesgrenzschutztruppen und schließlich die Bundeswehr einsetzen. Das wäre dann der Notstand, in dem einige Grundrechte wie die Unverletzlichkeit der Person oder das Postgeheimnis noch mehr außer Kraft gesetzt würden.

Seit Oskar Lafontaine den Generalstreik in die Debatte brachte, wird auch die Frage nach dem Recht auf Widerstand aus der Verfassung (Artikel 20, Absatz 4) diskutiert. Die Begriffe sind miteinander verknüpft, solange der DGB erklärt, ein Generalstreik käme nur im Widerstandsfall in Frage, wie ihn das Grundgesetz beschreibt- als letztes Mittel (»andere Abhilfe nicht möglich«) gegen den Beseitiger der Grundordnung.

Zunächst: Das Streikrecht leitet sich ab aus der »Koalitionsfreiheit« des Grundgesetzes (Artikel 9). Das dort beschriebene Recht »zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen« beschränkt auch den Themenkreis für Streiks. Die Gewerkschaften haben selber nie ausdrücklich auf »politische Streiks« verzichtet. Die Rechtsprechung hat den

Begriff »politisch« sehr gedehnt. So wurde 1979 der ge-. plante Streik gegen die Zerschlagung des NDR in letzter Minute als politischer Demonstrationsstreik vom Gericht verboten.

Andererseits haben die Gerichte immer wieder politische Demonstrationsstreiks hingenommen, wenn das opportun war. Als 1972 bei Barzels Mißtrauensvotum gegen Kanzler Brandt im Ruhrpott Hunderttausende Arbeiter während der Arbeitszeit demonstrierten, also streikten, gab es keine juristischen Sanktionen. In einem Fall wurde ein Betriebsrat abgemahnt wegen Verteilens von Flugblättern. Selbst diese Abmahnung wurde vom Bundesarbeitsgericht wegen eines Formfehlers aufgehoben. Wie bei der Auslegung der »Verwerflichkeit« im Nötigungsfall bestimmt auch beim Streik die Zweckmäßigkeit die Rechtslage.

Die Ausrufung eines Generalstreiks hieße nun, die Justiz auf den Plan rufen, bevor die eigenen Truppen gezählt sind. Natürlich läßt sich begründen, daß die Stationierung die demokratische Grundordnung nachhaltiger verletzt, als das ein Putsch-Regime je könnte. Die Raketen machen den Krieg nahezu unvermeidlich. Und natürlich gibt es dagegen ein Widerstandsrecht. Aber das läßt sich bei keiner staatlichen Instanz vorsorglich einhandeln. Widerstand mit der Absegnung des Verfassungsgerichts - das schließt sich logisch aus.

Statt also über einen Kraftakt zu reden, hat der DGB zunächst die Unterstützung der geplanten Demonstrationen zugesagt. Das ist mehr, als nach der zögernden Haltung der letzten Jahre zu erwarten war. Einzelne Gewerkschaftsformationen gehen weiter. Der Landesbezirkstag der IG Druck in Baden-Württemberg verabschiedete einstimmig, daß die Raketen »Gegenstand von Betriebsversammlungen, Kundgebungen während der Arbeitszeit und notfalls auch Streiks bis hin zum Generalstreik« werden.

Konkret 07/83, S. 26

Sabine Bred□

A□ f der S□ che nach dem Nichts

Gla□ be, Hoffn□ ng, L□ ge: Mindestens 200.000 j□ nge Le□ te □ nter 20 s□ chen einen A□ sbild□ ngsplat□ . Sie haben keine Perspekti□ e. Kan□ ler Kohl, der □ or der Wahl allen eine Lehrstelle □ ersprach, dankt jet□ t f□ r das Vertra□ en □ nd reicht die J□ gendlichen dahin □ □ r□ ck, □ o sie herkommen - ans Arbeitsamt

»Soll dieses Industrie- und Kulturland für uns Jugendliche keine andere Zukunft bieten können als die ärmsten Länder Südamerikas und Afrikas? Soll es für uns nichts Sinnvolleres geben, als an Straßenkreuzungen Windschutzscheiben zu wischen und bettelnd die Hand hinzuhalten? ... « Fragen verhinderter Arbeiter. Zwölf junge Arbeitslose haben für den »Stern« einen Artikel geschrieben - abgedruckt worden ist er dann doch lieber nicht. Arbeitslosigkeit - »Thema Nummer Eins«. In Form von kühlen Tabellen, hohlen Worten oder zynischen Rezeptvorschlägen ernährt es Heerscharen etablierter Publizisten und politischer Schönredner. Richtig heikel wird es, wenn Betroffene tatsächlich auf die gängigen Phrasen und Angebote eingehen wollen.

Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen. Den Schaden haben in der Bundesrepublik derzeit knapp 200.000 junge Leute unter zwanzig, deren kohlbeschworene »zupackende Mitarbeit« sich bis dato aufs Einfließen in Arbeitslosenstatistiken beschränkt. Nicht genug, daß die Regierung - entgegen aller »eindringlichen Appelle« und »großen gemeinsamen Anstrengungen« - statt an Sprüchen lieber an Arbeitslosengeld und BAFÖG spart. »Wer mehr wagt und sich mehr plagt, der hat auch Anspruch auf mehr Erfolg und mehr Gewinn«, gelesen und auf den Arm genommen (in trautem Einklang mit des Bundeskanzlers Postulaten) im »Stern«-Jugendjournal mit der »Aktion gegen Jugendarbeitslosigkeit«.

Die Message: Kinder, werdet Unternehmer, wenn euch schon keiner gebrauchen kann. Auf siebenunddreißig Seiten ließ die Illustrierte den Arbeitsminister Blüm einen guten Mann sein. Unisono ließen beide die Maximen der Adenauer-Ära hochleben: »Kannst Du was, dann mach was«, »Mensch, Leute, macht doch mal«, denn »gute Ideen sind immer bares Geld«.

Eine Gruppe junger Bayern, zwei Schüler, zehn Arbeitslose, wollten gern aktiv werden und lasen weiter: »18 Vorschläge zum Selbständigmachen. Näh-Service. Startkapital: 1.000 DM. Jahresumsatz: 50.000 DM... welcher Großstadt-Junggeselle wäre heute nicht froh, wenn er sich so eine Nadel-Fee ins Haus holen könnte, die Knöpfe annäht, Pullover stopft und Hosen kürzer oder länger macht ... « Weiter staunten die Zwölf: Als »Dachrinnenreiniger«, »Tier-Taxifahrer« oder Croissant-Bäcker sollten sie ihr Glück versuchen, als »Stammbaum-Forscher« gar schlappe 10.000 DM »Startkapital« aufnehmen. Skurrile Dienstleistungen, mittelalterliches Kleingewerbetum, utopische Umsatzzahlen, unberechenbares Risiko - die Ärmel hoch, die Augen fest geschlossen? Der Arbeitsminister kalauerte den Vorschlägen voraus: »Ich wäre dafür, eine Welle von Existenzgründungen auszulösen... als ob Sich-Selbständig-Machen gefährlicher wäre als die Stimmabgabe.«

Konkursboom und Pleitewelle gerade kleiner und mittelständischer Unternehmen sind für Blüm und »Stern« in diesem Zusammenhang kein Thema...

Die Frage bleibt, wie gefährlich war die Stimmabgabe in diesem Frühjahr? Vor dem 6. März köderte Kohl Jungwähler mit dem Versprechen, 30.000 neue Lehrstellen zu schaffen. Eine Ausbildung sollte es für »jeden« geben, der »willig« und »fähig« sei. Seit ihrem Wahlsieg ist die Rechtskoalition aber still geworden. Man werde sich mit einer Überdurchschnittlich angespannten Arbeitsmarktlage auch in den nächsten zwei bis drei Jahren abfinden müssen - die Katastrophe wird zur Normalität erklärt. Je nach Berechnungsgrundlage (die Bundesanstalt für Arbeit redete 1982 von 36.000, die Gewerkschaften dagegen von 260.000 leer ausgegangenen Ausbildungsanwärtern)ist ein großer Teil der Schulabgänger offenbar nur nicht »willig«, »fähig«, gehört zu »Problemgruppen«, ist »lernbehindert« oder »nicht motiviert«. Jeder ist seines Glückes Schmied und der Arbeitslose selbst schuld. Viele - nicht nur Jugendliche - resignieren oder müssen froh sein, Jobs ohne Qualifikationen und zu miesen Bedingungen »angeboten« zu bekommen. Passend dazu das von den Unternehmerverbänden als segensreich propagierte »Berufsbildende Jahr«: Jugendliche sollen ein Jahr lang, vom Arbeitsamt schlecht vergütet, in Betriebe »reinschnuppern«, die nicht einmal ausbildungsberechtigt sein müssen. Besser als nichts? Kaum schätzbar ist die Dunkelziffer nicht registrierter Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz, das die CDU/FDP-Regierung jetzt ohnehin eingeschränkt hat. Wer Arbeit hat, muß froh sein und den Mund halten. Als letzten Versuch setzen Lehrstellensuchende und deren Eltern sogar Geldbeträge als Vermittlungsprämien aus.

Kein Wunder, daß in einem so trüben Klima dem »Stern« die Phantasie einmal mehr durchgegangen ist: »Wer zum Arbeiten zu faul ist, der sollte Ideen für Ideen verkaufen.«

Der Schreiber mag sich selbst gemeint haben. Aber Harald, Stephan, Wiggerl, Martin, Uli, Peter, Christine, Hansi, Rainer, Arno und Hubs aus München, Regensburg und Nürnberg wollten sich weder für dumm noch für faul verkaufen lassen. Sie nahmen die böse Satire beim Wort. Von den »guten Ideen« wenig angetan - »Kleinstunternehmer werden, wo alle Kleinen nicht erst dieser Tage gefressen werden von den Großen? Ein Heer von Don Quixotes werden, von Hänsen im Glück? Ja,

zu Schuhputzarbeit degradiert werden?« -, fuhren sie nach Hamburg zur Redaktion: »Wir wollten die Vorschläge praktizieren und so zeigen, wie unsinnig sie sind.« Beim »Stern« gab es dann eine Invasion von Putzteufeln, Nähern, Ahnenforschern und Blumenverkäufern, erst in der Empfangshalle, dann im Konferenzraum. »Aber keiner bedurfte unserer Dienste«, kommentiert Christine, gelernte Bürokauffrau, seit zwei Jahren ohne Job, die Aktion. »Ein Redakteur meinte, seine Frau würde die Schuhe putzen, ein anderer sagte, wir seien zu teuer und damit nicht konkurrenzfähig.« Weder Ahnenforscherdienste noch Anti-Atom-Blumenstöcke stießen auf Nachfrage. »Immerhin sind wir nicht gleich von Bullen rausgeschmissen worden, wie wir eigentlich gedacht hatten. Ich glaube, die Redakteure waren ganz froh über die Abwechslung!«

Irritieren konnten die jungen Leute nur die Pförtner. Der fürs »Jugend-Journal« verantwortliche Redakteur blieb cool und routiniert und sah die Vorwürfe angeblich ein. In einer folgenden »Stern«-Nummer sollte die Gruppe die Möglichkeit erhalten, ihren Protest und ihre Gegenvorschläge in einem eigenen Artikel zu artikulieren.

Der Artikel ist auch entstanden. Sorgfältig recherchierten die Autoren, daß in Burundi und Costa Rica prozentual mehr Mittel für den Bildungssektor aufgewendet werden als in der Bundesrepublik und daß die meisten gelernten Bäcker in unserem Lande nicht in Backstuben, sondern beim Autohersteller Opel in Bochum tätig sind. Die weiteren Aussagen und Forderungen des Textes waren allerdings direkter, als es dem »Stern« lieb sein konnte: »Wir brauchen sofort und augenblicklich nicht mehr und nicht weniger als die gründliche und moderne Bildung, die unser Land geben kann... Kein Mensch wird doch behaupten, daß eine Horde von Fensterputzern und Dachrinnenreinigern, die sich gegenseitig zugrunde richten, für die Gesellschaft nützlicher und ökonomischer wären als eine gebildete Jugend... das soll nicht machbar sein? Wir haben massig Lehrer, Professoren, Facharbeiter, Ingenieure, von denen viele arbeitslos sind wie wir. Sie könnten uns eine Menge beibringen. Das Geld ist da, behaupten wir... Warum so viel Geld - 1. 179.000 Mark waren es schon 1978 - für die Polizei rausschmeißen, wenn sie nicht einmal dazu taugt, die Unternehmer dingfest zu machen, die 13.400.000.000 Mark Steuern schulden? Warum 160.000.000 Mark ausgeben für den »Schutz hochgestellter Persönlichkeiten«, die nicht einmal dafür sorgen können, daß wir nicht immer dümmer werden?... Mag vielleicht unser neuer Bundeskanzler damit zufrieden sein, nur ein miserables Deutsch zu reden, wir nicht.« Dem »Stern« schlugen die resoluten Jugendlichen vor: »Nach dem Engagement, aufzudecken, daß Flick dem Staatshaushalt mindestens 800 Millionen Mark schuldet, wird die Aufklärungskampagne sinnvoll fortgeführt. Ziel: diese 800 Millionen müssen sofort eingezogen und augenblicklich für die Bildung unserer arbeitslosen Jugendlichen zur Verfügung gestellt werden. Startkapital: Redaktionsposten einer großen deutschen Illustrierten. Zu erwartender Erfolg: für uns: 800 Millionen Mark. Für den »Stern«: viel Sympathie und neue Abonnenten.«

Sympathie hin, Abonnenten her - das Manuskript überlebte gerade den ersten Durchgang im »Stern«'schen Satzcomputer, dann war Schluß mit den Faxen. Ideen-Verkäufer - Nein danke. Den zwölf Autoren, mittlerweile ins ferne Bayern zurückgekehrt, wurden statt eines Forums ein bißchen Geld und gute Worte geboten: »Leider... hat der Artikel nicht den Gefallen des Chefredakteurs gefunden.« Wochen später druckte der »Stern«, dem nach eigener Aussage das »Aufbrechen verkrusteter Strukturen« am Herzen liegt, dafür eine Erfolgs-Meldung der eigenen Aktion. Titel der Geschichte über Biologen, die frische Kräuter und Abiturienten, die heiße Hörnchen verkaufen: »Croissants und Pimpernelle«. Und bis auf den heutigen Tag schwört das Blatt auf die »Tellerwäscher-zum-Millionär«-Mär.

Den doppelt geleimten Bayern konnte diese »Stern« -Affäre den Mut nicht rauben. Sie haben ihre Story in der eigenen Zeitung »Kämpfende Jugend« veröffentlicht, arbeiten in Initiativen, wollen andere Betroffene aus ihrem Frust heraus und zu Selbstbewußtsein und politischer Aktion bringen. Ihr Motto: »Wir sind arbeitslos - na und?« Mitinitiator Wiggerl: »Wir wollen hier keine Freizeit- und Debattierclubs machen. Es geht doch darum, daß die einzelnen aufhören, sich selbst die Schuld an ihrer Arbeitslosigkeit zu geben, und darum, die eigentlichen Ursachen zu erkennen.«

Damit sind die aufmüpfigen Jugendlichen Politikern, Presse, Funk und Fernsehen weit voraus. Denn dort findet das Massenproblem Arbeitslosigkeit als eine Art Virus (mit den rechten Mittelchen leicht auszumerzen) oder gar als individuell verschuldete Schande statt. Da redet der »Bayernkurier« - Bayern hat, im Vergleich zum Vorjahr mit 37,7 Prozent von allen Bundesländern die höchste Zuwachsrate an jungen Arbeitslosen - von »Vertrauen schaffen« und behauptet: »Theoretisch kann jeder Jugendliche, der das will, auch eine Ausbildung bekommen.« Die »Frankfurter Allgemeine« erwähnte lapidar, die Zahl der Lehrstellenbewerber sei von Oktober '82 bis März '83 um 18 Prozent auf 451.300 zurückgegangen. Man solle sich aber, so Handwerkspräsident Schnitger in der »FAZ«, »nicht beirren lassen«. Da werden überall die Verschärfungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes als »Beseitigung ausbildungshemmender Maßnahmen« gefeiert. Ebenso ergeht es Initiativen, die die Lehrlingsvergütung einfrieren und eine »flexiblere Handhabung des Berufsschulunterrichts« vorantreiben wollen.

»Wir werden alles tun, um das Übel abzuhelfen«, radebrechte Kanzler Kohl einen Tag vor dem CDU-Bundesparteitag im ZDF»Heute-Journal«. Einen ganze Tag lang (!) wolle man sich mit diesem »wichtigen Thema« befassen. Kohl hat es schwer. Seit seinem Lehrstellen-Versprechen (vor der Wahl) treffen die Stellengesuche waschkörbeweise bei ihm ein und

werden - so hat sich inzwischen herausgestellt - waschkörbeweise an die hilflosen und überlasteten Arbeitsämter weitergereicht.

Daß aber nichts so heiß gegessen wie gekocht wird, hat zum Beispiel die Jugendvertretung der baden-württembergischen Firma E.G.B. Elektrogeräte Blanc + Fischer im Briefwechsel mit den vollmundigen Administratoren erfahren müssen. Die Jugendvertreter hatten gegen Lehrstellenabbau protestiert und sich beklagt, daß siebzehn Ausgelernte vom Betrieb nicht weiter beschäftigt werden sollen. Ohne Erfolg. Die Geschäftsleitung ließ sich nicht erweichen. Da wandten sich die Jugendvertreter vertrauensvoll, unter Berufung auf Artikel 11 der Landesverfassung (»Jeder Jugendliche ... hat ein Recht auf Ausbildung ... «) an Landesvater Lothar Späth. Das Staatsministerium verwies die »sehr geehrten Herren« umgehend an den Wirtschaftsminister. Aus dem Ministerium kam vier Wochen später die Antwort. Sachbearbeiter Feuerlein mit hin- und herrechnerischem Talent schmetterte die Beschwerde ab: »Baden-Württemberg hatte neben Bayern als einziges Bundesland auch 1982 einen Überschuß an angebotenen Ausbildungsplätzen zu verzeichnen.« Zahlen lügen nicht. Trotzdem versicherte Feuerlein beflissen, würden »Appelle« und »Werbeaktionen durchgeführt«. Das verfassungsmäßig verbriefte Recht auf Ausbildung erlege überdies den Unternehmen keine Verpflichtung auf, es sei lediglich ein »Leitsatz«: »Im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft kann und soll dem Unternehmer die eigenverantwortliche Entscheidung über Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze nicht abgenommen werden. In den letzten Jahren hat sich gezeigt, daß die Unternehmen auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten bereit sind, eine erhebliche Zahl an Ausbildungsplätzen bereitzustellen ... «

»Erheblich« ist aber im unentwickelten Oberderdinger Raum erheblich zu wenig. Die Betriebsräte baten deshalb den »Kollegen« Blüm um direkte Intervention bei E.G.B. - Kollege »Leverkus« wimmelte ab. Da half auch kein Berufen aufs Wahlkampf-Versprechen: »Eine direkte Empfehlung von Seiten des Bundesarbeitsministers ohne genaue Kenntnis der jeweiligen wirtschaftlichen, strukturellen und organisatorischen Gegebenheiten eines Betriebes würde wohl die durch unsere Wirtschaftsordnung vorgegebene Eigenverantwortung der Betriebe... mißachten!« Informationen lassen sich doch einholen, Herr Kollege. Der Brief ist inzwischen an Herrn Stingl weitergeleitet, der weiß Gott genug zu tun hat. Ein direktes Schreiben an den Herrn Bundeskanzler blieb bis heute ohne Resonanz. Und die Jugend in der Region Oberderdingen und anderswo wartet bis heute darauf, ihr verbrieftes Recht auf Arbeit in Anspruch nehmen zu können.

Fazit: Wer die Herrschaften auf den besseren Plätzen vertrauensvoll beim Wort nimmt, kriegt den Gehalt der frommen Versprechen konkret vorgeführt. Kanzler Kohl bleibt lieber beim Talente-Suchen, sieht seine Elite-Jugend forschen, musizieren und Sport treiben. Der Rest muß dann irgendwie »von der Straße weg«. Wohin und wozu, bleibt Geheimnis. Nicht nur quantitativ zeichnet sich ein Desaster ab: waren 1980 rund drei Prozent aller jungen Leute unter 20 ohne Arbeit, so sind es in diesem Frühjahr schon fast zehn Prozent gewesen. Für Ende der 80er Jahre wird mit Gesamtarbeitslosenzahlen um fünf Millionen allein in der Bundesrepublik kalkuliert wie mit dem begrenzten Atomschlag.

Das Recht auf »freie Berufswahl« kann wohl demnächst aus dem Grundgesetz gestrichen werden - jeder muß nehmen, was er kriegen kann. Viele Ausbildungsplätze bieten aber, gemessen an der rapiden Verwissenschaftlichung und technologischen Spezialisierung ganzer Produktionszweige, längst nicht den für später notwendigen Qualifikationsgrad. Schon jetzt hat Schwierigkeiten, wer von Handwerks- zu Industriebetrieben wechselt. Kommt neben einem nicht ausgebildeten auch noch ein fehlausgebildetes Arbeitskräftepotential auf uns zu? Ein Ausbildungssystem, das sich ausschließlich und kurzsichtig an Gesichtspunkten privatwirtschaftlicher Gewinnmaximierung orientiert, programmiert eine solche Entwicklung vor.

Für die Bundesregierung liegt die Wurzel allen Übels offenbar ganz woanders. Das zeigt die neueste originelle Idee des Bundesarbeitsministers. Laut »Wirtschaftswoche« will er demnächst jedem ausreisewilligen ausländischen Arbeitnehmer eine Kopfprämie von 10.500 Mark auszahlen. Dann werden endlich die Arbeitsplätze frei, von denen wir schon immer geträumt haben.

Konkret 07/83, S. 30

Kai Hermann

Massenmord im Hinterhof

US-Präsident Ronald Reagan will mit einer »totalen militärischen Lösung« die Vorherrschaft der Vereinigten Staaten in Mittelamerika zementieren.

Kommandant Selbstmord hatte zum Sammeln befohlen, und etwa 400 Kämpfer kamen aus den Bergen von Nicaraguas nördlicher Provinz Nueva Segovia. Selbstmord stellte seine Leute den Vertretern der internationalen Presse vor. Die Kämpfer trugen neue Tarnanzüge, M 60 Maschinenpisolen, die original Dschungelstiefel, Kampfmesser und Munitionstaschen der US-Army. Der Kommandant entließ seine Leute mit dem Spruch: »Nächstes Jahr in Managua.«

Eigentlich, erklärte Selbstmord den Presseleuten, heiße er Pedro Pablo Ortiz Centeno. Seinen Spitznamen habe er weg, seit er einer der bestgefürchteten Unterführer in Somozas berüchtigtem »Klapperschlangen-Regiment« gewesen sei. Nach der Niederlage gegen die Sandinisten 1979 gelang Selbstmord mit 300 Kameraden die Flucht. Er machte sich zu ihrem Führer. Als »Legion des 15. September« zog der Haufen plündernd und mordend durch das Grenzgebiet von Honduras und Nicaragua. Mehrfach wurde Kommandant Selbstmord in Honduras wegen massenhaften Raubmordes verhaftet. Und jedesmal auf Intervention mächtiger, anonymer Gönner wieder freigelassen.

1981 übernahm der Profi-Killer wieder eine politische Aufgabe. Selbstmord alias Centeno wurde in Honduras von CIA-Instrukteuren und kubanischen Schweinebucht-Veteranen zum Freiheitskämpfer umgeschult. Er und seine Bande waren nun Mitglieder der FDN, der Demokratischen Kräfte Nicaraguas, Contras genannt.

Bei der Contra in Nicaragua wird nicht viel verborgen. Denn auch ihre Auftraggeber in Washington machen kein großes Geheimnis mehr um ihre neue Mittelamerika-Politik. Und während sich Selbstmord der Presse präsentierte, beschwor der US-Unterstaatssekretär für Lateinamerika, Thomas Enders, die Mitglieder der Washingtoner Geheimdienstausschüsse, die CIA-Aktionen gegen Nicaragua zu unterstützen. Enders, »Architekt der US-Lateinamerikapolitik«, entwarf kühn eine restaurierte politische Landkarte Mittelamerikas. Schon bis zum Jahresende könne das sandinistische Regime fallen. Und in den übrigen Ländern der »Hemisphäre« haben die USA bis dahin auch stabile Verhältnisse geschaffen.

Dennoch nutzte Thomas Enders der rastlose Einsatz für die Strategie seines Präsidenten nichts mehr. Reagan feuerte den Spezialisten für die Säuberung des US-Hinterhofes nur wenige Tage später. Der Vorwurf gegen den ausgewiesenen »Falken« Enders: Er habe zu optimistisch auf komplizierte politische Prozesse gebaut und darüber klare militärische Alternativen vernachlässigt.

Reagan hatte sich für Mittelamerika schon einen neuen persönlichen Beauftragten ausgeguckt: Den Selfmade-Millionär und Hobby-Diplomaten Richard Stone. Seine Eignung für einen der derzeitig wichtigsten außenpolitischen Posten Washingtons hatte Stone wohl in den vergangenen Jahren bewiesen. Da war er bezahlter Lobbyist der Militärdiktatur unter General Marcia in Guatemala. Für gutes Geld und aus Überzeugung vertrat er in Washington das Regime, das den einsamen Weltrekord in politischem Mord gemessen an der Einwohnerzahl hält. Die Zahl der Opfer von Stones guatemaltekischer Klientel wird auf 30.000 geschätzt.

Stone ist einer der neuen Männer uni Reagan, die für »saubere Lösungen« sorgen sollen. Um das US-Nachrichtenmagazin »Newsweek« zu zitieren: »Der Besitzer des Football-Teams hat den Trainer ausgewechselt.« Nun hätten die harten Jungs Anstoß - mit dem Ziel der »totalen militärischen Lösung in der Region«. Die US-Presse berichtet immer häufiger im Sport-Jargon über die Politik der Massaker. Und glaubt man ihr, geht derzeit Runde auf Runde an die Contra von Team-Chef Reagan.

Die Pläne, die Sandinisten längerfristig zu schwächen und auszuhungern, scheinen zu den Akten gelegt worden zu sein. Der Präsident setzt auf die vom CIA ausgebildete und geführte FDN der Ex-Nationalgardisten. Über deren Ziele haben - so noch einmal »Newsweek« - auch Mitglieder des Washingtoner Regierungsapparates kaum Zweifel: » ... ein neues Blutbad, gefolgt von einer Machtübernahme der Rechten, vielleicht sogar unter dem Sohn Somozas.«

Der Fahrplan für diese »totale militärische Lösung« ist offen ausgeplaudertes Geheimnis. Nach der Periode der Überfälle auf sandinistische Milizen und der Liquidierung von Repräsentanten des Regimes in den Nordprovinzen soll eine Stadt erobert werden, möglicherweise Jalapa. Damit hätte die Contra Landepisten zur Verfügung und könnte Nachschubprobleme leichter lösen. Während im Süden die Guerilla des Ex-Sandinisten Eden Pastora vor allem Truppen bindet, soll im Norden ein befreites Gebiet ausgerufen werden. Die FDN könnte dann um internationale Anerkennung nachsuchen und von den USA als Vertretung Nicaraguas akzeptiert und offiziell unterstützt werden.

Obgleich angeblich schon etwa 7.000 Contra-Krieger in den Grenzgebieten bereitstehen, bleibt dies ein kühner Plan. Es gibt denn auch eine realistischere Alternative für die militärische Lösung: Honduras verwickelt Nicaragua in einen totalen Krieg. Je nach Lage könnten die US-Ledernacken als Friedenstruppe eingreifen.

Honduras ist jedenfalls schon unmittelbar nach dem Sieg der Sandinisten für diese Alternative systematisch politisch und militärisch aufgerüstet worden. Seit 1979 schickten die USA für 200 Millionen Dollar Militärhilfe. Die Mannschaftsstärke der Streitkräfte wurde um 50 Prozent erhöht, die Zahl der militärischen Landepisten und Flugzeuge verdoppelt. Mit 150 Maschinen hat Honduras die bestgerüstete Luftwaffe Mittelamerikas. Etwa 50 mobile US-Trainingsgruppen sorgen für ideologischen und militärischen Schliff. Unterstützt werden sie von argentinischen Spezialisten. Deren Einfluß dokumentiert die steigende Zahl verschwundener Personen. Eliteeinheiten werden in den USA ausgebildet. Regelmäßige gemeinsame Manöver mit US-Truppen an der Grenze zu Nicaragua lassen keinen Zweifel am Sinn der Aufrüstung.

Mit der Militarisierung verschärft sich in Honduras auch die innenpolitische Unterdrückung mit Todesschwadronen, Folter und politischem Mord. Die Führer von oppositionellen Gewerkschaften und Studenten werden systematisch liquidiert. Der ehemalige Geheimdienstchef der Armee, Oberst Torres, floh nach Mexiko und berichtete, Führer der Todesschwadrone sei der Oberkommandierende des Heeres, General Alvarez, Washingtons wichtigster Verbindungsmann in Honduras.

Die scheinbar sinnlose Radikalisierung in dem Land mit einer traditionell sehr schwachen linken Bewegung hat Methode. Das jedenfalls vermutet auch der einzige christdemokratische und oppositionelle Abgeordnete im Parlament, Efrain Diaz. Er macht die USA mitverantwortlich für die Zerstörung aller Demokratiserungs-Ansätze: »Sie sehen alles nur aus der Sicht des Antikommunismus. Alles wird ins Schwarz-Weiß-Schema gepreßt. Anstatt den Demokratisierungsprozeß zu fördern, leisten sie der Polarisierung Vorschub.«

Die Zeiten sind vorbei, in denen die christdemokratischen Reformparteien zumindest in der außenpolitischen Propaganda der USA eine Rolle spielten. Die Entscheidung für die »totale militärische Lösung« verlangt klare Fronten. Das gilt für Nicaragua und Honduras und allemal für EI Salvador. In EI Salvador versuchte ein Teil des US-Apparates von Außenministerium und CIA, den Bürgerkrieg mit einem kapitalistischen Reformprogramm zu verbinden. In einer sanften Agrarreform sollten Großgrundbesitzer, die weite Teile ihres Landes brachliegen lassen, gegen hohe Entschädigungen enteignet werden. Der Plan war, die alte Feudalklasse - wie etwa im Iran des Schah - fürs Kapital und für Industrie-Investitionen zu interessieren. Das hätte das ökonomisch rückständige Land auch lukrativer für nordamerikanische Investoren gemacht.

Die sehr unbeweglichen Feudalfamilien sahen in solchen Modernisierungsplänen allerdings nur die Gefährdung ihrer unumschränkten Herrschaft. Sie wehrten sich mit gezieltem Mord selbst an CIA-Agenten. Ihr ausgemachter Gegner wurde der von den US-»Reformern«protegierte stärkste Mann der de facto regierenden Militär-Junta, Verteidigungsminister Garcia. Der Technokrat Garcia war von den Nordamerikanern nicht nur militärisch, sondern auch als Manager in Konzernen ausgebildet worden. Er sollte die Christdemokraten an der Macht beteiligen.

Nun wurde Garcia mit ausdrücklicher Billigung von Reagans N neuen Experten gefeuert. Mit nachdrücklicher Empfehlung der US-Botschaft bekam General Vides Casanova den wichtigsten Posten in Managua. Die Soldaten nennen den neuen Verteidigungsminister scherzhaft »Senorita Casanova«. Denn als bisheriger Kommandeur der Nationalgarde hat er kaum Kampferfahrung mit Guerilleros. Seine Leute waren vor allem mit der Ermordung von Zivilisten befaßt. Fünf seiner Männer sind überführt, vier nordamerikanische Nonnen liquidiert zu haben. Zwei andere Gardisten wurden sogar inhaftiert, weil sie CIA-Experten für die Agrarreform umbrachten. Deswegen gab es zeitweise einigen Unwillen in der US-Administration gegenüber Casanova. Seine Beförderung allerdings ist Indiz für den Verdacht, daß auch die US-Staatsbürger nicht ganz ohne Wissen oder doch mit heimlicher Billigung einer Fraktion der nordamerikanischen Beschützer getötet wurden. Denn die Auseinandersetzung über den rechten Kurs wurde nicht nur innerhalb der US-Botschaft, sondern auch zwischen verschiedenen Gruppen des CIA geführt.

Präsident Reagan hat mit seinen Personalentscheidungen diese Auseinandersetzungen endgültig beendet. Der US-Botschafter in El Salvador Deane Hinton verlor zusammen mit dem Verteidigungsminister seinen Job. Der anerkannte »Hardliner« Hinton hatte bis zuletzt an einer kombinierten politisch-militärischen Lösung für EI Salvador gearbeitet. Reagan präsentierte dafür als Nachfolger einen Mann, der ausschließlich in militärischen Kategorien denkt: den pensionierten Admiral Thomas. Erst die verbitterte Intervention von Außenminister Shultz, der um die Moral seines Amtes und der Berufsdiplomaten fürchtete, kostete den Navy-Veteranen den schon fest versprochenen Botschafterposten.

Im militärischen Konzept für Mittelamerika gibt es eine Schwachstelle: Costa Rica. Das Nachbarland Nicaraguas ist die letzte lateinamerikanische »Schweiz«, in der es keine Armee und keinen Geheimdienst gibt, und traditionelle Parteien nach demokratischem Ritual um befristete Macht streiten. Noch bis zum Frühjahr dieses Jahres versuchten die Regierenden, sich der Gesamtstrategie der USA für die »Hemisphäre« zu entziehen. Der nicaraguanische Contra-Führer Eden Pastora, der vom Territorium Costa Ricas gegen seine sandinistisch regierte Heimat operiert, wurde noch im März verhaftet und ausgewiesen.

Mittlerweile machte Pastora dem Befehlshaber der Landpolizei von Costa Rica ein Auto zum Geschenk, und seine Guerilleros operieren wieder im Grenzgebiet mit voller Unterstützung der Gendarmen. Die USA haben mit Dollars und

Druck einen Teil der Machtelite Costa Ricas für ihr Konzept der Militarisierung sozialer Konflikte gewonnen. Das Modell Costa Rica ist damit zu Ende.

Es hatte 1982 mit einer Millionen-Spende Washingtons für die Aufrüstung der Polizei zur Bürgerkriegsarmee begonnen. Eine »Organisation für nationale Notstände« ist jetzt im Aufbau, der 10.000 Bewaffnete angehören sollen. Die USA haben Experten für diese Aufrüstung nach Costa Rica delegiert. »Polizeiberater« und technische Assistenz kommen aus Südkorea, Taiwan und Israel. Auch ein politischer Geheimdienst, die »Staatliche Sicherheitspolizei«, ist schon gegründet. Sie soll, so die »Neue Zürcher Zeitung«, »nach inoffiziellen Meldungen von Israelis geschult werden«. Die Israelis haben in den vergangenen Jahren auch schon die Geheimpolizei der Nachbarstaaten »geschult«, die zu den wichtigsten Organisationen des Massenmords wurden. Und die Menschenrechtskommission der OAS, der offiziellen Bindungsorganisation lateinamerikanischer Staaten, meldet schon die ersten Fälle schwerer Folter aus Costa Rica. Die Aufrüstung des letzten lateinamerikanischen Landes ohne militärischen Unterdrückungsapparat erfolgt in fast hysterischer Hast. Nach den offiziellen Plänen Washingtons für die »Sicherheitshilfe« steht der kleine Staat schon an dritter Stelle der Militärhilfe-Empfänger auf dem Kontinent.

Der Ring um Nicaragua ist damit geschlossen. Die Voraussetzungen sind geschaffen, fahrplanmäßig schon Ende dieses Jahres einen entscheidenden Schlag gegen das sandinistische Nicaragua zu versuchen. Gewiß, es gibt auch in den Vereinigten Staaten Kritik an dem Konzept der totalen militärischen Lösung für den US-Hinterhof. Immerhin verstößt die offizielle Unterstützung der Contra-Guerilla durch den CIA gegen internationales Recht, gegen die Satzungen der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und nicht zuletzt gegen Gesetze der USA. Einstimmig verbot deshalb das US-Repräsentantenhaus dem CIA, Contra-Gruppen mit dem Ziel zu unterstützen, die sandinistische Regierung zu stürzen. Es ist schließlich erst einige Jahre her, seit der US-Geheimdienst durch einen hierzulande viel bewunderten »schmerzlichen Säuberungsprozeß« ging. Hunderte von Top-Agenten mußten den Dienst wegen Beteiligung an »schmutzigen Aktionen« verlassen. Nun wundert sich Stansfield Turner, Direktor des CIA von 1977 bis 1981, daß die Leute, die er feuern mußte, »wieder einberufen werden, ausgerechnet um die Nicaragua-Aktionen durchzuführen«.

Liberale Politiker protestierten gegen die illegalen Praktiken, Kongreß-Ausschüsse verweigerten gelegentlich Gelder, und das machte Schlagzeilen. Am neuen Mittelamerika-Konzept der Reagan-Administration änderte es kein Jota. Und das liberale Establishment wird zusehends vorsichtiger mit der Kritik, weil es den Wahlkampf-Vorwurf fürchtet, die vitalen Interessen der USA zu verraten.

Zu Recht wies Präsident Reagan in seiner »historischen« Rede vor Kongreß und Senat darauf hin, daß auch die Präsidenten vor ihm immer wieder direkt in Lateinamerika intervenierten. Vom Sturz des sozialliberalen Reform-Präsidenten Arbenz Guzman in Guatemala 1954, mit dem die unvorstellbare Tragödie dieses Landes begann, bis zur Ermordung des gewählten sozialistischen Präsidenten Salvador Allende in Chile und zu acht verschiedenen Mordkomplotten des CIA in Zusammenarbeit mit der Mafia gegen den Kommunisten Fidel Castro.

Nicht Zufällig setzte sich am Tag nach der Präsidenten-Rede die UN-Botschafterin der USA, Kirkpatrick, im Weißen Haus vor ein gewaltiges Ölgemälde des legendären Präsidenten Theodore Roosevelt, genannt T.R., um vor Journalisten die Mittelamerika-Politik zu erläutern. T.R., Präsident von 1901 bis 1909, zog an der Spitze seiner Elitetruppe, der Rough Rider, selbst nach Mittelamerika, um die Doktrin von der US-Vorherrschaft im spanisch-sprechenden Hinterhof militärisch durchzusetzen. Das Gemälde zeigt T.R. im Sattel seines berühmten Pferdes »Texas« auf einem kubanischen Hügel. Roosevelt erlegte dort eigenhändig einen fliehenden Spanier, der - so die Chronik - »so sauber purzelte wie ein voll getroffenes Kaninchen«.

Konkret 07/83, S. 38

Otto Köhler

Der häßliche Deutsche: Minister des Friedens

Auf der Bonner Hardthöhe sitzt ein Mann, der keine Angst vor dem Krieg hat.

Als unser Jahrzehnt elf Tage alt war, fing einer an zu toben: »Die Zeichen der Zeit stehen auf Sturm. Am Anfang der 80er Jahre fließt Blut, treibt man Zigtausende von Menschen in den Hungertod, rasseln Panzerketten, wird geschossen - das Jahrzehnt der sogenannten Entspannung endet mit einer unversöhnlichen Konfrontation der beiden Supermächte.« Und darum, so verlangt der elegant gekleidete Herr am Rednerpult, muß jetzt »Schluß gemacht« werden mit »Wohlstandsduselei«, »Vernachlässigung vitaler Sicherheitsinteressen«, »Überbetonung der Gesellschaftspolitik - auch in unserer Partei«, »mangelnder Opferbereitschaft« und mit der »Aushöhlung des Verteidigungswillens«.

Angegriffen und verlacht habe man ihn, klagte der Redner in ehrlichem Mitleid mit sich selbst, weil er »seit Jahren« davon spreche, daß »wir nicht nur an der europäischen Front und im afrikanischen Hinterland, sondern auch in der weltpolitischen Schlüsselregion der mittelöstlichen Ölquellen ausreichend verteidigt werden müssen, daß also die geographische Begrenzung der NATO überholt sei.« Mit der »Perversion der Friedensdiskussion« in der Bundesrepublik müsse jetzt Schluß sein.

Schon damals, am 11. Januar 1980 in Bonn auf dem »Sicherheitspolitischen Kongreß« der CDU lachte keiner mehr, als dieser Mann, sicherheitspolitischer Sprecher seiner Partei, auf ein zuverlässiges Programm zum Krieg drängte: »Die Sicherung der Rohstoff- und Ölversorgung muß zu einer zentralen Aufgabe der NATO werden, die geographische Begrenzung muß fallen.« Sogar Strauß distanzierte sich von ihm und jedem Einsatz der Bundeswehr außerhalb der NATO-Grenzen. Und bei der darauffolgenden Bundestagsdebatte über Sicherheit durfte sich dieser Herr für den schnellen Krieg gar nicht erst blicken lassen. Keine drei Jahre später saß der Sicherheitsexperte als Verteidigungsminister auf der Hardthöhe und nennt das, was er treibt, »Friedenspolitik«.

Dabei hatte der 48jährige Manfred Wörner alle Chancen, ein gesitteter Mensch zu werden. Er war weißer Jahrgang, mußte also nicht zur Bundeswehr. Doch er entschied sich freiwillig fürs Militär. Und in diesem Milieu - er nimmt regelmäßig an Reserveübungen teil und hat es bis zum Oberstleutnant gebracht - verkam allmählich, was in dem jungen Wörner an guten Vorsätzen steckte. Als er mit 30 Jahren als jüngster CDU-Abgeordneter für den Wahlkreis Göppingen in den Bundestag einzog, fand er Strauß »unmöglich«, forderte, die CDU »geistig und personell zu erneuern«, und drohte mit seinem Austritt, falls aus der Union eine Rechtspartei werde.

Das ist sie längst geworden. Und Wörner wurde zum leidenschaftlichen Anhänger der 79er Kanzler-Kandidatur von Franz Josef Strauß, vor allem aber ein entschiedener Verächter des Parlaments, in dem er seit achtzehn Jahren sitzt: »Ich sitze lieber zehn Stunden im Starfighter als eine Stunde im Bundestag.«

Kein Wunder, von Starfighter-Hersteller Lockheed ließ sich Wehrexperte Wörner bei seinen US-Besuchen Reisekosten bezahlen.

Sofort bei seinem Machtantritt im Oktober vergangenen Jahres kündigte der neue Verteidigungsminister an, er wolle das »Gespräch« mit den Kultusministern aufnehmen, »damit eine neue Anstrengung gemacht wird, an unseren Schulen den Auftrag unserer Streitkräfte zu verdeutlichen«. Das ist inzwischen passiert. Über das, was er unter Friedenserziehung versteht, hat sich Wörner rechtzeitig Gedanken gemacht. 1978, auf dem Sicherheitspolitischen Kongreß der CDU in Kiel verlangte er nicht nur: »Es dürfte kein Schulbuch zugelassen oder empfohlen werden, in dem nicht sachliche Aufklärung über die Verteidigung enthalten ist.« Er forderte vor allem die Ausmerzung von wehrkraftzersetzenden Texten (»Solche Schulbücher verstoßen gegen den Geist unserer Verfassung«) im Unterricht. Dazu gehörte Enzensbergers Bericht über das US-Massaker im vietnamesischen My Lai ebenso wie Remarques Buch »Im Westen nichts Neues«, das Goebbels bereits 1933 verbrennen ließ. Was solches Unterrichtsmaterial bewirke, klagte Wörner, »kann die Bundeswehr in 15 Monaten nicht ausbügeln«.

Der stets adrett gebügelte Christdemokrat hält auf Tradition: »Solange ich Verteidigungsminister bin, wird der Große Zapfenstreich nicht abgeschafft. Solange ich Minister bin, bleibt es beim öffentlichen Gelöbnis während der Truppenvereidigung.« Und zu dieser Tradition gehört auch Lob für das strategische Genie des Führers von damals. Ohne daß irgendein CDU-Mitglied protestierte, wiederholte Wörner auf sicherheitspolitischen Kongressen der Union Wort für Wort diesen Satz: »Die militärischen Erfolge der deutschen Wehrmacht gegen einen zahlenmäßig fast immer überlegenen, qualitativ fast durchgehend gleichwertigen Gegner beruhten vornehmlich auf der überlegenen auch vom Gegner anerkannten militärischen Führungskunst auf allen Ebenen.« Also auch auf der obersten, auf der als Oberbefehlshaber der Wehrmacht Adolf Hitler saß.

Diese Nazi-Lobhudelei des Ministers äußerte sich auch in einer geradezu schwärmerischen Verehrung für den Hitler-Offizier und Stuka-Oberst Rudel, der gerade noch miterleben durfte, wie sein neuer Gönner Minister wurde. 1976, als

selbst der militär-fromme Verteidigungsminister Leber gegen ein Treffen von Bundeswehroffizieren mit Rudel vorging, verteidigte Wörner die Führungsfigur der rechtsextremistischen »Deutschen Volksunion«. Er kenne die »politischen Auffassungen« Rudels nicht, behauptete Wörner, doch selbst wenn er sie »gegebenenfalls mißbilligen« würde, habe er »hohen Respekt vor den soldatischen Leistungen« dieses Mannes. Immerhin zerschoß Rudel in 2.530 Kampfeinsätzen für Großdeutschland 519 russische Panzer und tötete ungezählte russische Menschen.

Doch zum Tod hat Wörner ein eigenes Verhältnis. Eine Woche nach der Aufschwung-Wahl vom 6. März attackierte Wörner auf einem Wende-Fest des ehemals so erfolgreichen Marinerichters Filbinger im Mannheimer Rittersaal die Christen, weil sie nicht mehr Kanonenfutter sein wollen: »Wenn ich mich draußen mit den Gemeinden herumschlage, dann finde ich dort häufig genug ein Verständnis des menschlichen Lebens, mit dem ich große Schwierigkeiten habe - eine Verabsolutierung des Überlebens in einer Art und Weise, bei der ich mich manchmal frage, ob sie wirklich noch mit dem Grundgehalt des christlichen Glaubens übereinstimmt.« Und deshalb behauptet Wörner auch im Kampf gegen die » sogenannte Friedensbewegung«: »Wir brauchen keine Angst vor einem Krieg zu haben.«

Konkret 07/83, S. 40

Ute Büsing

Woman is the Nigger of the World

Sozialhilfe und öffentliche Dienstleistungen werden gekürzt, Abtreibungen geächtet, gleiche Bezahlung am Arbeitsplatz verweigert - die Reagan-Politik trifft die Frauen in den USA am härtesten.

Mit dem flotten Spruch » Ich bin für das 'E' (Gleichheit). Ich bin für das 'R' (Rechte). Aber ich bin gegen das 'A'(Verfassungszusatz)« begründete Präsident Ronald Reagan seine Ablehnung des *Equal Rights Amendment (ERA),* des Verfassungszusatzes zur Gleichberechtigung, der den amerikanischen Frauen nicht mehr und nicht weniger gebracht hätte, als die »Gleichheit der Rechte vor dem Gesetz«.

Das Oberhaupt des immer noch »reichsten Landes der Erde« hat für die Frauen anderes im Sinn als ihre Gleichstellung zu Hause und am Arbeitsplatz. Sie alle sollen so werden, wie die gottgeschaffene First Lady, Nancy. Hübsch anzusehen in Modellkleidchen aus New Yorks Fifth Avenue; makellos, sauber und weiß. Als treusorgende Ehefrau und Mutter ganz dem Mann untertan, zuständig für Kinder, Küche, Kirche. Und allenfalls noch für die Pflege des wertvollen Tafelsilbers, sofern es denn vorhanden ist. Mr. President liebt die Frauen und er liebt die amerikanische Familie - entsprechend sind die Maßgaben seiner Politik.

Reaganomics, das Synonym für die derzeitige amerikanische Wirtschaftspolitik, das ist im Kern Frauenpolitik, Familienpolitik. Einzige Einschränkung: Frauenpolitik, Familienpolitik nur für diejenigen, die sich diese Politik leisten können. Das kann in einem Land, in dem das seit Siedlers Zeiten gepredigte »Überleben der Stärksten« gerade wieder zu neuer nationaler Blüte erwacht ist, schwerlich die Mehrheit der Bevölkerung sein. Frauenpolitik, Familienpolitik in den USA 1983, das ist Politik für die von Gott Auserwälten, für die weiße Mittel- und die Oberschicht.

Reaganomics für Frau und Familie funktionieren nach dem Prinzip eines Siebes: Weiße Frauen aus der Unterschicht, Arbeiterinnen, Wohlfahrtsempfängerinnen, schwarze und hispanische Frauen fallen, befreit von der Schlacke kostenloser öffentlicher Sozialleistungen, unten durch; obenauf bleiben weiße Frauen der Oberschicht, ausgerüstet mit christlicher Moral, aufgerüstet mit dem Glauben an *flag and family,* Flagge und Familie.

Mindestens drei amerikanische Nationalflaggen. Eine aufgeregte Gesellschaft von etwa fünfzig Menschen, *Small Talk* bei Käsehäppchen, Champagner und Erdbeeren. Gutbürgerliche Hausfrauen, Party-feingemacht, geziert von Plastikhütchen in den Nationalfarben, besteckt mit zahlreichen Buttons wie »*Vote Woman Power*« und *»ERA Yes«*. Altere Männer mit Schlips und Kragen unterm aufgedunsenen Bürokratengesicht, auch sie mit Button: *»Vote Woman Power«.*

Das ist keine Wahlkampfparty der Demokraten oder der Republikaner, sondern eine Fete der »National Organization for Women« (NOW), New York. Mit landesweit rund 180.000 Mitgliedern (Tendenz steigend) ist NOW die größte Frauenorganisation in den USA.

Die Szene in dem geräumigen Loft am Hudson River ist »typisch amerikanisch«, so wie NOW eine »typisch amerikanische« (Frauen-) Organisation ist, verpflichtet dem *mainstream* in der amerikanischen Gesellschaft. »Bei denen kann auch die Frau des Präsidenten der Bank von Manhattan mitmachen ... « , bemängeln radikale Feministinnen. Aber, die Frauenfete mit den vielen Hütchen und den Nationalflaggen und den vielen Männern dient einem sehr politischen Zweck. NOW, die »größte«, mobilisiert mit dieser Party für die Gleichberechtigung.

Am 30. Juni 1982 lief die zehnjährige Frist für die Ratifizierung des *Equal Rights Amendment* aus. Nur 35 von 51 Bundesstaaten konnten sich dazu durchringen, für den am 22. März 1972 vom Kongreß angenommenen Verfassungszusatz zu votieren. Das waren drei Staaten weniger als notwendig, um die Gleichberechtigung festzuschreiben: »Die Vereinigten Staaten oder ein anderer Staat sollen die Gleichheit vor dem Gesetz aufgrund des Geschlechts nicht verweigern oder einschränken.« Sechzehn Einzelstaaten wollten diesen simplen (Zu-)Satz in der Verfassung nicht sehen.

Dabei hatte NOW in der *countdown campaign* für das ERA alle verfügbaren Kräfte mobilisiert. Landesweit gaben Tausende von Frauen ihre Jobs oder ihre Familienarbeit auf, um als *missioner* für die Gleichberechtigung zu arbeiten. Doch Massendemonstrationen, spektakuläre mehrwöchige Hungerstreiks und die Unterstützung so prominenter Dame wie der Ex-Präsidenten-Gattinnen Betty Ford und Lady Bird Johnson konnten ERA als Verfassungszusatz nicht durchsetzen.

Zwar hat eine Gruppe demokratischer und republikanischer Abgeordneter im Spätsommer 1982 die ERA-Gesetzesvorlage erneut in den Kongreß eingebracht, um den Ratifizierungsprozeß wieder in Gang zu setzen. Doch weitere zehn Jahre wollen die NOW-Frauen (und Männer) nicht auf einen »Bewußtseinswandel« der führenden Politiker in den Einzelstaaten warten. Denn das Scheitern des ERA ist symptomatisch für eine generelle Einschränkung und Rücknahme der Rechte von Frauen unter der Reagan-Administration.

»In der Ära Reagan ist der Platz der Frau zu Hause. Sie ist zuständig als Hegerin und Pflegerin der Kinder und als Haushaltsführerin für den Mann, der als *breadwinner* das Einkommen besorgt und über die prinzipielle Autorität in allen

entscheidenden Fragen verfügt«, erklärt Denise Dillon Fuge, Präsidentin von NOW, New York. »Alles, was diesein Ideal der traditionellen Kleinfamilie entgegensteht, wird als abweichendes Verhalten gewertet und unterdrückt.«

Gemessen an diesem offiziell propagierten Idealbild der *model family,* müßte das Verhalten mindestens der Hälfte aller amerikanischen Familien als »abweichend« gelten. Denn für den *normal Bob* und die *normal Jane* ist längst die *two-paycheck-Familie Realität*. Allein mit dem Einkommen des Mannes können bei festgefrorenen Löhnen die gestiegenen Lebenshaltungskosten nicht mehr gedeckt werden. Immer mehr Frauen nehmen zusätzlich zu Hausarbeit und Kinderaufzucht eine Berufstätigkeit auf.

Gegenüber 1950 hat sich der Anteil verheirateter Frauen auf dem Arbeitsmarkt um 28,8 Prozent gesteigert. 1979 arbeiteten 51,9 Prozent aller verheirateten Frauen mit Kindern unter elf Jahren außerhalb des eigenen Haushalts.

Die Doppelbelastung der Frauen hatte allerdings keine tiefgreifende Wirkung auf die traditionelle Rolle des Ehemanns im Haus. Wenn der einstmals alleinige *breadwinner* nach Hause kommt, dann will er noch immer von der Ehefrau bedient und umsorgt werden. Ganz im Gegenteil zum hehren Frau- und Mutter-Ideal, das von der Reagan-Administration propagiert wird, rackern sich die Amerikanerinnen als »neue Arbeitspferde« zwischen Haushalt und Arbeitsplatz ab. Der *double day* ist zum bestimmenden Lebensinhalt der *normal Jane* geworden. Und diesen doppelt belasteten Frauen werden nun auch noch Kürzungen und Einschränkungen im Sozialbereich zugemutet. Mit den *social cutbacks* wurden nahezu alle öffentlichen Dienstleistungen gestrichen, die den berufstätigen Müttern und Ehefrauen den *double day* halbwegs erträglich machten. Rigide Einsparungen im *day care* (Kindertagesstätten)-System, Wegfall der Schutzbestimmungen für schwangere Frauen am Arbeitsplatz, Streichung des kostenlosen Schulfrühstücks, Einsparungen von Ausbildungshilfen, schließlich gravierende Kürzungen aller Sozialhilfeleistungen von Wohlfahrtsgeldern bis hin zu Lebensmittelmarken, stellen die amerikanische Durchschnittsfamilie vor eine gefährliche Zerreißprobe. Was unter dem Banner »neuer Selbstverantwortlichkeit« daherkommt und als »familienfreundlich« verkauft wird, ist tatsächlich die Privatisierung staatlicher Fürsorgepflichten.

»Wir sind diejenigen, die vom *child care* profitiert haben. Wir sind diejenigen, die von gleicher Bezahlung profitieren würden, weil ein besseres Einkommen ein besseres Leben für uns bedeutet, für unsere Familien, für unsere *Commnities*«, sagt Willie Mae Reid, schwarze Aktivistin und NOW-Mitglied. »Ich kann mich nicht entscheiden, was mich mehr zum Opfer macht, daß ich schwarz bin oder daß ich eine Frau bin. Mein Leben lang bin ich Opfer gewesen, als Schwarze und als Frau.«

Kaum haben die *social cutbacks* richtig gegriffen, wird schon mit weiteren Maßnahmen am Idealbild der *model family* weitergestrickt. In Teilen bereits in Kraft ist zum Beispiel der *Family Protection Act*, ein aus insgesamt 60 Punkten bestehendes »Familiengesetz«.

Kostenlose Rechtsberatung bei Scheidungen oder in Fällen von Kindesmißhandlung wird es danach nicht mehr geben. Jegliche öffentliche Unterstützung für Organisationen oder Einzelpersonen, die sich für die Abtreibung stark machen, wird verboten. »Gebannt« werden sollen alle Unterrichtsmaterialien, die »den Rollenunterschied zwischen den Geschlechtern, wie er historisch in den Vereinigten Staaten verstanden wird«, abstreiten.

Verabschiedet wurde auch ein 30 Millionen Dollar teures »Teenager Keuschheitsgesetz« *(Teenage Chastity Act),* das aber bisher aus Geldmangel noch nicht in praktische Politik umgesetzt werden konnte. Mit dem Gesetz sollen Teenager von sexuellen Beziehungen abgehalten werden. Und mit »Teenagern« sind natürlich Mädchen gemeint: wenn sie trotz aller »staatlichen Fürsorge« schwanger werden, sollen aus dem Keuschheitstopf Mittel für die Adoption der Kinder fließen, um Abtreibungen zu verhindern. Durch die Hintertür soll versucht werden, die staatliche Förderung für Gruppen wie *Planned Parenthood* (vergleichbar mit der Pro Familia) einzustellen - ihre kostenlosen Beratungsleistungen werden »überflüssig«. Das Motto der Gesetzes-Befürworter: »Neinsagen ist die beste Verhütungsmethode.«

Unter der Vorgabe, »pro Familie« zu sein, bürdet das Keuschheitsgesetz alle Verantwortung für das soziale Problem von einer Million Teenagern, die jedes Jahr schwanger werden, der jeweiligen Familie auf. Sexualerziehung, Verhütung oder kostenlosen Zugang zu Abtreibungen bietet die Gesellschaft den Teenagern nicht mehr an. Wo die jungen Mütter mit ihren Babies bleiben sollen, steht nicht im Keuschheitsgesetz. Hauptsache, sie kriegen die Kinder und erfüllen damit ihre Mutterschaftspflicht.

Schwangerschaftsabbrüche sollen aber nicht nur für Teenager erschwert werden. »Es gibt eine ganze Reihe von Waffen, die ich ständig bei mir tragen muß«, erklärt Olga Fairfax aus Maryland. »Zuerst eine 1,50 mal zwei Meter große Informationstafel, die ein abgetriebenes ungeborenes Kind zeigt. Sie hat mich 60 Mark gekostet. Dann habe ich einen zwölf Wochen alten Fötus im Glas. Vier Tage hatte ich diesen armen ungeborenen Baby-Jungen auf meinem Schreibtisch stehen, aber dann tat er mir so leid, daß ich ihn nun ständig in meinem Auto habe. Außerdem gab mir Gott, der Herr, eine kostenlose Kopiermaschine. Ich betete und bekam eine ... « Olga Fairfax gehört zu den »Methodisten für das Leben«, einer von vielen militanten Anti-Abtreibungsgruppen in den Vereinigten Staaten, die sich in der *National Right to Life*-Bewegung zusammengeschlossen haben. Gemeinsames Ziel der *Pro Lifer,* die ihre »Massenbasis« aus den Reihen der

Katholischen Kirche, christlicher Fundamentalisten und der *Moral Majority* rekrutieren: die Rücknahme der 1973 vom *Supreme Court,* dem obersten Gericht der USA, verfügten generellen Freigabe der Abtreibung in den ersten drei Schwangerschaftsmonaten.

»Ungeborenes Leben« eingeschweißt in Plexiglas, findet sich nicht nur auf Schreibtischen und in Autos - es wird auch öffentlich zur Schau gestellt. Was den Katholiken bei ihren Prozessionen Tabernakel und Monstranzen sind, ist den militanten Abtreibungsgegnern der Fötus; als »Allerheiligstes« wird er ihren Demonstrationen vorangetragen. »Bringt Fotos von toten Babies und Cassetten mit den Herztönen von kleinen ungeborenen Kindern mit«, lehrt Mary O'Malley, die den *Pro Lifern* Unterricht in direkter gewaltfreier Aktion erteilt, ihre Schülerinnen.

Immerhin 1,5 Millionen Schwangerschaftsabbrüche werden in den USA jährlich vorgenommen, laut Präsident Reagan eine »Tragödie von herzzerbrechenden Ausmaßen« und »ein Angriff auf die Heiligkeit menschlichen Lebens«. Töne, die der *Moral Majority* und den *Pro Lifern* auf der Zunge zergehen. Der Verfassungszusatz zur Gleichberechtigung konnte erfolgreich abgewehrt werden, warum sollte nicht ungehört ein Verfassungszusatz zum »Schutze ungeborenen Lebens« durchsetzbar sein?

Drei Änderungsvorschläge zur Abtreibungsgesetzgebung wurden im Herbst 1982 im amerikanischen Kongreß eingebracht, abgestimmt wurde aber schließlich nur über eine abgeschwächte Version des Gesetzentwurfs von Jesse Helms. Der republikanische Senator aus North Carolina wollte in der Verfassung festgeschrieben wissen, daß das menschliche Leben mit dem Fötus beginnt. Sein *Human Life Amendment* hätte nicht nur Abtreibungen unmöglich gemacht - bereits jede Form der Empfängnisverhütung hätte mit dem zur Rechtsperson erhobenen Fötus als »Attacke auf das Leben« gewertet werden können.

Mit Tricks ist es den Abtreibungsbefürwortern im Kongreß bisher gelungen, Verschärfungen des Abtreibungsrechts zu verhindern. »Zwar haben wir aufgrund unserer intensiven Basisarbeit einen Teilerfolg errungen«, sagt Eleonor Bader vom Abtreibungskomitee »Carasa« *(Comittee for Abortion Rights and Against Sterilization Abuse)* des Staates New York, »die Hände in den Schoß legen dürfen wir aber deshalb noch lange nicht. Die militanten *Pro Lifer* werden es immer aufs Neue versuchen.«

Eingeschränkt ist das Recht auf freie Abtreibung ohnehin längst. Bereits 1980 bestätigte das oberste Gericht einen Verfassungszusatz, der die staatliche Kostenübernahme für Abtreibungen *Medicaid* verbot. Seitdem müssen die einzelnen Bundesstaaten *Medicaid*-Mittel locker machen - nur neun von 51 Staaten sind dazu bereit. »Auch arme Familien müssen die 150 bis 200 Dollar für eine Abtreibung selbst bezahlen«, sagt Eleonor Bader, »das macht das Recht auf Abtreibung schon jetzt zu einem Privileg der Reichen. Wir gehen davon aus, daß die Abschaffung der staatlichen *Medicaid* jährlich etwa 300.000 Frauen um einen sicheren, ungefährlichen Schwangerschaftsabbruch bringt.

Auf dem amerikanischen Arbeitsmarkt ist die Entwicklung nicht besser: Frauen finden sich durchgängig in den untersten Gehaltsklassen wieder. Sie stellenden größten Anteil des *Hire andFire-Potentials in* den »traditionell weiblichen« Pflegeberufen und in den am schlechtesten zahlenden Industrien Textil und Bekleidung. NOW hat vorgerechnet, daß Frauen nur 36 Prozent aller Jobs im mittleren Management-Bereich einnehmen und mit lediglich 19 Prozent als Betriebswirtinnen vertreten sind, aber 93 Prozent aller Bankkassiererinnen, 99 Prozent aller Sekretärinnen und 93 Prozent aller Kontoristenstellen einnehmen. Die Rolle der Frau am Arbeitsplatz entspricht ihrer Rolle im Haushalt, Frauen sind nur als *gofors* wirklich gern gesehen. »You go for a coffee ... You go for a copy... Sie werden geschickt, einen Kaffee zu holen oder eine Fotokopie zu machen. So hätten es die Männer gerne«, sagt NOW-Präsidentin Denise Dillon Fuge. »Warum sollte auf einmal abgeschafft werden, was über Jahrhunderte so prima funktioniert hat?«

Amerikanische Frauen verdienen in allen Bereichen für jeden ganzen Dollar, der einem Mann gezahlt wird, nur 59 Cent (1960 waren es noch 64 Cent). Für schwarze Frauen ist die Einkommensschere noch größer: Sie nehmen nur 54 Prozent des Einkommens weißer Männer, 73 Prozent des Einkommens schwarzer Männer oder 94 Prozent des Einkommens weißer Frauen mit nach Hause. Während zum Beispiel ein männlicher Angestellter 16.500 Dollar im Jahr verdient, bringt es die weibliche Angestellte nur auf 9.855 Dollar. Bei Berufen im Gesundheitswesen klafft die Schere zwischen 11.238 Dollar im Jahr für Männer und 8.346 Dollar für Frauen.

Und wenn es Frauen dann doch einmal bis zur höheren Management-Ebene gebracht haben, wird gezielt gegen sie Stimmung gemacht. So war im »Wall Street Journal« zu lesen: »Sexuelle Spannung... Manche Männer finden das Büro ein bißchen zu spannend mit Frauen als gleichgestellten Arbeitskräften... Ich bin hier, um zu arbeiten und nicht um zu flirten ... «

Mit dem ERA wären solche Formen sexueller Diskriminierung am Arbeitsplatz und die ungleiche Bezahlung für gleiche Arbeit beseitigt worden. Denise Dillon Fuge: »Genau darum ging es den ERA-Gegnern. Wenn die Menschen ohne Ansehen des Geschlechts gleich bezahlt würden, wäre das Land über Nacht bankrott. Denn das ganze System überlebt nur durch die billige Arbeit der Frauen.«

Die billigsten und gesellschaftlich am wenigsten anerkannten Arbeitskräfte bleiben die amerikanischen Hausfrauen. Ganz nach dem Motto *Woman is the nigger of the world* gehören sie zu den am meisten diskriminierten Gruppen in den Vereinigten Staaten. Nach einer Scheidung verlieren sie allen gemeinsamen Besitz an den Mann. Kredite im eigenen Namen dürfen Hausfrauen nicht aufnehmen. Das ERA hätte ihnen endlich wenigstens minimale Persönlichkeitsrechte garantiert. Michael Minton, ein Scheidungsanwalt aus Chicago, macht sich seit Jahren für die Rechte der Hausfrauen stark. »Die Hausfrauen bilden eine neue soziale Klasse, die neuen Armen. Eine *full-time* Hausfrau verbringt wöchentlich 98,6 Stunden mit Hausarbeit und Kinderaufzucht. Das schließt sie von einer Arbeit außerhalb des Haushalts aus.« Minton hat den Wert der Hausarbeit auf 41.277,08 Dollar im Jahr beziffert. Die Tatsache, daß immer mehr Frauen gezwungen sind, sich neben der Hausarbeit einen Job außerhalb des Hauses zu suchen, gereicht ihnen bei der Scheidung meist zum Nachteil: die Gerichte gestehen ihnen deshalb oft keine Unterhaltszahlungen zu. »Die Richter übersehen dabei«, sagt Minton, »daß die Frauen lediglich einen zusätzlichen Job zu ihrer Hausarbeit übernommen haben, denn von Mann und Kindern wird ihnen die Hausarbeit nicht abgenommen.« Nach einer Scheidung oder dem Tod des Ehemannes stehen die rechtlosen Hausfrauen, die ihr ganzes Leben der Haushaltsführung und der Kinderaufzucht gewidmet haben, vor einem Scherbenhaufen.

Besonders ältere Frauen in den USA leben in einer wirtschaftlichen Misere. Ihr durchschnittliches Jahreseinkommen lag 1977 bei 3.087 Dollar im Jahr oder 59 Dollar in der Woche. Die Einnahmen der Männer wurden auf das Doppelte beziffert. Selbst die Frauen, die ihr ganzes Leben lang berufstätig waren, sind im Alter nicht oder nur unzureichend versorgt. Denn das Rentensystem basiert auf dem Lohnsystem, und da die Frau nur 60 Prozent von dem verdienen, was die Männer bekommen, erhalten sie auch entsprechend weniger Rente. Und die Hälfte der berufstätigen Frauen in den USA arbeitet in Stellungen ohne Anspruch auf Rentenversicherung.

»Ich war verloren. Ich wußte nicht, was ich tun sollte. Ich wußte nicht, wohin ich gehen konnte. Ich brauchte dringend Rat.« Selma Vredenburg, eine Hausfrau aus dem New Yorker Stadtbezirk Brooklyn wurde nach 26 Ehejahren von ihrem Mann verlassen. »Die Unterhaltszahlungen, die ich zu meiner Unterstützung bekommen sollte, kriegte ich nicht. Ich bin nicht mal in der Lage, an einen Job zu denken. Erstmal muß ich versuchen, das Leben für mich wieder einigermaßen auf die Reihe zu kriegen.« Selma Vredenburg gehört zu einer geschätzten Zahl von über 7,5 Millionen *displaced homemakers,* abgeschobene Hausfrauen zwischen 34 und 64 Jahren in den Vereinigten Staaten. Nach Jahrzehnten Ehe, Kinderaufzucht und Haushaltsarbeit sind sie durch Trennung, Scheidung oder den Tod des Ehemannes gezwungen, sich eine Arbeit außerhalb des Haushalts zu suchen. Das Heer der abgeschobenen Hausfrauen vergrößert sich ständig, parallel zur schnell anwachsenden Scheidungsrate. Nach neuesten Untersuchungen brechen 44 Prozent aller Ehen auseinander, aber nur sieben Prozent er geschiedenen Männer sind bereit, Unterhalt für die Frauen zu zahlen, und nur einer von fünf geschiedenen Männern unterstützt seine Kinder. Um den Frauen zu helfen, wurden Ende der siebziger Jahre in den US-Bundesstaaten *Displaced Homemaker Acts* verabschiedet. In Zusammenarbeit mit den Arbeitsministerien entwickelten verschiedene Selbsthilfeorganisationen »Job-Trainingsprogramme« für die abgeschobenen Hausfrauen, um sie für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren.

Allein im Staat New York gibt es zwölf Zentren für abgeschobene Hausfrauen, landesweit sind es gegenwärtig 170 . In acht- bis zehnwöchigen Kursen werden die überwiegend aus der weißen Mittelschicht kommenden Frauen für den Arbeitsmarkt fitgemacht.

Carol McNicker leitete die Kurse des Centers im New Yorker Stadtbezirk Brooklyn, das von der Organisation *Women in Self Help* (WISH) getragen wird. »Was wir zu allererst machen, ist Anerkennung für die vergangenen Erfahrungen vermitteln. Die Frauen müssen einen Sinn dafür bekommen, daß ihr Leben nicht vorbei ist, daß sie bereits sehr viel geleistet haben.« Mangelndes Selbstvertrauen ist das größte Problem der Frauen, die die Kurse besuchen. Der Verlust ihrer gewohnten Rolle als Hausfrau, Ehefrau und Mutter hat sie psychologisch zutiefst verunsichert. Viele trösten sich mit Alkohol und Tabletten über ihre als »persönliches Versagen« empfundene plötzliche »Deplazierung« hinweg. In dem kleinen Center in Brooklyn finden sich ermutigende Sprüche an den Wänden wie »Du wirst nicht älter, Du wirst besser«. Daneben hängen Fotos von Frauen, »Graduierten«, die nach erfolgreichem Abschluß des Trainingsprogramms oft zum ersten Mal in ihrem Leben außerhalb des Haushalts arbeiten. »Wenn eine Frau zu uns kommt, fühlt sie sich zuerst isoliert. All die Jahre hat sie allein in der Küche gestanden«, erzählt Carol McVicker. »Das erste, was eine Frau hier zu realisieren beginnt, ist, daß sie nicht allein ist. Hier hat sie eine Gruppe, hier findet sie Unterstützung.« Schwerpunkt des Trainingsprogramms ist das Erlernen von *job readyness,* der Fähigkeit, sich auf dem Arbeitsmarkt zu behaupten. Erst wenn die »abgeschobenen Hausfrauen« ihr verlorenes Selbstvertrauen wiedergewonnen haben, wird der *Job Developer* aktiv, dessen Aufgabe es ist, einen Arbeitsplatz für die »Graduierten« des Trainingsprogramms zu finden. Die Erfolgsquote in der Rückführung auf dem Arbeitsmarkt liegt bei nahezu hundert Prozent. Zwar finden sich die meisten Frauen als Sekretärinnen wieder, dabei fühlen sie sich aber wohler und »wertvoller«, als den Rest ihres Lebens von mageren Wohlfahrtsleistungen das Dasein fristen zu müssen.

»Dieses Trainingsprogramm hat eine ganz neue Welt für mich geöffnet«, beschreibt Selma Vredenburg ihre Erfahrungen, »ich bin jetzt in der Lage, mich selbst als eine wichtige Persönlichkeit zu sehen und nicht mehr als Aschenbrödel. Ich habe

Fähigkeiten und Möglichkeiten, die in der Welt der Arbeit gebraucht werden. Dieses Programm hat mir das Selbstvertrauen gegeben, mich selbst ernsthaft zu betrachten. Ich bin sehr zufrieden mit dem, was ich sehe. «

Die Frauenorganisation NOW setzt nach dem Scheitern des ERA ihre ganze Kraft daran, frauenfeindliche Politiker in den Bundesstaaten durch frauenfreundlichere abzulösen. Unterstützt werden dabei vorwiegend Kandidaten der Demokratischen Partei. Bei den Kongreßwahlen am 2. November 1982 konnten immerhin Teilerfolge verbucht werden - die Demokraten gewannen Sitze in Senat und Repräsentantenhaus mit den, Wählerstimmen von Frauen, Schwarzen, Arbeitslosen und schlechtbezahlten Arbeitern dazu. Zu der erwarteten saftigen Quittung für die Politik der *Reaganomics* gerieten die Kongreßwahlen allerdings nicht.

Ein Austausch der verantwortlichen Politiker funktioniert aber nicht nur mit politischem Druck, dafür ist in einer Gesellschaft wie den Vereinigten Staaten auch viel Geld notwendig. So wird auch bei der ERA-Fete fleißig gesammelt, *Fundraising,* Geldbeschaffung heißt das Zauberwort. Bei dem Kampf um die Zustimmung der Bundesstaaten zum ERA hat es sich gezeigt, daß die »moralische Mehrheit«, eine extrem rechte Gruppierung um Reverend Jerry Falwell und die Anti-Frauen-Frau Philis Schlafly (Atombomben sind ein »Geschenk Gottes«, aber »Abtreibung ist Mord«), genau das besaß, worüber die Frauenorganisation nicht verfügt: Geld und damit Macht. Zwar sammelte NOW während der *countdown campaign* im Monat bis zu einer Million Dollar Spenden - das aber reichte nicht. Die Schatullen der *moral majority,* mit etwa 400.000 Anhängern eigentlich die »moralische Minderheit«, waren voller. Im Verein mit anderen rechten Gruppen, orthodoxen Christen, republikanischen Politikern und auch einigen Demokraten gelang es den Rechtskonservativen, gegen den Verfassungszusatz zur Gleichberechtigung Front zu machen. Sie erkauften sich den Zugang zu den Massenmedien und bestachen verantwortliche Politiker. Wohl das dümmste und dennoch populärste »Argument« der Gleichberechtigungsgegner: Mit dem ERA würden gemeinsame Toiletten für Männer und Frauen eingerichtet. Weitere Gegenargumente: »Frauen müßten in den Krieg ziehen; die Grundlagen der amerikanischen Familie würden zerrüttet. Falwell und Schlafly stützten ihre Ablehnungspropaganda auf das Bibelwort »Die Frau sei dem Manne untertan«, zuständig für Kinder, Küche, Kaffeekochen. »Kein aufgeklärter Amerikaner hatte damit gerechnet, daß die wirklich Erfolg haben würden«, sagt Denise Dillon Fuge. »Die haben doch nur auf die Ängste gesetzt: Die Angst der Männer vor der Macht der Frauen, die Angst vor Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt in Zeiten der Krise. « Aber sie haben damit - zunächst einmal - gewonnen.

Konkret 07/83, S. 46

Stefan Hinz

»Von der Etsch bis an den Belt...«

In Berlin ist immer was los. Am 17. Juni, dem Feiertag der Wiedervereiniger, fand sich in Berlin ein Haufen Rechter ein. Die »Konservative Aktion«. Geführt vom ZDF-Moderator Gerhard Löwenthal und geschützt vom gesamten Polizeiapparat konnte sie drei tage ihre deutschtümelnden Rituale in der »Hauptstadt« aufführen. KONKRET-Autor Stefan Hinz hat an den konservativen Aktionen teilgenommen.

»Det Ding, det rutscht.« Haiko grinst und greift sich in die Hose. Haiko geht in die 10. Klasse des Humanistischen Gymnasiums Berlin-Charlottenburg. Heute ist der 17. Juni 1983, det Ding, det rutscht, ist ein Revolver, und der ihn aus dem Schritt nach oben hintern Gürtel zieht, ist Haiko Witt, stellvertretender Landesvorsitzender der Schüler-Union Berlin.

»Gas?« frage ich. »Reicht Gas noch?« Er sieht mich an: »Wir haben alle so ein Ding.«

»Alle?«

»Naja, wir, die Einsatzleitung der Konservativen Aktion. Wir transportieren die Fackeln, Transparente.«

Haiko ist ein netter Kerl. Vater Zahnarzt, Mutter Zahnärztin, auch er will später »Menschen helfen« und »Wir sind alle in einer Verbindung. Freund, Feind, Parteifreund, hier gibt es keinen Streit«. Selig plappert er und hofft, daß sich in der »viel zu linken Schüler-Union, Jungen Union«, die »konservativen Gedanken endlich durchsetzen.«

Zwei Schritte weiter neben uns steht, sanft bemalt vom Neon-Blau und -Rot des Internationalen Congress Centrums, der Einsatzleiter Polizei, die Schaftstiefel glänzen bunt. Er grüßt Herrn Motschmann senior tief-devot, doch der sieht über jenen weg wie Dreck. Der Herr über 13 Mannschaftswagen, 14 VWs plus einiger Gefängniswagen ist abgeblitzt, obwohl er alle schützt, die hier agieren.

Wer die Motschmänner sind? Markus, 18 Jahre alt, Schüler-Union Berlin, Autor eines fulminanten Nachrufes auf Nazi-Fliegeroberst Ulrich Rudel. Wie Prof. Klaus Motschmann (Politikwissenschaft, Berlin) ist er Mitglied der Konservativen Aktion, nur ist der Professor stellvertretender Vorsitzender des Kuratoriums und Elisabeth Motschmann (Hausfrau) gehört dem Vorstand dieses Haufens an, der Deutschland ordnen will und (wie Sie sehen werden) kann.

Elisabeth hat ihre »klare Bitte zur Rückkehr in die Heimat an nicht-integrationswillige oder nicht-integrationsfähige ausländische Mitbürger« in der »Aktion Heimkehr« angekündigt, die Konservative Aktion will in Kreuzberg Türken aufsuchen und Frau Motschmanns Wunsch, der der Wunsch so vieler ist, mit einem Blumengruß in die Familien tragen.

Weil Elisabeths Absichten so gut, ihre Gedanken so rein sind und ihre Tugend so unendlich, beschließe ich sofort: hier machst du mit. Ich avanciere schnell zum Ordner, die Aufgaben sind groß, die Kisten mit Prospekten schwer. Wir sind die »konservative Jugend« und unser Ziel, das ist Berlin, die »Hauptstadt des ganzen Deutschland«. Hier werden wir, »1.000 junge Leute«, vor einem besetzten Haus demonstrieren, alle sowjetischen Einrichtungen der Stadt besetzen, Elisabeth glücklich machen, in der Aktion Weiße Rose'10.000 Rosen an die Alliierten verteilen, 100.000 Freiheitsballons an unsere unterdrückten Landsleute loslassen und in der Aktion Deutschlandlied ein Erbe retten, das kastriert ist und verdorrt.

Außer unserm Kader sind wir alle jung, so jung. Ludek Pachman, Schach; Joachim Siegerist, Ex-»Bild«-Journalist; Dieter von Glahn, Sozialpädagoge; Ludwig Eckes, Edelkirsch; Heinz Karst, Brigadegeneral a.D.; Dr. Winfried Döbertin, ehem. SPD-Parlamentarier aus Hamburg und Gerhard Löwenthal, Bildschirm.

Politik ist schmutzig, Gewalt häßlich und der Mensch ist schlecht. Wer den Dreck liebt, wer die Verkommenheit bewundert und unser Volk erleben will, wie's ist, der kommt jetzt mit.

Wir fahren Bus, wir reisen nach Berlin, die Stimmung ist gut, wir wissen, »Moskaus Partisanen sind unter uns«, aber »wir sind entschlossen, den Anfängen zu wehren«. Neben mir sitzt Hubert Seitz, 25, Geldzähler bei der BBK-Bank in Franfurt (2,3 Millionen Mark am Tag). Er kommt aus Hammelburg in Bayern, wo er bei den Panzern gedient und die Mitgliedschaft in der CSU erworben hat. Seine Eigeninitiative, am 17. Juni auf dem Frankfurter Römer ein verzweifelt-selbstgeschnitztes Flugblatt gegen die DDR zu verteilen, hat Joachim Siegerist, unser Schriftführer, heimlich wiehernd laut gelobt und schnell in diese Gruppenreise umgelenkt. Vor uns im Bus sitzt der Mittvierziger aus Bückeburg mit seiner (schon wieder) blonden Frau, setzt seinen Noris Weinbrand zügig an, hört: »DDR« - »Da sirrt's mir schrecklich in den Ohrn. Das will ich von Euch nicht mehr hörn!« Sein Stiernacken fährt wild herum. Atze, 16, kommt aus Frankfurt und sein Vater, CDU, hatte gesagt: »Fahr da mit.« Die Mädels auf der Achse links sind ihrer Lehrerin gefolgt: »Kinder, Mensch, für dreißig Mark Berlin. Ist außerdem 'ne gute Sache.« Den Rest hat Andy animiert.

Andreas Espenschied, Oberschüler aus Wiesbaden, stellvertretender Vorsitzender der Jugendkommission der Konservativen Aktion, sitzt vorne neben Fahrer Willy (»Die Titt dort kriegt der Willy heut ins Bett«) und läßt immerzu und zu die Hymne singen. Eins, Zwei, »Über alles« ist heut Trumpf. »Von der Etsch bis an den Belt.« In der Zone hält man uns,

anders als die andern Busse, nicht weiter auf. Wir sind zwar offen gegen »Moskaus westliche Provinz«, doch gut getarnt mit einem Schild vom CVJM-Braunschweig gibts kein Problem, keine Schikane.

Angekommen im ICC Berlin erwartet uns der Kader und kein Bett. Die Jugendgästehäuser vom Senat haben fast alle schlapp gemacht, kein Wunder, ihre Leiter wählen SPD. Außer Jugendfreund von Glahn sitzt dort im ganzen Bau ein einziger Mann, der unseren Presseruf nach einem Bett sofort, trotz eigener Not (seine Wohnung ist ein Zimmer), verstand. Der Senats-Sportgerätewart im Außendienst aus Lankwitz freut sich maßlos über die »Jungs und Mädels« (so nennt uns Innensenator Heinrich Lummer), die anders sind als »Punk-Gelumpe, Türkendreck«. Da will man nicht »dazwischenhalten«, da läßt man gern das Auge ruhn. Wir sind »Menschen des Gesetzes«, und das Gesetz gibt auf uns acht. »Solange Sie in Berlin sind, kann Ihnen nichts passieren.« Der Polizist ist nett, sehr nett. »Sie sind gegen Demonstranten, Hausbesetzer. Wir sind gegen Demonstranten, Hausbesetzer. Ja, da gibt es kein Problem.«

Tag und Nacht begleitet uns die Polizei, wir sind beschützt rund um die Uhr. Angekommen in der Bernauer Straße singen wir die Hymne ab, in Gegenwart der Polizei die Strophe eins bis drei, ein Beamter hebt die weiße Mütze lachend hoch zum Gruß, »sind des Glückes Unterpfand«, brennen wir »Fackeln der Wahrheit« ab. Löwenthal, bengalisch-rot, er sagts noch besser als Liedersinger Knesels schlimme Zunge singt: Wir wollen »von der Vergangenheit nicht die Asche übernehmen, sondern das Feuer.«

»Freiheit darf sich nicht verstecken«, uns ruft die »vaterländische Pflicht«, die »verzerrende Sicht der deutschen Geschichte als braunes Monstrum« muß geklärt, die Volksfront weggeräumt werden, »Kommunisten im Schuldienst müssen endlich verschwinden«, und unter Polizeischutz wollen wir an der Mauer noch einmal »Über alles in der Welt« sein. Dr. McDonald von der Gold Society grüßt vom Kongreß-US, vom ganzen Volk Amerika, und Dr. Ranjo vom italienischen Jugendaustausch legt seine Fackel schwer bewegt ans Flüchtlingskreuz, der Kranz fängt gleich zu glimmen an. Der Wachtmeister, ein grober Klotz im Stiefeltritt, ruft aber »Weg da, das brennt ab« und stampft die Glut mit seinem Fuß. Der Ranjo ist den Tränen nah, und Hubert stöhnt schwer: »Wie gemein. Den Toten nimmt man nicht den Gruß.«

Am nächsten Morgen, Samstag 18.6., gibts ein Bonbon, wie Andy sagt. Wir werden, ohne Vorinformation, in einen Bezirk gekarrt, der, abgesperrt wie nie zuvor, tot vor uns liegt, kein Auto fährt, kaum ein Passant. Wir sollen hier »gegen kriminelle Rechtsbrecher in der Hausbesetzer-Szene demonstrieren (und) ... dabei die Bemühungen des Berliner Innensenators Lummer gegen die Hausbesetzer ausdrücklich unterstützen und auf die Erfahrungen der Bayerischen Staatsregierung im Umgang mit Hausbesitzern verweisen«.

Wir sind noch nicht mal hundert Mann, manch einer rennt noch schnell davon, die »Potse« 157, Kaffee K.O.B., es ist ein gut besetztes Haus, dort steht: »Ich bin konservativ und ich weiß: Hausbesetzer stören den Frieden. Amerikaner schützen ihn, und die Erde ist eine flache Scheibe!« Pachman spricht, doch Töpfe klappern laut, und wilder hat aus diesem Haus kein Kaisermarsch jemals das Pflaster hier beschallt. Gedemütigt zurück im Bus will Atze einen »Patronengurt mit hundert Schuß«, schlägt ein Mädel »Sprengstoff« vor, will Bückeburg nur »einfach kotzen«, sieht Hubert in jenem Haus nur »Tiere«, »keine Menschen mehr«. Pachman und sein Schiff gehen unter (am nächsten Morgen vorm Reichstag ist die Wiese leer), Löwenthal bleibt im Auto sitzen, und Elisabeth Motschmanns Kreuzzug zu den Türken hört an Kebab-Buden auf im Frust.

Die Wende ist jetzt wirklich da. Hatte sich die Rechte bislang für ihre Manifestationen der Staatsgewalt bedient, nimmt die Polizei im Juni 83 in Berlin den gescheiterten Aufzug armer Würste zum Vorwand, endlich durchzugreifen. Für ein paar Hundert angereiste, angelockte »junge Konservative« wird der gesamte Polizeiapparat mobilisiert, entsteht der Eindruck tödlicher Bedrohung, geraten Stadtteile von Berlin in den Ausnahmezustand. Am Kottbusser Tor wird während der Demo gegen Elisabeths »Aktion Heimkehr« (die Türken dachten an Faschisten, die kommen, und manche wollten ihre Türschilder entfernen) ein Türke, der ein Transparent aufhängt, abgeführt und auch geschlagen, was dann zur Randale führt, zu einem Straßenkampf, den SO 36 noch nicht sah. In SO 36, dem alten Postzustellbezirk Südost, stehen die am längsten besetzten Häuser, und die in der Nacht vom 18. auf 19.6. von Lummer bestätigte Räumung eines dieser Objekte mit hohem Symbolwert für die Besetzerszene schafft einen Präzedenzfall, zu dem ein zweiter kommt. Bei der ausländischen Bevölkerung werden Ängste geschürt, wird mit Vorurteilen Politik gemacht. Hausbesetzer und Ausländer, Punks und andere Auffällige rücken zusammen, die militante Gegenwehr begründet Ausweisung und Inhaftierung. Die Selektion beginnt.

In der schlimmsten Nacht von Kreuzberg werden 300 Menschen verhaftet, bis 23 Uhr sind über 100 zum Teil schwer verletzt. 50 Polizeifahrzeuge nur noch Schrott. Zum ersten Mal beim Straßenkampf auf Kreuzbergs Kiez sieht man ältere, gut gekleidete Ausländer Steine aus dem Pflaster brechen. Aus Asylen fliegt Gestühl auf den Apparat der Polizei. Ein friedliches und angemeldetes Fest auf dem Mariannenplatz wird von der Polizei zusammengefahren, der Volksaufstand von 83, er ist da.

Am 17. Juni erinnert in der Waldbühne eine Veranstaltung des Senats von Berlin an den Juni '53. Die Hymne, unser Deutschlandlied für Einigkeit und Recht und Freiheit, bellt, sie dröhnt wütend in den Wald. Nie hörte ich einen

entschlosseneren Sopran, einen kraftstrotzenderen Baß, wurde Nichtmitsingen oder Sitzenbleiben bösartiger sanktioniert als hier: »Und Sie wollen ein Deutscher sein?!«

Konkret 07/83, S. 49

Hubert Fichte

KONKRET-Extra: Wie gefährlich ist Luther?

Sklaverei und Völkermord, Rassismus und Frauenfeindlichkeit, Unterdrückung der Arbeiterklasse und Ausmerzung der Homosexualität, Verheerung der Umwelt und Sanktion der Kriege - die Bibel macht's möglich. Das Buch der Liebe ist ein Buch der Knechtung. Martin Luther, dessen 500. Geburtstag in diesem Jahr gefeiert wird, hat erheblich dazu beigetragen.

Am Anfang schuf Gott Himmel und Erde.

Und die Erde war wüst und leer, lund es war finster auf der Tiefe, und der Geist Gottes schwebte auf dem Wasser.

Und Gott sprach: Es werde Licht. Und es ward Licht.

I. Mose 1, 1-3

Es gibt heute in den Großstädten der westlichen Industrienationen eine Schicht von Jugendlichen, arbeitslos, oder in Brot und Lohn, die Stunden und halbe Tage und Nächte damit verbringt, in Spielotheken zu stehen und zu daddeln. Das Daddeln an den Automaten gibt ihnen die Möglichkeit, sich nebenher einiges Geld bei eiligen Besuchern zu erstricheln; das erstrichelte Geld wird wiederum verdaddelt.

Wahrnehmung, Reaktionsfähigkeit, Metabolismus, Gedächtnis, Phantasie, Sehnsüchte werden von knurrenden Bären besetzt, von flackernden Flippern, Starwars, blinkenden Partikeln, vom Ballett der Panzer und Pseudoautobahnen, von geschmackvollen Explosionen; und von einer Ideologie, die medial einsickert.

War es damals mit der Heiligen Schrift/Deudsch/Auffs new zugericht/ähnlich? *Und Gott sprach: Lasset uns Menschen machen, ein Bild, das uns gleich sei, die da herrschen über die Fische im Meer und über die Vögel unterm Himmel und über das Vieh und über die ganze Erde und über alles Gewürm, das auf Erden kriecht. I. Mose 1, 26.*

Wie Video und Elektronik heute eine neue Zeichenwelt schaffen und ein neues Reagieren auf Zeichnung und Bilder - so schufen Buchdruckerei, Kanzleideutsch und Lutherbibel und die Versklavung einer ganzen Neuen Welt damals eine neue Welt aus Worten und ein neues Reagieren auf Wörter.

Wie rechtfertigte man die Versklavung der schwarzen Söhne des schwarzen Ham?

Aus dem ersten Buch Mose: *Noah aber fing an und ward ein Ackermann und pflanzte Weinberge. Und da er von dem Wein trank, ward er trunken und lag in der Hütte aufgedeckt. Da nun Ham, Kanaans Vater, sah seines Vaters Blösse, sagte er's seinen beiden Brüdern draussen.*

Da nahmen Sem und Japhet ein Kleid und legten es auf ihrer beider Schultern und gingen rücklings hinzu und deckten ihres Vaters Blösse zu; und ihr Angesicht war abgewandt, dass sie ihres Vaters Blösse nicht sahen. Als nun Noah erwachte von seinem Wein und erfuhr, was ihm sein jüngster Sohn getan hatte,

korrigiert der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß im Jahr 1914 - Luther hatte barmherziger geschrieben:

Als nu Noah erwacht von seinem Weinlvnd erfur / was jm sein kleiner Son gethan hatte / Sprach en Verflucht sei Kanaan und sei ein Knecht aller Knechte unter seinen Brüdern. Und sprach weiter:~ Gelobt sei der Herr, der Gott Sems; und Kanaan sei sein Knecht. Gott breite Japhet aus und lasse ihn wohnen in den Hütten des Sem; und Kanaan sei sein Knecht. I. Mose 9, 20-2 7

Wenigstens zwölf Millionen verschleppte und ermordete Afrikaner waren die Folge dieser Bibelstelle und auch ihrer Übersetzung.Im »Bild«-Zeitung-Stil »28 Jahre genörgelt Ehemann zersägt Frau Rita Hayworth stirbt Fast Blind Glatze« ist man versucht zusammenzufassen:

Luther schafft das moderne Deutsch in Verbindung mit dem neuen Medium der Buchdruckerei. Die antihumanitären Ideen der Bibel zum Rassismus, zur Unterdrückung der Arbeiterklasse, zu Frauenfeindlichkeit, zur Ausmerzung von Homosexuellen und zur Verheerung der Umwelt werden durch Luthers Sprache und durch die Verbreitung der lutherischen Bibelübersetzung allgemeines deutsches Bildungsgut.

Die ersten Massendeportationen von Afrikanern wurden von Deutschen durchgeführt: Am 12. November 1528 verpflichtet Karl V. Heinrich Ehinger und Hieronymus Sayller, 4.000 Afrikaner als Sklaven in die Neue Welt zu verschiffen.

Sechs Jahre vorher hieß es zu deutsch bei Luther im zweiten Brief des Petrus: *Aber sie sind wie die unvernünftigen Tiere, die von Natur dazu geboren sind, dass sie gefangen und geschlachtet werden...*

Luther stand nicht allein.

Die erste Übersetzung der Heiligen Bücher der Hebräer ins Griechische fand im 3. Jahrhundert vor Christus statt.

381 nach Christus gab es bereits eine Übersetzung ins Gothische durch Ulfilas. 404 war die lateinische Vulgata vollendet.

Im 9. Jahrhundert ließen Karl der Große und Alkuin die Bibel ins Althochdeutsche übersetzen.

1123 sendet Äthiopien einen Botschafter nach Rom.1177 schreibt Papst Alexander 111. an seinen geliebten Sohn in Christus, Johannes, den König der Inder, den Negus von Äthiopien.

1384 Wycleffs Bibelübersetzung ins Englische.

1402 schickt der Negus Spezereien und Leoparden nach Venedig.

1427 Delegation des Negus in Spanien und Portugal.

1434 Cap Bojador von Gil Eanes umsegelt.

Wahrscheinlich 1436 erster Druck mit beweglichen Metallbuchstaben von Gutenberg.

Es soll bereits 33 andere Bibelübersetzungen gegeben haben.

In Deutschland werden Briefe im Kanzleistil verfaßt.

1441 Papst Eugen IV. verleiht Portugal durch eine Bulle alle Länder, die von Cap Bojador auf dem Seeweg nach Indien entdeckt werden.

1443 Nuno Tristao verschleppt 29 Afrikaner.

1444 Drei Expeditionen Heinrichs des Seefahrers nach Senegal, die mit 235 afrikanischen Sklaven zurückkommen.

Die Companhia de Lagos wird gegründet.

1452 Papst Nicolas V. überträgt den Portugiesen das Monopol des Sklavenhandels.

Am 24. August 1457 ist der Druck der 42zeiligen Bibel fertig.

1483 Geburt Luthers.

1488 Die katholischen Könige schenken Papst Innozenz VIII. 100 maurische Sklaven, die er »mit Vergnügen« akzeptiert.

1491 Ignatius von Loyola geboren.

1492 Kolumbus entdeckt die Neue Welt.

1493 Papst Alexander VI. teilt die Neue Welt zwischen Portugal und Spanien auf.

1497 Vasco da Gama fährt aus.

1498 eine katalanische Bibelübersetzung wird von der Inquisition verbrannt.

Kolumbus führt auf seiner zweiten Reise wahrscheinlich schon Negersklaven mit.

1510 Der spanische König Don Fernando beschließt, afrikanische Sklaven in die Goldminen von Haiti zu schicken.

1517 Las Casas erhält eine Lizenz für afrikanische Sklaven.

Luthers 95 Thesen.

Mai 1520 Neue Einfuhrlizenz für afrikanische Sklaven an Las Casas.

1521 Luther übersetzt in 11 Wochen das Neue Testament.

1522 Druck der lutherischen Übersetzung als Septemberbibel.

Aufstand der Sklaven auf Haiti.

1525 Luther: Wider die räuberischen und mörderischen Rotten der Bauern.

1527 Sklavenaufstand in Puerto Rico.

Reformation in Schweden.

1528 Karl V. verpflichtet die beiden Deutschen Heinrich Ehinger und Hieronymus Sayller, 4.000 Neger in die Neue Welt zu verschleppen.

1529 Luthers Katechismus.

1532 Karls des V. peinliche Halsgerichtsordnung. Folter zur Erzwingung von Geständnissen.

1534 Vollständige Ausgabe der Lutherschen Bibel.

1540 Gesellschaft Jesu gegründet.

1546 Luther stirbt.

Das Tridentiner Konzil autorisiert allein die lateinische Vulgata als Bibel der Katholiken.

1550 auf Haiti leben noch 150 Indianer.

1960 sind Teile der Bibel in 1. 151 Sprachen übersetzt.

Die ganze Bibel in 219 Sprachen.

Wir sind vom Mittelalter her über die Reformation, den Dreißigjährigen Krieg, über Kaiserreich, Nationalsozialismus durch das Deutsch Luthers, durch die Zucht Luthers, über Goethe zu Brecht, Glockenklang und Gassenhauer, bis ins Unbewußte und Alltägliche geprägt.

1935, eben nach der Geburt, wurde ich bereits in eine evangelisch-lutherische Abendandacht geschafft.

Wenig später mit evangelisch-lutherischem Taufwasser benetzt.

Mir blieb keine Wahl.

Mein Großvater war Kirchenvorstand der evangelisch-lutherischen Kirche in Lokstedt.

Oma und Opa gingen jeden Sonntag in den Gottesdienst.

An den Feiertagen nahmen sie mich mit.

Von 1943 ab erhielt ich evangelisch-lutherischen Religionsunterricht.

In der schlechten Zeit bekamen die Großeltern Care-Pakete durch die Kirche.

Marion Böge und ich suchten uns während des Religionsunterrichts aus der Bibel die unanständigen Stellen.

Meine Liebe zu Uwe wurde vom Konfirmationsunterricht begleitet.

Von Sodom und Gomorrha.

Als ich mit Hans Henny Jahnn befreundet war, wurde ich konfirmiert.

Mein Freund Alex war der Sohn eines evangelisch-lutherischen Hauptpastors.

Meine Großmutter las bis zu ihrem Tode 1967 jeden Abend in der Lutherbibel.

Heute benütze ich die Heilige Schrift nach der deutschen Übersetzung D. Martin Luthers, meine Schulbibel der United Bible Societies zum Nachschlagen.

Während ich diesen Text tippe, läuten die Glocken - vom Band, glaube ich - der evangelisch-lutherischen Kirche zu Othmarschen.

Ich bezahle Kirchensteuer als Protestant.

Ich bin nicht gefragt worden; die Kirchensteuer wird automatisch einbehalten.

Die Bibel gilt als Buch der Liebe.

Für diese Liebe muß ich blechen.

Meine Großmutter war eine bibelfeste Frau, nach etwa 85 Jahren Lutherlektüre, kurz vor ihrem Tod, sagte sie: Furchtbar, diese ewigen Kriege.

Und der Herr redete mit Mose und sprach: Räche die Kinder Israel an den Midianitern, dass du danach dich sammelst zu deinem Volk. IV. Mose 31, 1-2.

Und sie führten das Heer wider die Midianiter, wie der Herr Mose geboten hatte, und erwürgten alles, was männlich war.

Dazu die Könige der Midianiter erwürgeten sie samt ihren Erschlagenen, nämlich Evi, Rekein, Zur, Hur und Reba, die fünf Könige der Midianiter. Bileam, den Sohn Beors, erwürgten sie auch mit dem Schwert.

Und die Kinder Israel nahmen gefangen die Weiber der Midianiter und ihre Kinder, all ihr Vieh, all ihre Habe und all ihre Güter raubten sie.

Und verbrannten mit Feuer alle ihre Städte ihrer Wohnung und alle Zeltdörfer. IV. Mose 31, 7-10.

Hatte meine Großmutter solche Lobpreisungen des Völkermords im Ohr, als sie nach zwei Weltkriegen über die Bibel klagte?

Samuel berichtet im Zweiten Buch:

Aber das Volk drinnen führte er heraus und legte sie unter eiserne Sägen und Zacken und eiserne Keile und verbrannte sie in Ziegelöfen. So tat er allen Städten der Kinder Ammon. II. Samuel 12, 31.

Wer?

Der Dichter, Sänger und Intellektuelle - der süße David nämlich.

Man wird nicht ungeteilt Luther vorhalten können, was die Bibel ausmacht, das Buch der Bücher, das für ihn die Grundlage allen Glaubens darstellte, das er übersetzte. Wie fast jeder religiöse Kanon schleppt sie Absurditäten und Blutrünstigkeit mit, die auch für einen Reformator schwer zu eliminieren sind.

Luther mag für seine Zeit in einiger Hinsicht als aufklärerischer Mann gelten. Die Offenlegung der nur begrenzt zugänglichen Heiligen Schriften durch Übersetzung und Druck Mag aus einem fortschrittlichen Impetus geschehen sein. Auch geht es nicht darum, ihm »niedriges geistiges Niveau« anzukreiden, wenn er den Herzog Heinrich als »groben Filz, Rülz und Tölpel, Esel aller Esel zu Wolfenbüttel« bezeichnet, die römischen Kirchen »Hurenhäuser« nennt und Johann Eck als »Dr. Sau« betitelt. Luthers Sprachgewalt, sein Machtanspruch, seine Rücksichtslosigkeit aber bekunden eine Verwandtschaft mit den entsetzlichen Seiten der Bibel, die er so bestechend eindeutschte.

Nein, nicht eindeutschte:

Entsetzlichkeiten, die er, in dem er sie fürs Volk, für die Massenauflage aus dem Griechischen und Lateinischen herüberholte, zur Deutschen Sprache machte.

Luthers sprachliches Ingenium, das in der deutschen Literatur nur selten wieder erreicht worden ist - vielleicht vom Schwärmer Quirinus Kuhlmann, von Daniel Casper von Lohenstein, von Hölderlin, von Büchner - die Gewalttätigkeit der Vorlage mußte durch die Gewalt der lutherschen Sprache in der geschichtlichen Situation wie durch ein Prisma verstärkt werden.

Hiob klagt:

Gott hat mich vbergeben dem Vngerechten / lvnd hat mich in der Gottlosen hende lassen komen. Ich war reich / Aber er hat mich zu nicht gemacht / Er hat mich beim ***Hals genomen vnd*** *zustossen/ vnd hat mich jm zum Ziel auffgericht. Er hat mich vmgeben mit seinen Schützen / Er hat meine Nieren gespalten vnd nicht verschonet / Er hat meine Gallen auff die erden geschut / Er hat mir eine Wunde vber die andern gemacht / Er ist an mich gelaufen wie ein Gewaltiger. Ich hab einen Sack vmb meine haut geneet / vnd hab mein Horn in den staub gelegt. Mein antlitz ist geschwollen von weinen / Vnd mein augenliede sind vertunckelt. Wiewohl kein freuel in meiner hand ist / vnd mein Gebet ist rein. Hiob 16, 11-17*

Die Verwesung heis ich meinen Vater vnd die würme meine Mutter vnd meine Schwester. Hiob 17,14.

Der Prophet Jesaia:*Heule Thor / schrey Stad. Jesaia 14,31.*100.000 Auflagen wurden in 40 Jahren verkauft.

Mainz hatte damals etwa 7.000 Einwohner.

Luthers Bibelübersetzung stellt eine Poesie dar, ein Zusammentreffen von Rhythmus, Tonalität, Bildkraft und Message und Massage, die einen bis zu Tränen schüttelt und auch das Entsetzliche durch die Dichtung verklärt.

Luthers Augen, so berichtet ein Zeitgenosse, »blitzeten und zwitzerlten wie ein Stern, also dass sie nicht recht konnten angesehen werden«.

Was kommt dem Jugendlichen, der den Daddelautomaten bedient, der sich vom Daddelautomaten bedienen läßt, von Luther entgegen?

Sicher hat er keinen Zugang zu Anfängen einer Gleichberechtigung der Frau, wie etwa in Luthers Schrift »Vom ehelichen Leben« oder die komplizierten Erörterungen zum Gewissen, zum Freien Willen, die der Theologe Heinz Zahrnt in seinem Luther-Buch zum Luther-Jahr 1983 so zusammenfaßt:

Eben weil es ihm (Luther) um die Freiheit des Christenmenschen geht und diese nur dann garantiert ist, wenn der Mensch über keinerlei freien Willen verfügt, sondern ganz und gar von Gottes Willen abhängt.

Ist einem Jugendlichen die Idee erfaßbar, daß die Vergebung der Sünden nicht nach Verdienst, sondern aus Göttlicher Gnade geschehe - eine Doktrin, die Ignatius von Loyola, der Gründer des Jesuitenordens, mit Luther teilte?

Nicht einmal die Überlegungen der Widerstands-Theologen werden dem Jugendlichen aus der Spielothek, dem von allen Seiten eingeschwätzt wird, daß er nicht lese, zur Verfügung stehen.

Die Denkformen des Kleinen Katechismus wurden uns im Religionsunterricht und zur Konfirmation, wie auch heute noch, eingehämmert.

Diese Denkformen sind es, die aus dem Unbewußten heraufrattern, wenn ich »Luther« höre.

Der Kleine

Katechismus

D.M. Luthers

Gebete. Sprüche. Lieder

Der Rufer

Evangelischer Verlag Gütersloh

1948

Im Jahr der Währungsreform.

Druck Mohn & Co.

Alle Rechte vorbehalten

Das erste Hauptstück

Die heiligen Zehn Gebote

Das erste Gebot

Ich bin der Herr, dein Gott

Du sollst nicht andre Götter haben neben mir

Was ist das

Wir sollen Gott über alle Dinge fürchten, lieben und vertraun

Das zweite Gebot

Du sollst

denn der Herr wird den nicht ungestraft lassen

Wir sollen Gott fürchten und lieben

Das dritte Gebot

Du sollst

Wir sollen Gott fürchten und lieben

Gebot

Sollst

Sollen

Fürchten

Lieben

Die Schule muß das nächste bei der Kirche sein, denn in ihr läßt man junge Prediger und Pfarrer heranwachsen. Das nächste beider Schule ist sodann des Bürgers Haus, aus dem man die Schüler kriegen muß, dann das Rathaus und Schloß, welche die Bürgerschützen müssen, damit sie Kinder für die Schulen zeugen und die Schulen Kinder zu Pfarrern erziehen und die Pfarrer wiederum Kirchen- und Gotteskinder.. machen können,

schreibt Luther in »Von den Konziliis und Kirchen« 1539, sieben Jahre vor seinem Tod (zitiert nach Heinz Zahrnt).

Es ist die totale Verwertbarkeit des Menschen - der Wunschtraum aller Eiferer und Puritaner - bis auf den heutigen Tag und jeglicher Couleur.

Es bedeutet die totale Auslöschung des Individuums: *Würde Gott mir befehlen, Mist zu essen, so würde ich es tun in der klaren Erkenntnis, daß dies für mich heilsam ist.*

Der Knecht soll nicht über das Wissen des Herrn nachgrübeln. Man muß die Augen schließen.

Es war nichts andres, als was Ignatius von Loyola etwas später in seinen »Geistlichen Exzerzitien« forumlierte:

365. Übung: Wir müssen uns immer daran halten und bestätigen: Das Weisse, das ich sehe, ist schwarz, wenn die hierarchische Kirche es so bestimmt.

Loyola drillte die Zerstörung des Ichs im Auftrag des Papstes - Luther als Vollstrecker der Heiligen Schrift.

Solche Denkmuster führten bei Loyola in der Gesellschaft Jesu, zu einem Internationalismus, der bis heute gepflegt wird; bei Luther schließen sie den Chauvinismus, den Rassismus nicht aus.

Es gibt eine nationalistische Komponente der lutherschen Bibelübersetzung, die der Reformator deutlich ausgesprochen hat:

Ich danke Gott, dass ich in deutscher Zunge meinen Gott so höre und finde, wie ich und sie ihn vorher nicht gefunden haben, weder in lateinischer, griechischer, noch hebräischer Zunge.. So werden wir finden, daß die Deutschen ohne Zweifel die besten Theologen sein. (Vorrede zur Theologia deutsch, 1518).

Darum lasset uns aufwachen, liebe Deutsche, und Gott mehr denn die Menschen fürchten. (An den christlichen Adel.. 1520)

Und auch der kritische Heinz Zahrnt mag sich da nicht entziehen:

Indem er (Luther) die Bibel übersetzt, gebiert er sie gleichsam neu. Fortan redet Gott nicht mehr hebräisch, griechisch oder lateinisch, sondern deutsch.

Es ist sicherlich nützlich, dies, 1983, wieder ins Bewußtsein zu rufen.

Luthers Eindeutschen ging weiter:

Ich mühte mich, Moses so deutsch zu machen, daß niemand vermuten würde, er sei ein Jude, zitiert Heinz Zahrnt, und: *Wir arbeiten jetzt an denPropheten, ach, wie ein gross und verdriesslich Werk ist es, die hebräischen Schreiber zu zwingen, deutsch zu reden.*

Von da ist es nicht weit bis zu:

»Von denen Juden und ihren Lügen.«

1537 hatte Luther dem Kurfürsten in einem Gutachten den Rat gegeben, die Juden nach Palästina zu deportieren, schreibt Zahrnt.

Was sollen wir Christen nun tun mit diesem verworfenen, verdammten Volk der Juden?...

Erstens, dass man ihre Synagogen oder Schulen mit Feuer anstecke und, was nicht verbrennen will, mit Erde überhäufe und beschütte, dass kein Mensch einen Stein oder eine Schlacke davon sehe ewiglich. Und dies soll man unserm Herrn und der Christenheit zu Ehren tun, damit Gott sieht, dass wir Christen sind.. Zweitens, dass »man auch ihre Häuser ebenso niederreiße und zerstöre. Denn sie treiben darin dasselbe wie in den Schulen. Dafür kann man sie etwa unter ein Dach oder einen Stall tun wie die Zigeuner.. Drittens, dass man ihnen alle ihre Gebetbüchlein und Talmudisten nehme.. Viertens, dass man ihren Rabbinern bei Leib und Leben verbiete, weiterhin zu lehren-. Fünftens, dass man den Juden das freie Geleit und das Recht auf die Straßen ganz aufhebe. Denn sie haben nichts auf dem Lande zu schaffen.. Sechstens, dass man ihnen die Wucher verbiete und ihnen alle Barschaft und Kostbarkeiten in Gold und Silber nehme und lege es beiseite, es aufzuheben.. Siebentes, dass man den jungen, starken Juden und Jüdinnen Flegel, Axt, Hacke, Spaten, Rocken, Spindel in die Hand gebe und lasse sie ihr Brot verdienen im Schweiss der Nasen, wie A dams Kindern auferlegt ist. I. Mose. 3, 19.

Luther schlägt also Arbeitslager vor - für die Jungen und Starken.

Und für die Alten und Schwachen?

I. Mose 3, 19. aber besagt in Luthers Übersetzung:

Jm schweis deines Angesichts soltu dein Brot essen /Bis das du wider Erden werdest/ das von du genommen bist.

Arbeitslager für die jungen und starken Juden bis zum Tod.

Die Folgen sind bekannt.

Adolf Stoecker, Hof- und Domprediger, Berlin 1879: *Die Juden sind und bleiben ein Volk im Volk, ein Staat im Staate, ein Stamm für sich unter einer fremden Rasse... Dem germanischen Wesen setzen sie ihr ungebrochenes Semitentum, dem Christentum ihren starren Gesetzeskult oder ihre Christenfeindschaft entgegen.*

Dietrich Vorwerk, in Die Reformation, 1914: *Wir müssen, um mit Luther zu reden, den Krieg mit männlichen Augen anschaun und mit voller Wucht durchführen... Und die sechste Bitte bedeutet uns heute auch: Führe uns nicht in Versuchung, daß wir dein Gottesgericht nur halb vollenden.*

Pfarrer Frederking, Kriegspredigt, Protestantenblatt 1914: *Mit Gott werden wir Taten tun, Taten, die mit ihrer ungeheuren Hebelkraft eine Weltenwende vollziehen werden.*

Unser Kaiser... in Gottes Namen hat er uns gerufen, einen jeden an seinen Posten, draußen oder drinnen, zum Werk des blutigen Ringens.

Pfarrer Joachim Hossenfelder, Glaubensbewegung Deutsche Christen, 1932: *Wir stehen auf dem Boden des Christentums. Wir bekennen uns zu einem bejahenden, artgemäßen Christusglauben, wie er deutschem Luthergeist und heldischer Frömmigkeit entspricht.*

Generalsuperintendent Otto Dibelius, Festpredigt, Potsdam, 1933: *Herr, laß uns wieder werden, was unsre Väter waren: durch Gottes Gnade ein heiliges Volk.*

Selbst ein Widerstandstheologe wie Helmut Gollwitzer findet da nur in seiner Einleitung zu einer Luther-Auswahl undeutliche Worte der Entschuldigung: *Hören und lieben - das sind Akte der Freiheit. Sie lassen sich nicht erzwingen, darum darf die Kirche sich nie mehr des Schwertes bedienen; ihr Schwert ist das Wort. Darum darf sie auch nicht die Weit*

beherrschen, »verchristlichen« wollen, nicht vorschreiben, wie der Dienst des Einzelnen auszusehen hat; sie kann nur an Gottes Gebote erinnern, raten, mahnen; das Gebot hören und entscheiden, wie seine Befolgung jetzt auszusehen hat, ist Sache der Verantwortung des Einzelnen, nicht in der Isolierung, sehr wohl im brüderlichen Rat, aber in unabnehmbarer Verantwortung. Das ist männliches, freies Klima. Wo der Mensch sich nicht schämt, Kind zu sein, das aus der Gnade des Vaters lebt, da entstehen freie, aufrechte Männer, die den Mut haben, Einzelne zu sein und Verantwortung und Entscheidung nicht scheuen.

Einem solchen Geschlingre gegenüber hat Luther die Tugend der Klarheit. 1546, in seiner letzten Predigt, erklärt er:

Es stimmt aber alles mit dem Urteil Christi, dass sie (die Juden) gifftige, bittere, rachgirige hemische Schlangen, meuchel mörder und Teufels Kinder sind, die heimlich stechen und schaden thun, weil sie es öffentlich nicht vermögen... Ein Christ (hat) nächst dem Teufel keinen gifftigen, bittern feind... den einen Jüden. - Am 15. Februar 1546, also drei Tage vor seinem Tod, hat Luther noch dazu aufgefordert, die Juden zu vertreiben.

Zwar ist die Behauptung, daß die Nationalsozialisten sich für ihre systematische Ausrottung des jüdischen Volkes auf Martin Luther berufen konnten, falsch - aber wir sollten keine Schutzbehauptung daraus machen, weder für Luther noch für die Christenheit insgesamt, schreibt Heinz Zahrnt in seinem »Luther« 1983.

Das ist protestantischer Schnickschnack, auf den sich Luther gleichermaßen verstand. Bei der Bücherverbrennung konnten sich die Nationalsozialisten zumindest auf Luther berufen.

Außerdem:

So lasst uns bei der üblichen Klugheit der anderen Nationen bleiben, wie in Frankreich, Spanien, Böhmen usw. und mit ihnen den Juden nachrechnen, was sie uns abgewuchert haben und danach gütlich geteilt, sie aber für immer zum Lande ausgetrieben.

Gütlich?

Luther spielt hier auf die Pogrome und Massaker in Böhmen an, in Frankreich (1306) und in Spanien (1391 und 1411).

Der nächste Satz spricht Klartext:

Denn wie gehört, Gottes Zorn ist gross über sie, dass sie durch sanfte Barmherzigkeit nur ärger und ärger, durch Schärfe aber wenig besser werden. Darum immer weg mit ihnen!

Im Todesjahr Luthers bestätigt das Tridentiner Konzil die jahrhundertealte Gewohnheit, für die Katholiken allein die lateinische Bibel, die Vulgata, zuzulassen.

Vielleicht sollte diese gegenreformatorische, antiaufklärerische Entscheidung verhindern, daß mit dem vielen Gebenedeiten auch all der krause Unsinn massenhaft verbreitet würde - während Luthers Übersetzung, indem sie demokratisierte, massenhafte Verdummung und Unterdrückung populär werden ließ.

Rassismus und Völkerhaß lagen im Urtext der Bibel vor, seit das Christentum Staatsreligion wurde, wurden die Schwarzen zum Urbild des Niedrigen, nicht Akzeptablen, von Päpsten, Missionaren, Wissenschaftlern gleichermaßen versklavt.

Luther konnte sich in seinem Rassismus auf den Urtext berufen und die eigene Unduldsamkeit zur Übersetzung benützen.

War Luther der Befreier der mittelalterlichen Frau? Mit der Heiligen Schrifft deudsch wird die machistische Erniedrigung der Frau gepredigt.

Und zum Weibe sprach er:

Ich will dir viel Schmerzen schaffen, wenn du schwanger wirst,- du sollst mit Schmerzen Kinder gebären; und dein Verlangen soll nach deinem Mann sein, und er soll dein Herr sein. - I. Mose 3, 16.

Nicht nur Mose, auch der Apostel Petrus. Weiter kann man den Biologismus kaum treiben. Diese Knechtung der Frau unter Berufung auf den Körper dauert bis heute vor allem in der Dritten Welt an.

Das Recht auf sich selbst wird der Frau weiterhin mit Hinweis auf die Bibel und auf Luther von Geistlichen, Wissenschaftlern, Richtern versagt.

Über drei Monate ward Juda angesagt: Deine Schwiegertochter Thamar hat gehurt; dazu siehe, sie ist von Hurerei schwanger geworden.

Juda sprach:

Bringt sie hervor, daß sie verbrannt werde. I. Mose 38, 24.

Luthers Toleranz den Männern gegenüber, die zu Prostituierten gingen, ist bekannt. Luther nannte seine Frau Katharina von Bora »Domina« und »Herr«; er schreibt:

Mein Herr Käthe lässt dich grüssen. Sie fährt, bestellt das Feld, sie weidet und kauft Kühe und so weiter.

Zwischen hinein hat sie angefangen, die Bibel zu lesen. Ich habe ihr 50 Gulden versprochen, wenn sie bis Ostern fertig ist.

Es spricht der Eiferer gegen den Ablaßhandel und gegen die Hure Rom.

Die Bundesrepublik, das mag eingefügt werden, erkennt in der Ehe nicht mehr nach mosaischem Recht. Nichteheliche Kinder, das kann man im Bürgerlichen Gesetzbuch nachlesen, werden den ehelichen gleichgestellt.

Den Homosexuellen ist solche Gerechtigkeit bisher verweigert worden; weder sind sie durch die Reste des Paragraphen 175 den Heterosexuellen gleichgestellt, und von allen Bundesparteien verfechten allein die Grünen eine solche Gleichstellung, noch haben homosexuelle KZ-Häftlinge eine Entschädigung für ihre Haft erhalten, sie werden also den Gewaltverbrechern in den KZs gleichgesetzt und nicht den politischen Häftlingen; der Gesetzgeber wird sich da auf die Bibel berufen können, auf die Lutherbibel und auf die neue Sexualdogmatik der Katholischen Kirche - aber auch die Psychoanalyse gab erst vor einigen Jahren die altväterliche Doktrin auf: Homosexualität ist eine Geisteskrankheit; - die Internationale hat eine solche Auffassung offen verkündet und niemals grundlegend revidiert:

DA ließ der HERR Schwebel vnd Fewr regenen / von dem HERRN vom Himel erab / auff Sodom vnd Gomorra / Vnd keret die stedte vmb / die gantze gegend / vnd ale Einwoner der stedte / vnd was auff dem Lande gewachsen war. I. Mose 19, 24

Sappho und Marcel Proust.

Es ist eine Politik der verbrannten Erde.

Und nicht nur einmal. Zweimal: Die GREWLICHE that der Bürger zu Gibea, so Luther, und nochmal am Rande: Grewliche that wird durch die Ausrottung des Stammes Benjamin geahndet. Immer wieder Luthers Verdammung der Homosexualität, Sodoms, in Einleitungen, das verderbliche Sodom, noch in den Schmalkaldischen Artikeln.

Wenn jemand beim Knaben schlefft / wie beim Weibe / die haben einen Grewel gethan / Vnd sollen beide des tods sterben / Ir blut sey auff jnen. III. Mose 20, 13

deutscht Luther verführerisch ein.Und Paulus, der für den Reformator den Kern der Bibellektüre bedeutete, schreibt im Testament der Liebe an die Korinther:*Wjsset ir nicht / Das die vngerechten werden das reich Gottes nicht erben? Lasset euch nicht verfüren / Weder die Hurer / noch die Abgöttischen / noch die Ehebrecher / noch die Weichlingen / noch die Knabenschender / noch die Diebe...*

eine rhetorische Formel, die noch Allende zur Wahlpropaganda benützte: *»Daß ich schwul bin oder ein Dieb - das kann man mir nicht vorwerfen.«*

Aber auch Mao, Castro und Strauß und Khomeni und Gadafi und das englische Königshaus dürfen sowohl dem Mosaischen Gesetz als auch dem Paulinischen Sittenkodex mit einiger Begeisterung beigepflichtet haben.

Wo die Frauen und die Schwulen büßen, haben für gewöhnlich auch die Arbeiter nicht viel zu lachen:

Abram aber sprach zu Sarai: Siehe, deine Magd ist unter deiner Gewalt; tue mit ihr, wie dir's gefällt. I. Mose 16,6.

Wer seinen Knecht oder seine Magd schlägt mit einem Stabe, dass sie sterben unter seinen Händen, der soll darum gestraft werden.

Bleibt er aber einen oder zwei Tage am Leben, so soll er nicht darum gestraft werden; denn es ist sein Geld. II. Mose 21,20.

Luthers doppelzüngige Unterwerfung unter weltliche Obrigkeit ist bekannt, sie braucht hier nicht referiert zu werden.

Wie weit er zu gehen bereit war, sei angedeutet:.

Denn das Schwert und die Gewalt als ein sonderlicher Gottesdienst gebührt den Christen vor allen andern auf Erden...

Wenn du siehst, dass es am Henker, Büttel, Richter, Herrn oder Fürsten mangelt, und du dich geschickt findest, solltest du dich dazu erbieten und darum bewerben, auf dassja die nötige Gewalt nicht verachtet und matt werde und unterginge. Denn die Welt mag ihrer nicht entraten.

Täglich sind uns heute noch diese Argumente in den Ohren.

Die singenden Könige des Alten Testaments, die Weisen, häuften Gold zum Schmuck des Tempels.

David und Salomo ließen sich beide die Glieder in den Entwicklungsländern mit Gold aufwiegen - wie die jungen Leute an den Daddelautomaten die ihren mit Geld.

David singt:

Siehe ich habe in meiner Mühsal geschafft zum Hause des Herrn hunderttausend Zentner Gold und tausend mal tausend Zentner Silber, dazu Erz und Eisen ohne Zahl; denn es ist zu viel; auch Holz und Steine hab ich zugerichtet, des magst du noch mehr machen. I. Chronik 22,14.

Die Umwelt, Meere, Tiere, Pflanzen sind zur Verfügung des gotterwählten Herrenvolkes:

Alles, was sich regt und lebt, das sei eure Speise; wie das grüne Kraut habe ich's euch alles gegeben. I. Mose 9,3.

Und ihr werdet fällen alle guten Bäume und werdet verstopfen alle Wasserbrunnen und werdet allen guten Acker mit Steinen verderben.

Im Neuen Testament heißt es:

Alle Pflanzen, die mein himmlicher Vater nicht pflanzte, die werden ausgereutet. Matthäus 15, 13.

Es ist eine Welt der Ledermänner, die Luther verinnerlichte und reproduzierte:*Ein Christenmensch ist ein freier Herr über alle Dinge und niemand untertan.Ein Christenmensch ist ein dienstbarer Knecht aller Dinge und jedermann untertan.*

Unser Herr und Meister Jesus Christus hat, wenn er spricht »Tut Buße«, gewollt, daß das ganze Leben der Gläubigen eine Buße sei. Wahre Reue sucht und liebt die Strafe.

Diese Dialektik des Sadomasochismus schlägt nach der Zerknirschung gleich wieder um in die Folter:

Zungen sollte man ausreißen und an den Galgen nageln, schlägt Luther 1545 vor.

Den 58. Psalm deutschte er ein:

Der Gerecht wird sich frewen / wenn er solche Rache sihet / Vnd wird seine füsse baden in des Gottlosen blut.

Luther selbst ruft uns auf, daß wir die Hände waschen im Blut des römischen Sodom.

Christus sagt:

Ich bin nicht komen Friede zu senden / Sondern das Schwert. Denn ich bin komen / den Menschen zu erregen wider seinen Vater / vnd die Tochter wider jre Mutter /l vnd die Schnur wider jre Schwiger. Matthäus 10,34.

Luther deutschte diesen Satz nicht nur ein, er führte ihn auf dem Reichstag zu Worms an und setzte hinzu:

Gott muß man fürchten.

Auch Luthers Bibel endet mit der Offenbarung des Johannes, des linden Lieblings des Erlösers, der, bevor Luthers Bibelübersetzung erschienen war, mit dem Kopf in Christi Schoß dargestellt wurde:

Vnd aus seinem Mund gieng ein scharff schwert / das er damit die Heiden schlüge. / Vnd er wird sie regieren mit der eisern Ruten1 Vnd er trit die Kelter des weins des grimmigen zorns des almechtigen Gottes / Vnd er hat einen Namen geschrieben auff seinem Kleid / vnd auff seiner hüfften / aIso / EIN KÖNIG ALLER KÖNIGE / VND EIN HERR ALLER HERRN.

Vnd werden gequelet werden tag vnd nacht / von ewigkeit / zu ewigkeit.

Es ist eine Leichenphantasie, wie sie härter ein Büchner nicht St. Just in den Mund legen konnte:

... Ist es da zu verwundern, dass der Strom der Revolution bey jedem Absatz, bey jeder neuen Krümmung seine Leiden ausstösst?

Wir werden unserm Satz noch einige Schlüsse hinzuzufügen haben, sollen einige Hundert Leichen uns verhindern sie zu machen? Moses führte sein Volk durch das rothe Meer und in die Wüste bis die alte verdorbene Generation sich aufgerieben hatte, eh er den neuen Staat gründete. Gesetzgeber! Wir haben weder das rothe Meer noch die Wüste aber wir haben den Krieg und die Guillotine. (»Dantons Tod« 11, 7)

Auf Zeilen der Bibel konnten sich nach der Verbreitung durch die neuen Medien in der neuen Sprache des Volkes nicht nur die Kaiser und Päpste berufen, als sie die Neue Welt wie einen Gugelhupf zerschnitten, sondern auch die Kontoführer der Neuen Welt, die Troßsoldaten, die Sklaventreiber, die mithalfen wenigstens zwölf Millionen Afrikaner zu verschleppen, zu foltern, ganze Völker der Indianer auszurotten.

Nicht nur mit Nietzsche und Hölderlin im Tornister wurden Polen, Juden, Homosexuelle - um nur diese zu nennen - verschleppt und vergast, sondern auch im Angesicht und mit der Billigung bibelfester Gläubiger und Priester.

Die Bibel wird von ihren Vertretern, von Padre Arrupe, dem General der Jesuiten, ebenso wie von Kultusminister Ernesto Cardenal, als ein Buch der Liebe analysiert. Den kruden Passagen des Alten Testaments stellt man die Verheißungen des Neuen Testamentes gegenüber.

Die Argumentation gipfelt in den Worten Jesu:

Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst.

Es ist ein schreckenerregendes Wort, wenn man geneigt wäre, die Psychoanalyse oder nur die praktische Erfahrung zu Rate zu ziehen.

Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst.

Ich stinkender Madensack, nannte Luther sich selbst auf der Wartburg.

So verachtete er die eigene Individualität.So liebte er den Nächsten.Er haßte ihn, wie er sich selbst haßte.

Wie gerne hätte ich Unrecht.

Wie gerne glaubte ich an die sittigende Kraft dieses übermenschlichen Buches, dieser kaum faßlichen Übersetzung von Luther.

Wenn man mir beweisen könnte, daß es die Menschen befreit, daß es sie zur Liebe reizt, möchte ich gern als parteiisch überführt werden, als hämisch, als tendenziös die Zitate durch die Auswahl verfälschend.

Aber ich zweifle.

Ich fürchte, daß dies Klirren, Flackern, Rauschen der lutherischen Sprache - hier dem Daddelautomaten der Spielothek vergleichbar - das Unbewußte der Jugendlichen mit Sadismus, Militarismus, Rassenhaß, Intoleranz besetzt:

Die Welt ist euch untertan.

Die Frauen sind euch untertan.

Die Neger sind Knechte.

Andersgläubige müssen ausgerottet werden.

Der Andersliebende gehört verbrannt.

Fürchtet.

Sollt.

Verbreitet Schrecken.

Das Recht der Frauen auf sich selbst, die Liebesmöglichkeiten der Homosexuellen, die Achtung vor Negern, die Emanzipation der Arbeiterklasse, eine vernünftige Schonung der Umwelt - nicht nur in der Ersten Welt, nein, vor allem in der sogenannten Dritten Welt, werden unter Berufung auf die Bibel täglich verhindert.

Sie können durch Gottes Wort, übersetztes Wort Gottes verhindert werden.

Die Luther-Bibel wird täglich in Schulen und Kirchen unter Jugendlichen mehr als jedes andre Buch verbreitet.

Kasten ohne Titel auf Seite 59:

Soeben hat er einen Band seines literarischen Hauptwerks »Die Geschichte der Zärtlichkeit« fertiggestellt; aber veröffentlicht wird der noch lange nicht. Dabei möchte ihn sein Verlag (S. Fischer) dringend drucken; Hubert Fichte jedoch will sein vielbändiges Werk nur komplett vorlegen. Wobei er allerdings nicht damit rechnet, das noch zu erleben.

Bekannt wurde Hubert Fichte vor allem durch seinen Roman »Die Palette«, dem damals, 1968, das Etikett »erster großer deutschsprachiger Roman der Beat-Generation« aufgedrückt wurde. Schon mit seinem Roman »Das Waisenhaus« (1963), für den er den Hermann-Hesse-Preis erhielt, wurde Fichte von der Kritik gefeiert. Aber je radikaler er sich später äußerte, politisch, moralisch und ästhetisch, desto heftiger wurde er auch angefeindet. Im liberalen Kulturbetrieb der Bundesrepublik darf keiner so uneingeschränkt zu seiner Homosexualität stehen, wie Hubert Fichte es tut. Und wenn »Le Monde« seinen »Versuch über die Pubertät« als »das ehrlichste Buch der deutschen Literatur« preist, dann ist damit vor allem der ehrliche und drastische literarische Umgang mit der Sexualität gemeint. Auch in diesem Entwicklungsroman verarbeitet Fichte Tonbandprotokolle - er hat das Interview in die deutsche Literatur eingeführt (er sprach mit Allende, Genet, Senghor und vielen anderen, in KONKRET erschien zum Beispiel sein Interview mit dem Revolutionsführer von Grenada, Maurice Bishop). Immer intensiver beschäftigte sich Fichte in den letzten Jahren mit den afroamerikanischen Kulturen, machte regelrechte ethnologische Expeditionen, denn: »Es gibt nicht nur eine mögliche Erweiterung. der Wissenschaft durch poetische Kategorien - es gibt eine Fundierung des Poetischen durch empirisches und logisches Vorgehen verschiedenen Typus.«

Konkret 07/83, S. 60

Günter Amendt

Psychopolitik im Kalten Krieg

...where the winds hit heavy on the borderline.

Bob Dylan

In *einer* Ausgabe veröffentlichte der in Zürich erscheinende »Tages-Anzeiger« einen Bericht über die Schließung der sowjetischen Nachrichtenagentur »Nowosti« durch das »Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement« in Bern und eine Reportage des US-amerikanischen Psychiaters Walter Reich über »Die sowjetische Psychiatrie«. »Nowosti« nennt offen als seine Aufgabe, »im Ausland wahrheitsgetreue Informationen über die Sowjetunion zu verbreiten«. Walter Reich vom Kennan-Institut für Rußlandforschung«, einer Institution, die auch Geheimdienstaufträge annimmt, nennt seine Aufgabe nicht.

Die Agentur »Nowosti« wird der Desinformation bezichtigt und geschlossen. Der Autor Walter Reich wird nicht bezichtigt und im »Tages-Anzeiger« veröffentlicht.

Es ist wieder soweit. Im Juli feierte die Weltpsychiatrievereinigung ihren 7. Kongreß. Westliche Psychiater werden erneut die Psychiatrie der Sowjetunion wegen inhumaner Praktiken anklagen und dabei von den Massenmedien und den einschlägigen 'Diensten' unterstützt werden. Als links geltende Zeitungen wie »taz« (Hamburg/Berlin (West», »Liberation« (Paris) und »WoZ« (Zürich) werden vorneweg marschieren.

Von welchem Roß eigentlich wird diese Attacke geritten?

Psychiater, die ungestraft Elektroschocks anwenden, die Neurochirurgen die Legitimation für stereotaktische Hirneingriffe liefern (in der Sowjetunion seit 1951 verboten), Psychiater, die ihre 'ärztliche Kunst' mehr und mehr mit den Profitinteressen der Pharmaindustrie verbinden, die Krankheitsbilder entwerfen und definieren, in denen abweichendes Verhalten pathologisiert wird, greifen ihre sowjetischen Kollegen an und werfen ihnen vor, was sie täglich selbst praktizieren.

Walter Reich, der US-amerikanische Psychiater, bezeichnet sich selbst als einen Kenner von Leuten, die *ihr ganzes Leben in der sowjetischen Atmosphäre verbracht* haben. Was von Reich als Psychiater zu halten ist, belegt eine kurze Passage seines Aufsatzes, in der er plötzlich einräumt, einige der in der Sowjetunion hospitalisierten Dissidenten seien tatsächlich geisteskrank, denn sie stammten aus Randgruppen, *und in den Randgruppen ist der Anteil an geisteskranken Leuten in allen Ländern verhältnismäßig hoch.*

Politisch gibt sich der Autor liberal. Den Ausschluß der sowjetischen Psychiater aus der Weltorganisation zu betreiben, findet er falsch, denn *nach dem Austritt der Russen hat die internationale Psychiatervereinigung keine Möglichkeit mehr, einen wirksamen, direkten Einfluß auf die Sowjetunion auszuüben.*

Um seinen sowjetischen Kollegen im Moskauer Institut zu erreichen, eilt Walter Reich durch einen *dunklen Korridor* ins *helle Büro* des *massigen* Psychiaters Andrei Sneschewski, der ihn hinter einem *imposanten Schreibtisch* empfängt. Seinen Gastgeber findet er vor, wie ihn Kollegen beschrieben hatten: *sardonitscheski-verächtlich, höhnisch, sardonisch.* Mal lächelt er *skeptisch,* mal lacht er *spöttisch* und *ungeniert.* Auf einem *eleganten Sitzungstisch wird in einem zarten Porzellanservice,* das Sneschewski im Verlaufe des Gesprächs mit seinen Argumenten prompt zerschlagen wird, der *beste Kaffee,* den der Autor *in der Sowjetunion je bekommen* hat, aufgetragen. Dazu reicht Sneschewskis Sekretärin *schwarzen Kaviar* und *guten Weinbrand.* Reich bringt zu der Unterredung *kein Tonband* mit und glaubt auch nicht, daß seine *Gastgeber eines benutzen. Eine Büste von Lenin überwacht die Szene aus der Ferne.*

Das Interesse des nordamerikanischen Psychiaters gilt der Diagnose bestimmter Geisteskrankheiten, die sowjetische Psychiater stellten, *besonders nach 1967, als Juri Antropow, der gegenwärtig höchste sowjetische Führer,* zum Leiter des Geheimdienstes ernannt worden war; Bulgarian connection, zweiter Teil.

Das Dekor der Inszenierung ist so schäbig und abgegriffen, daß mancher an Aufklärung interessierte Leser »sabuth eta!« - zu deutsch 'forget it!' - denken und Reichs Aufsatz nur angelesen haben wird. Das ist ein Fehler.

Die psychiatrische Fachsimpelei über Definitionen und Leitsymptome der Schizophrenie, die sich im übrigen von den Kontroversen hierzulande nicht unterscheidet - einschließlich der Frage, ob Schizophrenie angeboren oder erworben sei -,weist Walter Reich als einen Kritiker aus, der sich beim Versuch, die sowjetische Psychiatrie auseinanderzunehmen, eines feineren Operationsbestecks bedient als seine Kollegen vor ihm.

Von deren Vorwurf, Professor Sneschewski habe seine diagnostischen Kategorien eigens entwickelt, um Dissidenten bequem einordnen zu können, will er nichts wissen. Er räumt ein, *daß die Sowjets wegen der in ihrem Land herrschenden politischen Lebensbedingungen und der gesellschaftlichen Vorstellungen, die sich daraus ergeben, abweichendes Verhalten tatsächlich als eigenartig empfinden* und dieses *eigenartige Benehmen* als Schizophrenie bezeichnen. Für diese Einordnung wiederum sei Sneschewskis Diagnosesystem bestens geeignet.

Schaut man sich nun Sneschewskis Theorie der Schizophrenie und die dazugehörigen Leitsymptome näher an, dann muß einem mehr als mulmig werden. Und doch sollte man das Denken, auf dem diese Theorie beruht, nachvollziehen können. Wenn ein sonst »gesunder« Mensch, intelligent und nicht selten hoch begabt, der *in sowjetischer Atmosphäre* lebt, kaum gelangt er in die westliche Hemisphäre, faschistische Töne spuckt und beispielsweise das Regime des chilenischen Diktators Pinochet rechtfertigt, dann beginnt man sich um den Gesundheitszustand dieses Menschen Gedanken zu machen. Und schon ist man mitten drin im psychologisierenden und psychiatrisierenden Vokabular.

Sprechen wir nicht täglich vom *Rüstungswahnsinn?* Haben prominente Vertreter der US-Friedensbewegung Kriegsminister Weinberger nicht nur ein *Arschloch,* sondern ihn und seinen Boß auch einen *Verrückten* bzw. einen *Wahnsinnigen* genannt?

Bleiben wir für einen Augenblick bei der psychologisierenden Betrachtung, und steigern wir sie zur Völkerpsychologie, dem - neben der Geopolitik - beliebtesten Instrument der Kalten-Kriegs-Propaganda. Diagnostizieren wir den kollektiven psychischen Zustand der sowjetischen Bevölkerung. Ganz offensichtlich ist es ihr nicht gelungen, den zweiten Weltkrieg und seine Folgen zu *verdrängen.* Glaubt man den Berichten von Reisenden, dann kann man wohl von einer kollektiven Angstneurose sprechen. Sie äußert sich - auch darin stimmen die Reiseberichte überein - in ständigen Bekundungen von Furcht vor einem neuen Krieg.

Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland zeigt diese Züge einer kollektiven Pathologie in ihrer Mehrheit nicht. Sind wir also das »gesündere« Volk? Zumindest ist uns gelungen, was der Bevölkerung der Sowjetunion in ihrer Mehrheit nicht gelungen ist: *Verdrängung.* Deren Folgen mag man psychoanalytisch für gefährlich halten, offenbar läßt es sich aber mit Verdrängungen ruhiger und bequemer leben - solange man lebt. Wie soll ein Sowjetbürger, und mehr soll mit diesem Beispiel gar nicht gefragt werden, verstehen oder nachempfinden, daß bereits in den 50er Jahren US-amerikanische Psychiater die Angst vor den Folgen einer Atombombe als *nuclearosis* klassifizierten?

Walter Reichs überraschende Einsichten in die in der Sowjetunion *herrschenden politischen Lebensbedingungen und der gesellschaftlichen Vorstellungen, die sich daraus ergeben,* führt uns zu einer nun wirklich banalen Erkenntnis: Krankheit als Abweichung von Gesundheit ist eine gesellschaftlich definierte Erscheinung. Aber eben auch ein individueller Leidenszustand und deshalb kein Instrument der politischen Diagnose. Weder hier noch dort, weder nach der einen noch nach der anderen Seite.

Wenn wir psychiatrische Kategorien auf den politischen Gegner anwenden und es oft noch als Entlastung empfinden, mit solchen Begriffen wie mit Schimpfworten umzugehen, fällt das auf uns und unsere Haltung gegenüber Abweichendem zurück. Die Psychiater jedenfalls haben sich gegenseitig nichts vorzuwerfen. Die Psychiatrieschule um Professor Sneschewski wie die verschiedenen Schulen seiner westlichen Kritiker sind radikal nur mit den Positionen der Antipsychiatrie zu bekämpfen. Auch Sneschewski stößt im eigenen Land auf solche Kritik.

Einige prominente »Fälle« angeblicher Psychiatrisierung durch sowjetische Ärzte sind in der westlichen Öffentlichkeit ausführlich dargestellt und diskutiert worden. In einigen dieser »Fälle« ist der politische Sachverhalt so klar, daß jede psychiatrische Einordnung nicht nur überflüssig wäre, sondern vom Politischen ablenken würde. Vladimir Bukowski ist ein Faschist. Als solcher muß er bekämpft werden. Dazu gibt die Verfassung der Sowjetunion den Gerichten das Recht. Es bedarf keiner psychiatrischen Hilfsargumente.

Wenn man aber die ganze Tragweite dieser Argumentation erfassen will, muß man auch wissen, wie es zu den meisten der in der westlichen Öffentlichkeit diskutierten und kritisierten »Fälle« von Psychiatrisierung gekommen ist. Die betreffenden Bürger der Sowjetunion sind in Konflikt mit den Strafgesetzen einer Sowjetrepublik geraten. Soweit ich diese Gesetzestexte kenne, entsprechen sie, von einer wichtigen Ausnahme abgesehen, meinen Vorstellungen von der Gesetzgebung eines sozialistischen Staates, dessen Existenz vom Tag seiner Gründung an bedroht war, und der, nicht zuletzt wegen des anhaltenden Drucks von außen, einer Strafgesetzgebung überhaupt bedarf, um die Beziehungen seiner Bürger zu regeln. Die Existenz des Strafgesetzbuchparagraphen, der Homosexualität unter Strafandrohung stellt, egal ob er angewandt wird oder nicht, ist mit meinen Vorstellungen von einer sozialistischen Gesetzgebung nicht vereinbar.

Zu den Standards der sowjetischen Strafprozeßordnung, *und das gilt nicht nur für politische Vergehen,* wie Walter Reich betont, gehört, einen Psychiater zu konsultieren, wenn *Zweifel an der geistigen Gesundheit eines Angeklagten* aufkommen. Indirekt plädieren die Kritiker der sowjetischen Psychiatrie für eine harte Linie des Strafrechts, denn die Einführung eines Krankheitsbegriffs in die Strafprozeßordnung und der Gedanke »Therapie statt Strafe« ist eine demokratische Errungenschaft des Bürgertums. Er ist auch Bestandteil sozialistischer Gesetzgebung.

Wer der sowjetischen Justiz auf dem Umweg über eine Psychiatrie-Debatte das Recht absprechen will, gegen Rassismus, Kriegstreiberei und Volksverhetzung mit den Mitteln des Strafrechts vorzugehen, mißbraucht den weißen Ärztekittel zu einer Psychopolitik des Kalten Krieges. Diese Politik zielt auf *Anspannung* und drängt auf Ausbruch und Abfuhr: Von der Maas bis an die Memel, von Oslo bis nach Bern; eiskalt von den Rängen der Dortmunder Westfalenhalle bis in die Arena des Münchner Olympiaparks; hysterisch von den Fjorden Oslos bis in die Gassen der Schweizer Hauptstadt. Die »Offenhaltung der deutschen Frage«, die äußere (politische) und innere (psychische) Nichtanerkennung der deutschen Teilung schafften im Klima des Kalten Krieges eine spezifisch bundesdeutsche Form des Grenzgängertums und bringen, analog zu einen psychiatrischen Begriff, den Typus der *borderline personality* hervor, ständig überreizt und immer in Gefahr eines physischen Zusammenbruchs mit manchmal tödlichem Ausgang.

Konkret 07/83, S. 62

Jürgen Saupe

»Derzeit liegen negative Merkmale nicht vor«

Vor jedem Kredit liegt die Durchleuchtung der Bürger, auch wenn es sich um eine Bestellung beim Versandhaus handelt. Wie das Auskunftssystem funktioniert, und wo überall Informanten sitzen, erklärt KONKRET am Beispiel des Vereins »Creditreform«.

Kredit ist Vertrauenssache. Aber auch die überzeugtesten Kapitalisten unter den Kreditgebern halten es mit dem Marxisten Lenin, wonach Vertrauen gut, Kontrolle aber besser sei. Steht doch schon in der 4. Auflage von Meyers Konversations-Lexikon aus dem Jahre 1888: »So fördert der unsolide Kredit den denkbar schlimmsten Kommunismus, indem er Unschuldige für Schwachheit, Leichtsinn und Unsittlichkeit Dritter büßen läßt und der Schuld selbst in der ohne Opfer erlangten Beute gleichsam noch einen Lohn in Aussicht stellt.« Als ein Mittel zur Beseitigung dieser »Übelstände« nannten die Autoren »die unter dem Namen Kreditreform neuerdings gebildeten Vereine«.

Als das Lexikon erschien, gab es den »Verein Creditreform« neun Jahre. Der Zweck der in Mainz gegründeten Vereinigung: »Das 'Creditgeben' sollte reformiert werden durch gegenseitigen Erfahrungsaustausch in Form der Auskunftserteilung, wozu eine weitverzweigte Organisation auf breiter Basis angestrebt wurde.« So steht es in einer Festschrift von »Creditreform«, die 1979 zum 100. Geburtstag erschienen ist.

Und in der Tat ist es »Creditreform« in den inzwischen 104 Jahren seines Bestehens gelungen, eine breite Organisation aufzubauen. In der Bundesrepublik sind es 106 Geschäftsstellen - von Flensburg bis Rosenheim und von Aachen bis Hof. Ihr Dachverband - der »Verband der Vereine Creditreform e.V.« - sitzt in Neuß. Rund 75.000 Mitglieder sind in den Vereinen: Handwerksbetriebe, Aktiengesellschaften, Versandhäuser und Anwaltskanzleien. Sie lassen Creditreform gegen Provision Forderungen eintreiben und Wirtschaftsauskünfte erteilen. Dabei sind sie nicht nur Empfänger von Auskünften, sie geben auch welche über den Kunden oder Geschäftspartner, über den sie eine Auskunft wünschen. Der Umfang, in dem der Informations-Tausch geschieht, ist beachtlich: Jedes Jahr erteilt Creditreform neun Millionen Auskünfte und treibt 250 Millionen Mark an Forderungen ein. Damit ist Creditreform nach eigener Darstellung Europas größte Auskunfts- und Inkasso-Organisation.

Wer Auskünfte in solcher Menge geben will, muß viel wissen. Und Wissen ist Macht. Wer hat diese Macht? Wem gehört Creditreform?

Die 106 Geschäftsstellen von Creditreform in der Bundesrepublik und Westberlin sind jeweils selbständige, eingetragene Vereine. Wer Auskünfte von Creditreform bekommen will, muß Vereinsmitglied werden. Der Jahresbeitrag: 240 Mark. Neben dem im Vereinsregister eingetragenen Verein gibt es aber auch noch zu jedem einzelnen Verein eine Kommanditgesellschaft. Der Komplementär (das ist der unbeschränkt haftende Gesellschafter) der KG ist zugleich Geschäftsführer der KG und der Erste Vorsitzende des jeweiligen Vereins Creditreform. Die sinnige Konstruktion erlaubt es, anfallende Gewinne in der KG zu sammeln (die Vereinsmitglieder müssen jede Auskunft bezahlen, weil der Verein ja keine Gewinne machen darf) und gleichzeitig die Vereinsmitglieder ohne Einblick in die Geschäfte und dort anfallenden Informationen zu lassen. Ob diese Praxis mit dem im BGB normierten Vereinsrecht übereinstimmt, bleibt ein Problem der Mitglieder.

Wie der Verein Creditreform oder die angegliederte KG (und vergleichbare Auskunfteien) jedoch an ihre Auskünfte gelangen, mit welchen Methoden hier gearbeitet wird, und wie es dabei mit dem Datenschutz bestimmt ist, das geht uns alle an. Denn woher sollen in einer Auskunft persönliche Daten über Betroffene - seien es eine Person oder eine Firma mit ihren leitenden Angestellten oder Besitzern - kommen, wenn nicht auch von Banken und Behörden, die die Angaben von den jeweils Betroffenen selbst haben.

Damit die Analyse von Creditreform nicht abstrakt bleibt, sondern konkret wird, hat KONKRET einen von den 106 Vereinen, die in der Bundesrepublik unter dem Namen Creditreform firmieren, unter die Lupe genommen: Creditreform e.V. Neustadt an der Weinstraße, Maximilianstraße 28, und die unter der gleichen Anschrift firmierende Creditreform Neustadt F. Kötting KG.

Neustadt ist zwar nur ein Beispiel. Die Informantenstruktur und die Beschaffungspraktiken sind aber in den anderen Vereinen Creditreform ähnlich. Mit seinen etwa 400 bis 500 Mitgliedern ist Neustadt etwas unter dem Durchschnitt, was die Größe der bundesdeutschen Vereine anbelangt. Doch sonst durchaus repräsentativ. Wie in allen Vereinen gibt es auch hier eine Inkasso-Abteilung und eine Auskunftsabteilung, die den größeren Umsatz macht und personell besser bestückt ist.

Wenn Frau Anna Bauer - der Name ist willkürlich gewählt - aus dem malerischen Weinort Sankt Martin im Landkreis Neustadt erstmals an das Versandhaus Quelle in Fürth schreibt und eine größere Bestellung aufgibt, bekommt die Creditreform Neustadt Arbeit. Denn Quelle ist Kunde bei Creditreform. Und Kunden, die sich erstmals bei Quelle melden,

werden von Creditreform abgeklärt. Wird Frau Anna Bauer im umfangreichen Archiv und im Computer von Neustadt noch nicht geführt, gibt es Arbeit und Verdienst für einen Beamten in St. Martin. Willy Bayer, und dieser Name ist echt, wohnhaft in St. Martin und Amtsinspektor bei der Verbandsgemeinde Maikammer, erhält schriftlich den Auftrag, alle ihm zugänglichen persönlichen Daten von Frau Bauer zu liefern. Für einen Betrag zwischen fünf und acht Mark pro Auskunft - der Preis, den Creditreform zahlt, hängt vom Verhandlungsgeschick des Informanten ab - liefert er, was die Verbandsgemeinde Maikammer über Frau Bauer gespeichert hat. Und das ist nicht wenig:

Anna Bauer, geb. Schneider, Hausfrau; geboren am 29.7.1938 in Edenkoben; verheiratet mit Fritz Bauer, geh. am 11. September 1937 in Maikammer, Postobersekretär; Kinder Anna-Luise, geb. 22. September 1962 und Friedrich, geb. am 19. Juli 1964; wohnhaft: St. Martin, Edenkobener Str. 4; Hausbesitzer des Wohnhauses: Ludwig Schreiber, Weingutbesitzer in St. Martin, Am Brünnele 7. Dazu übermittelt Amtsinspektor Bayer nach Neustadt noch, was er persönlich über Frau Bauer weiß: Arbeitet als Aushilfsbedienung im Gasthaus »Löwen«, fährt einen VW-Golf neueren Datums.

Bei dieser - fiktiven - Auskunft von Herrn Bayer fehlt Creditreform ein entscheidender Hinweis: Die Bankverbindung von Frau Bauer. Der Rechercheur bei Creditreform kann nun entweder die begrenzte Anzahl von Banken und Sparkassen im Umkreis von St. Martin abtelefonieren oder er greift erst einmal in sein Archiv. Ist der Vermieter der Familie Bauer Mitglied in Creditreform, hat es die Auskunftei leicht. Sie ruft bei Vereinsmitglied Schreiber an und erhält die gewünschte Auskunft. Geht dieser Weg nicht, greift der Rechercheur zur List. Unter falschem Namen ruft er bei Schreiber an, gibt sich als potentieller neuer Vermieter für die Familie Bauer aus und fragt nach der Bonität der Bauers. Schreiber, der von einem tatsächlich ja auch nicht geplanten Auszug der Bauers nichts weiß, fällt erst einmal aus allen Wolken, fürchtet um eine rückständige Miete und wird in der Regel plaudern. Aus den Mietzahlungen kennt er ja die Bankverbindung der Familie Bauer.

Hat Postobersekretär Fritz Bauer nur ein Postscheckkonto, so beißt Creditreform auf Granit. In aller Regel ist die Post das einzige »Bank-Institut«, das über seine Kunden keinerlei Auskunft gibt. Haben die Bauers aber ein Spar- oder Girokonto bei einer Bank oder Sparkasse, dann wird Creditreform fündig. Anders als Amtsinspektor Bayer, der Gutschriften für seine Auskünfte erhält, arbeitet Creditreform mit den Banken und Sparkassen kostenfrei zusammen. Dafür erhalten die Kreditinstitute auch alle Auskünfte von Creditreform kostenfrei. Eine Hand wäscht die andere, lautet hier das Prinzip. Auf der Strecke bleibt der Datenschutz. Denn was weiß eine Bank über ihre Kunden nicht?

Wer ein Konto eröffnen will, entblättert sich, gibt umfangreiche persönliche Daten preis. Und wer braucht heute kein Konto? Mietzahlungen offenbaren den Status als Mieter und den Vermieter zugleich. Unterhaltszahlungen und Ratenzahlungen, Leasing-Raten und Hypotheken-Zinsen, der Eingang von Krankengeldern oder Arbeitslosengeld, Weihnachtsgratifikationen, Sonderprämien vom Arbeitgeber oder die Verwaltung von Aktien-Depots: Ein Kreditinstitut weiß dank eines umfassend gefütterten Computers mehr über einen Menschen, als dieser auf Anhieb selbst von sich sagen könnte.

Und alle diese Informationen gehen an Creditreform, wenn angefragt wird. Wer bei VAG-Leasing einen Volkswagen leasen will, wird durch Creditreform geprüft. Denn VAG ist Kunde. Wer sich am Flughafen einen Wagen mietet und als »Referenz« nach seiner Euroscheck-Karte gefragt wird, macht den Weg auf zu seiner Bank und legt seine wirtschaftlichen Verhältnisse offen. 75.000 Mitglieder allein dieser Auskunftei nutzen das Wissen. So können Bewerbungen um einen neuen Job scheitern, weil mehrere Krankengeldzahlungen nachweisen, daß der Bewerber nicht immer gesund war. Offenbarte Unterhaltszahlungen geben einem potentiellen Arbeitgeber Auskunft darüber, wie nötig der Arbeitnehmer seinen Job hat, und ob er sich gegen Pressionen wehren kann. Wer Gewerkschaftsmitglied ist und dies in seinem Betrieb verheimlichen muß, das Abbuchungsverfahren auf seinem Konto verrät ihn. Wer eine Gerichtsstrafe bezahlen muß, das Konto weist es aus, und das Aktenzeichen ermöglicht die Einsicht in Akten und Urteil. Es wird also wesentlich mehr enthüllt als ein Kontoinhaber ohnehin gezwungenermaßen preisgibt, wenn er der Weitergabe von Daten an die Schufa, die »Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung e.V.«, schriftlich bei Kontoeröffnung zustimmen muß. All diese Daten erhält Creditreform und damit auch deren Kunden.

Das Verfahren ist denkbar einfach. Ein Creditreform-Kunde kauft, sobald er Mitglied geworden ist, bei der örtlichen Creditreform sogenannte Anfragezettel. Sie sind in Blocks von 10 bis 100 Stück zu haben und durchnummeriert. Der Preis: 359 Mark für zehn Stück. Ein Mitglied, das mehr kauft - und in Neustadt kauft beispielsweise die Firma Gummi-Mayer aus Landau einige Tausend Anfragezettel pro Jahr - erhält Rabatte. Wie gut ein Creditreform-Kunde ist, verrät dem Sachbearbeiter eine kleine Zeile am Kopf des Anfragezettels. Dort ist vermerkt, ob er etwa 10er oder 100er Blocks erworben hat. So ein Anfragezettel im Gegenwert von 35,90 Mark ist die Grundwährung im Bereich Creditreform. Für eine Normalauskunft ist ein Zettel zu »bezahlen«. Für »Eilauskünfte« und »Telexauskünfte« sind zwei Zettel fällig. Wer es noch eiliger hat, kann eine »Telexauskunft« oder mündliche oder telefonische Informationen erhalten. Damit am Telefon kein falscher Kunde die Dienste der Auskunftei in Anspruch nehmen kann, haben alle Kunden eine Mitgliedskarte mit einer Nummer, die nur sie und der Verein kennen. Vor einer telefonischen Auskunft wird daher nach der Mitgliedsnummer gefragt.

Auf dem Anfragezettel nennt das Mitglied den Betroffenen, über den es informiert sein will, sowie den Grund für die Anfrage. Das geschieht pauschal mit der Zahl der beabsichtigten Kredithöhe oder dem geplanten Lieferungsvolumen oder mit einem Stichwort wie: Hypothek, Kredit, Vermögensverhältnisse, Mietvertrag, Leasingvertrag, Darlehen, Hauskauf usw. Creditreform kontrolliert den Anfragegrund nicht, speichert ihn aber. So folgert die Auskunftei aus einer - positiv beschiedenen - Kreditanfrage über beispielsweise 20.000 Mark, daß der Kredit auch gewährt oder empfangen wurde. Fragt in nächster Zeit ein weiteres Vereinsmitglied nach der Bonität dieses Betroffenen, so kann die Auskunft negativ ausfallen, weil nach Ansicht von Creditreform der Betroffene seinen Kreditrahmen bereits überzogen hat. Eine Lücke im System, die natürlich zu Lasten dessen geht, über den Auskünfte erteilt werden.

Verhindert werden könnten solche Schludrigkeiten wenigstens teilweise, wenn es Creditreform als Auskunftgeber mit dem Bundesdatenschutzgesetz von 1977 ernst nähme. Dort heißt es in § 26: »Werden erstmals zur Person des Betroffenen Daten gespeichert, ist er darüber zu benachrichtigen ... « Doch diese Information von Betroffenen erfolgt entweder gar nicht oder so pauschal, daß sie nichts hergibt. Der Trick, mit dem Auskunfteien die gesetzliche Vorschrift umgehen, ist einfach. Die »erste« Speicherung von Daten wird einfach dürftig gehalten: Name, Anschrift, Beruf, Geburtsdatum und bestenfalls noch einen nichtssagenden Satz über die wirtschaftlichen Verhältnisse. Diese »Auskunft« wird dem Betroffenen zugeschickt. Und damit erledigt sich das Problem in aller Regel. Der Kunde von Creditreform aber erhält, auch wenn es im Abstand von nur einer Minute ist, eine zweite Auskunft. Diese beinhaltet nicht nur viel mehr Informationen, sondern sie muß nach dem Gesetz dem Betroffenen auch nicht mitgeteilt werden.

Der Text des § 26 Bundesdatenschutzgesetz ist ein Musterfall für eine Vorschrift, wo Juristen einer Lobby ihre Interessen durchgesetzt haben, und die Mehrzahl der Bundestagsabgeordneten entweder mitgespielt oder gepennt hat.

Zusätzlich zu dieser Trickserei schützen sich Auskunfteien, wie etwa Creditreform Neustadt, gegen Kontrollen von Datenschutzbeauftragten, indem sie Kopien von Informationen an Betroffene speichern, die nie rausgeschickt wurden.

Als weitere Sicherheit dient den Auskunfteien die Art der Auskünfte selbst. Das System ist einfach: Schlechte, kreditschädigende Informationen werden dadurch erteilt, daß in der schriftlichen Auskunft etwas fehlt. Ein Beispiel: Ist die oben erwähnte Frau Bauer aus St. Martin sehr kreditwürdig, so heißt die Beurteilung: »Frau Bauer zahlt vereinbarungsgemäß!« Lautet die Auskunft: »Es ist über Frau Bauer am Ort nichts Nachteiliges bekannt!« ist das die Note gut bis befriedigend. Wach wird der Kunde von Creditreform, wenn er liest: »Derzeit liegen negative Merkmale nicht vor.« Im Klartext heißt das: Es lagen schon mal negative Merkmale vor. So werden beispielsweise Mahnbescheide oder Offenbarungseide nach einer gesetzlichen Frist zwar in den Listen der Amtsgerichte gelöscht, aber der Verein Creditreform, der diese Listen natürlich bezieht, vergißt nichts. Kann über den Betroffenen zwar nichts Negatives geschrieben werden, haben die Creditreformer aber so allerlei gehört, tricksen sie wieder - mit einer Leerzeile. Für den Kunden von Creditreform heißt das: Vorsicht! Ähnliche »Zinken« gibt es am Ende des Abschnittes einer Auskunft, der dem Beruf gewidmet ist. Dort wird der Werdegang des Betroffenen - von der Schulausbildung über die Lehre bis zu Arbeitgeber und Einkommen festgehalten. Fehlt eine Bewertung vom letzten Arbeitgeber oder auch nur der Hinweis der Auskunftei: »Abträgliches ist nicht bekannt«, so weiß ein eventueller Arbeitgeber: Hier ist etwas faul. Was nicht stimmt, erfährt er bestenfalls, wenn er bei Creditreform anruft, schriftlich erhält er es nicht.

Schützen können sich Betroffene gegen derlei schädigende Auskünfte nicht. Der Trick mit der Auslassung macht die Auskunft unanfechtbar. Da hilft es auch nicht, (gegen Gebühr) von § 13 des Bundesdatenschutzgesetzes Gebrauch zu machen. Dort heißt es: »Dem Betroffenen ist auf Antrag Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten Daten zu erteilen.« Denn das Gesetz benachteiligt die auskunftheischenden Bundesbürger, die über ihre gespeicherten Daten Bescheid wissen wollen. Nicht nur, daß sie bezahlen müssen, sie sollen auch die über sie gespeicherten Daten näher bezeichnen, Dinge, die die Bürger ja gerade erst erfahren wollen! Schließlich steht dann im »pflichtgemäßen Ermessen« des Datenverwerters, was er herausrückt.

Wenn Sie sich beispielsweise das Informantennetz von Creditreform Neustadt ansehen, wird deutlich, an wie vielen Stellen ein Bürger Gebühren zahlen muß, um Auskunft über sich und seine Daten zu erlangen. Es wird aber auch offensichtlich, wie löchrig der Datenschutz auf Behördenseite ist. Kein Standesamt oder Einwohnermeldeamt, wo nicht wenigstens *ein* Beamter die Hand auftut und für gutes Geld Auskünfte erteilt. Im Jahresdurchschnitt lieferte jeder Informant pro Tag drei Auskünfte an Creditreform Neustadt. Schmiergelder von monatlich bis zu 700 Mark zahlte das Neustädter Unternehmen. Teilweise wurden die Summen überwiesen, teilweise holten die Informanten ihren »Lohn« bar an der Kasse ab, und einige waren sogar so vorsichtig, sich kein Bargeld auszahlen zu lassen. Sie nahmen Briefmarken. Quittungen gab es aus Sicherheitsgründen nicht.

So könnten jetzt gleich drei Institutionen zu arbeiten beginnen. Die Datenschutzbeauftragten, die Staatsanwaltschaft, weil mindestens die Beamten und Angestellten der Behörden gegen § 203 des Strafgesetzbuches (Verletzung von Privatgeheimnissen) verstoßen haben, und schließlich die Finanzämter. Denn Creditreform muß schwarze Kassen haben, und die Empfänger dürften ihre Einkünfte nicht versteuert haben.

Und daß sich diese Ermittlungen nicht nur auf Neustadt beschränken können und nicht nur auf Creditreform, ist offensichtlich. Schließlich wird auf ständig stattfindenden Seminaren, die der Dachverband »Verband der Vereine Creditreform« (VVC) veranstaltet, offen über diese Praktiken gesprochen.

Wie schrieb doch Anton Aumüller, der VVC-Präsident in der 100-Jahres-Festschrift von Creditreform ganz richtig: »Die praktische Umsetzung der den Datenschutz betreffenden gesetzlichen Bestimmungen durch die Vereine Creditreform zeigt, daß befriedigende Lösungen möglich sind.« - Wie lange noch?

Konkret 07/83, S. 66

Öko-Tips

Giftiger Kunststoff

Im April dieses Jahres testete die Zeitschrift »Neugier« farbige Haushaltsartikel, Spielwaren und Schreibgeräte auf ihren Cadmiumgehalt. Ergebnis: In 29 von 47 getesteten Gegenständen war das giftige Schwermetall enthalten. Mit Cadmium werden Kunststoffe rot, orange, gelb und hellgrün gefärbt. Bei der Firma Schneider GmbH in Tennenbronn, deren getestete gelbe und rote »Schneider-Kugelschreiber« einen hohen Cadmium-Gehalt aufgewiesen hatten, hat der Test gewirkt. Ab ersten Juli stellt sie keine Produkte mit diesen Farbpigmenten mehr her. Auch die gelbe Rührschüssel der Firma Robert Krups Stiftung und Co KG in Solingen hatte - so der »Neugier«-Test - »einen extrem hohen Cadmium-Gehalt«. Gegenüber KONKRET erklärte der Berater der Firma, der Pforzheimer Design-Professor Klaus Limbach: »Ab Juli wird die Firma Krups das Material der getesteten cadmiumhaltigen Rührschüssel nicht mehr verwenden. Gelbe Krups-Schüsseln wird es auch weiterhin geben, jedoch mit cadmiumfreien Farbpigmenten. Die sind aber teuer und komplizierter in der Verarbeitung.« Einen Zusammenhang mit dem »Neugier«-Test wollte der Professor dabei nicht sehen. Krups plane schon seit Beginn des Jahres, alle Produkte auf cadmiumfreie Kunststoffe umzustellen. Wie auch immer, nach 13 Jahren wird jetzt wenigstens die Schüssel nicht länger produziert.

Wie gefährlich Cadmium ist, zeigt auch die jetzt erschienene Broschüre »Cadmium in Lebensmitteln« der »Stiftung Verbraucherinstitut Berlin«. Hans-Joachim Kursawa-Stucke von der Stiftung: »Cadmium kann schwere Nierenfunktionsstörungen auslösen. Eine neue vom Umweltbundesamt geförderte Untersuchung ergab sogar einen deutlichen Hinweis für das krebsauslösende Potential bestimmter Cadmium-Verbindungen.«

Ein generelles Verbot dieses giftigen Schwermetalls wie in Schweden ist in der Bundesrepublik jedoch nicht in Sicht, weil es, so der Cadmium-Experte vom Bundesumweltamt Dr. Schaaf, »irgendwo nicht in die politische Landschaft paßt«. Kein Wunder. Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ist die Bundesrepublik der größte Produzent dieses giftigen Schwermetalls.

Sanfter Alltag

Für Öko-Freunde und alle, die es werden wollen, gibt es ein neues, nützliches Buch. Auf Umwelt-Papier erschien im Berliner Stattbuch Verlag das »Handbuch der Alltagsökologie für Selbstversorger« mit dem Titel »energisch leben«.

Zwei Jahre bastelte eine Arbeitsgruppe an den eintausendzweihundert Manuskriptseiten. Heraus kamen 288 witzige Seiten eines Alternativ-Lexikons. Hier erfährt man/frau alles über den sanften Umgang mit Energie und Gesundheit über biologischen Gemüseanbau, über Wohnen und Bauen ohne chemische Materialien, über Öko-Konsumgenossenschaften, Radfahren und Recycling.

Was das Handbuch von anderen Öko-Büchern unterscheidet, ist die Erfahrung, mit der die Beiträge geschrieben sind. Die über 100 Autoren haben alle Ratschläge vorher selbst ausprobiert, und sie wollen den Lesern Mut und Lust machen, dasselbe zu tun. Auch Kleinigkeiten haben sie nicht vergessen. So steht unter dem Stichwort »Plastikkleidung«, Hemden, Hosen und Socken aus Synthetik und anderen Chemiefasern, der fürsorgliche Hinweis, darauf zu verzichten, »da unsere Haut nicht atmen kann. Die Folge sind Körpergeruch und Einsamkeit«. Schwierigere Tips, wie zum Beispiel die »Toilettenspülwasserreduzierungsnippelbauanleitung«, sind vom Zeichner »Fuchsi« anschaulich illustriert.

Gute Geschäfte - schlechte Haare

Die Bundesbürger gaben 1982 für Haarwaschmittel 474 Millionen Mark aus. Ob dadurch die Köpfe allerdings schöner werden, ob sprödes und dünnes Haar voll und glänzend, ob fettiges trocken und trockenes geschmeidiger wird, ist höchst fraglich. »Haarprobleme«, wie sie die Shampoo-Werbung zu lösen verspricht, entstehen oft erst durch die Haarwaschmittel.

Viele Shampoos trocknen die Haare zu sehr aus und führen zu einer radikalen Entfettung der Kopfhaut. Die oberen Teile der Kopfhaut sterben ab, es bilden sich Schuppen. Auf das Austrocknen reagiert die Kopfhaut mit einer übermäßigen Fettproduktion, um diesen Mangel auszugleichen. So entsteht dann wieder das fettige Haar.

Über die chemischen Substanzen in den meisten Shampoos schweigen sich die Hersteller aus. Einige Haarshampoos enthalten zum Beispiel den Konservierungsstoff »Formaldehyd«, der in Verdacht steht, Krebs auszulösen. Die Verbraucherzentralen warnen deshalb: »In Langzeitversuchen mit Ratten konnten durch Formaldehyddämpfe mit sehr geringen Konzentrationen Tumore an der Nasenschleimhaut erzeugt werden. Die endgültigen Untersuchungen sind zwar

noch nicht abgeschlossen, aber solange dieses mögliche Krebsrisiko besteht, sollten kosmetische Produkte, in denen Formaldehyd enthalten ist, vorerst nicht angewendet werden.«

Für die Verbraucher ist es schwer, wenn nicht unmöglich, festzustellen, wo Formaldehyd enthalten ist. Denn nur die Verwendung von mehr als 0,2 Prozent des Stoffes muß auf den Packungen angegeben werden. Bei niedrigeren Konzentrationen besteht keine Kennzeichnungspflicht. Shampoos ohne chemische Duft- und Konservierungsstoffe werden zum Beispiel von den Firmen »Weleda«, »Lorien-Goods«, »E. Kunze GmbH«, vom »Bio-Dienst Freudenstadt« und der »Anton Hübner GmbH« hergestellt.

Schwarze Liste

Wer auch nach dem »Fund« der 41 dioxinhaltigen Giftfässer aus Seveso die Produkte des Schweizer Pharma-Konzerns Hoffmann-La Roche boykottieren will (KONKRET 5/83), kann sich eine Liste aller Medikamente dieses Konzerns beim »Gesundheitsladen Berlin e.V.«, Gneisenaustraße 2, 1 Berlin 61, bestellen. Auf 30 Seiten werden auch Alternativpräparate genannt. Das vom »Netzwerk Selbsthilfe Berlin e.V.« finanzierte Boykottverzeichnis kostet vier Mark.

Konkret 07/83, S. 68

Stefan Hinz

Schlechte Zeiten für Seiltänzer

AIDS ist nun auch bei uns: an der heimtückischen Krankheit aus den USA, zunächst nur männlichen Homosexuellen zugeschrieben, sind mehr als 100 Bundesbürger erkrankt, sechs gestorben. Die Ärzte sind ratlos, die Medien nicht. Wenn sich AIDS schon nicht bekämpfen läßt, muß wenigstens auf die vermeintlichen Verursacher eingeprügelt werden.

Alle wollen an die Front. An der Front da wird gestorben, hier im »Front« wird (noch) getanzt. »Let's dance, put on your red shoes and dance the blues ... « Ach Gott, der blues! Niedergeschlagen? - wird hier keiner, ist hier keiner. Alle kommen gerne her. Das »Front«, zur Zeit Hamburgs schärfstes Kellerloch, blau bestrahlt, verstunken-heiß, ist Disco, Sex-contact-machine, zieht alle an, schließt keinen aus. Der Lude und der Lover-boy, Groopie, Groom und Größenwahn, das Geld, die Armut, dancedancedance. Sie alle treffen sich aus freiem Stück und ohne Angst. Die Geschäftsleitung (ein Friseur, kein Altruist) ist homosexuell, die Bedienung ist es, die trillerpfeifenden, schreienden Go-go-boys sind es, und die Klientel ist es (un-) natürlich auch. Doch unter letztere mischt sich, zu einem beträchtlichen Teil, normal gegengeschlechtliches Empfinden, das, mal eben modisch verpuppt, die Nähe sucht zum schwulen Pack, zum Einlaß auf gut zwanzig Schritt auch Schlange steht für diesen Wunsch.

Glaubte man aber dem Medienwald, der mächtig rauscht und dunkel-drohend knarzt im Holz: ihr aller Ende steht schon fest: »Die Homosexuellen-Seuche AIDS, eine tödliche Abwehrschwäche, hat Europa erreicht. Mindestens 100 Deutsche sind bereits erkrankt, sechs in den letzten Wochen gestorben. Die Ärzte sind ratlos, über die Ursache wird nur spekuliert, eine Behandlung gibt es nicht.« So stand es Anfang Juni im »Spiegel«. »Angst essen Seele auf«? - davon ist hier nichts zu spüren. Die Jungs fühlen sich pudelwohl. Die Haut ist heiß, der Schweiß läuft satt hinunter ins Kreuz, und wenn sie dabei doch entseelt wirken, dann nur, weil ihre kultischen Versöhnungstänze mit dem Kapital allein ein stummes, rhythmisches Mitwiegen sind, nicht mehr als eine (immerhin noch) individuelle Reaktion auf ein elektronisches Signal. Bewegung, Ausdruck, Blicke und Gedanken, alles ist berechenbar, und so erscheint es fast als Glück, daß Unberechenbares doch besteht; AIDS, das Acquired Immune Deficiency Syndrome, »die tödliche Seuche«, entzieht sich unserem Zugriff wie ein Fisch der bloßen Hand. Nein, nicht mal durch die Finger flutscht es, riecht nicht, dampft nicht, schweigt und bleibt im Dunkel, irgendwo zwischen Viren, Bakterien und Mensch. AIDS, nur der Name für ein in seiner Entstehung ungeklärtes Krankheitsbild, sollte zunächst GRID heißen, also: Gay Related Immune Deficiency Syndrome, womit der Wirt gefangen wäre in dem Wort, das seiner Krankheit ihren Namen gibt. Aber Medizin und Menschlichkeit stehen eng beisam', und auch die Medien sind redlich bemüht, Stigmatisierung zu vermeiden. So fällt GRID, doch AIDS bleibt dort, wo AIDS entstand: bei den Kinderfressern, Knabenschändern und Analbriganden; die Elenden vom Andern Ufer grüßen schön, ach (?!) sie sind krank. Die Schädlinge am Volkskörper, verdienen sie noch Toleranz?

Da wird gymnasial Camus bemüht (»Die Pest«), kommt ein »apokalyptischer Reiter auf schwarzem Roß über die Menschheit«, ist es sicher, »daß es sich um eine ansteckende Krankheit handelt«, fällt »eine Zeitbombe« in ein Milieu, das »Stern«- und »Spiegel«-Forscher (man assoziiert doch stereotyp) »wie in einem Fellini-Film« entzückt-erschreckt, und trotzdem »müssen (wir) alles tun, daß man die homosexuellen Mitbürger nicht wie die Pestkranken im Mittelalter behandelt«.

Das Erstaunen ist natürlich, die Homos hier im Land sind krank, doch weiterhin »kommt der eine rasch zum andern«, » ... addieren sich die partnerschaftlichen Intimkontakte zu beeindruckenden Zahlen«, die in die Tausende gehen. Das Elend lacht und hat Musik. Diese uns alle, Greise, Kinder, Gattin-Gatte, bedrohende »Lustseuche«, das verzweifelte Bemühen um die »Lösung des Rätsels«, wirft endlich ein klinisch-grelles Licht auf das Operationsfeld der »fröhlich swingenden Homosexuellen«, »ihre Lebensgewohnheiten, vor allem die Sexualpraktiken«, geben Einblick in »Verhältnisse«, die man »vor einigen Monaten auch noch nicht für möglich gehalten« hätte, weil (wie einfach ist das doch!) die deutschen Sexualwissenschaftler bislang verklärt haben, was der Klarheit bedarf, kein Wunder, sie sind »meist selber homosexuell«. Die einseitigen Wissenschaftler »sparen die Details am liebsten aus und beschränken sich auf lobende Wertungen wie 'phantasievoll', 'kreativ' und 'locker', wo es doch in Wirklichkeit allein triebhaft animalisch zugeht und »rumgevögelt (wird) wie bei den Karnickeln«. Tendenziöse Nachlässigkeit und Ignoranz der Sexualforscher sind also »gute Gründe« dafür, daß »nun von Amts wegen bis ins einzelne (!) erforscht werden« wird, was bislang geschont gewesen. Und dabei kommt bestimmt was raus, auch wenn »die Betroffenen (AIDS-Kranken) *leugnen,* homosexuelle Kontakte gehabt zu haben«, man wird die Spreu vom Weizen, den »polygamen Männerfreund« vom monogamen Heterosexuellen schon zu trennen wissen.

Das Bekenntnis zur Toleranz ist zwar, bei einer offensichtlich von »der Seuche« bedrohten Gesellschaft, erstaunlich genug, nur entlarven Terminologie und (bestimmt nicht zufällige) Bildungslücken das Bemühen um Verstehen und Verstand ganz schnell als aufgesetzt und falsch: »Leugnen« kann man nur Strafwürdiges, und wenn Heterosexuelle »leugnen« müssen, homosexuell zu sein, stehen Jäger und Gejagte (wie ehedem) in ihren Rollen fest. Der Vorwurf bewußt gebremster Forschungsarbeit aber, ausgesprochen in Kenntnis oder Unkenntnis einer Fülle akademischen Materials zum Thema, zeigt, daß aufgeklärtes Bewußt sein hier außer acht ist, daß angeprangert wird, wo geprüft werden sollte. Die ohnehin kurze

Phase der Apologetik des Niederen, Häßlichen und Gemeinen, die Aufmerksamkeit gegenüber Randgruppen und Seiltänzern über dem gesellschaftlichen Abgrund, findet ihr Ende. Die individuelle Geschlechtsliebe, bis eben noch als außerhalb der Verantwortlichkeit vor der Gesellschaft stehend zugelassen, wird beschleunigt durch die Multiplikation der Medien, Opfer einer antihumanistischen Propagierung und damit einer moralischen Bewertung unterzogen, die sie zerbricht. Das kleine private Glück, sei es noch so »polymorph-pervers«, gerät zwischen die Walzen, die Blätter drucken und Dossiers.

»Bundesgesundheitsminister Heiner Geißler hat der 'gefährlichen Krankheit' den Kampf angesagt.« Und wie der kämpft, das weiß ein jeder. Der Feind, nicht zwingend nur ein Homosexueller, aber auffällig geworden durch seinen triebhaften Sexualismus, ist erkannt. Damit ist auch die Gefahr gebannt, das steht außer Frage. Der Nachrichtenwert dieser Seuche ist groß, die öffentliche Problematisierung bringt Bewegung, Spannung, Aufregung. Je näher man am Puls der Zeit, desto höher die Auflage.

Konkret 07/83, S. 70

Diedrich Diederichsen

Der W-Faktor

»Bruttosozialprodukt«: Das ironisch gemeinte Lied hat sich als Wende-Schlager durchgesetzt.

Die Musikindustrie lebt von Hits. Hits bringen nicht nur Gewinne, die man willkommen entgegennimmt. Sie sind existentiell notwendig, um die alltägliche Nietenproduktion dieser Industrie zu finanzieren, die sich in letzter Zeit gerne »krisengeschüttelt« nennen läßt. Hits sind aber nicht, wie es eine naive Medienmanipulationstheorie gerne glauben will, planbar, konstruierbar, absehbar. Mit den Hits ist es wie mit der Subversion: Man weiß nie, wann und von wo sie kommen (die Hits, die Subversion).

Jetzt kam ein Hit aus einer Ecke, aus der zu kommen für Hits anscheinend zur Mode wird: aus der unverfälschten, ungetrübten links-alternativen Jugendzentrumsszene. Irgendwie langhaarig (oder auch nicht), irgendwie bärtig (oder auch nicht), irgendwie irgendwo irgendwie.

Klar, daß auch in diesen Zonen musiziert wird. Nach wie vor bodennah, menschlich, bürgernah, gemütlich und mitmenschlich. Das ebenso oft böse wie geniale Spiel des Pop wird hier nicht gespielt, hier zählt noch der Mensch, auch wenn inzwischen an Stelle von Springsteen-, Dylan-, Stones- oder Blues-Remakes vorsichtig modernisierte Klänge produziert werden. Es bliebe nicht erwähnenswert, wenn nicht aus dieser Welt jetzt ein Nummer-Eins-Erfolg gekommen wäre, der die Nation eint: »Bruttosozialprodukt«. Das ist ein bereits sechs Jahre altes Lied, aber es paßt so perfekt zur Wende, weil es vorgibt, die im Zeichen des Kohls wiederbelebte Wirtschaftswunder-Arbeitshaltung zu persiflieren, vom Ort des anständigen verschlufften Nichtsoverbissensehers aus.

Jedenfalls passierte folgendes: ZACK! BOING! NUMMER EINS!

Was sich jetzt im Nachhinein auch ganz gut erklären läßt: »Bruttosozialprodukt« hat exakt den leicht verschunkelten mit Reggae angereicherten Drive, die leicht zu merkenden Verse, die auch eine »Polonäse Blankenese« und andere Widerwärtigkeiten die Gunst tumb-ausgelassener Deutscher gewinnen ließen. Dazu kommt die seltsame Vorliebe für denaturierten Reggae (»By The Rivers Of Valium«) und andere karibische Pop-Musiken; eine seltsame Disposition im deutschen Volkscharakter, die aus dem Reggae das vermeintlich Schlappe, Verschleppte herausdestilliert (die Deutschen sind, auch wenn sie ausgelassen sind, immer etwas schlapp) und mit einer Prise karibischer Träume anreichert (freilich nicht auf dem Niveau auch noch der schlechtesten Langnese-Kreation, sondern eher Karibik als etwas weiter entfernt gelegene und von noch dunkelhäutigeren Einwohnern besiedelte Zweitbalearen).

Aber erst der W-Faktor (der Wende-Faktor) machte »Bruttosozialprodukt« zum Superhit und zum Gegenstand von Diskussionen, die schließlich auch eine Zeitschrift wie diese animierten, einen wie mich (um es mit Beckenbauer zu sagen) zu beauftragen, über das Phänomen »Bruttosozialprodukt« zu räsonieren. Folgende Idee rumort neuerdings in den Köpfen der Schlauberger: *Geier Sturz*flug sind zwar Linke und haben die Absicht, einen zu beklagenden Tatbestand ironisch zu kommentieren. Der dumme Arbeiter, der den Refrain »Jetzt wird wieder in die Hände gespuckt« aber gerade in der Werkshalle hört, begreift die Ironie nicht und schwooft, mit vor lauter Spucke triefenden Pranken das Arbeitstempo erhöhend, zum Schunkelreggae und versteht das Lied ganz direkt als rechten, prokapitalistischen, den Aufschwung feiernden Song.

Ich sage, der Arbeiter ist gar nicht so dumm. Er weigert sich einfach, die blöde Technik der Ironie bei offensichtlichen Dingen noch zu akzeptieren.

Oder er ist blöde, weil er auf diese Sorte Versaneinanderreihung plus Populärreggae in dieser Unkultur konditioniert wurde. Und *Sturzflug* erklären mir nun, daß sie die Massen erreichen wollen und sich dafür auch ihrer Sprache bedienen müssen. »Dem Volk aufs Maul schauen«, zitieren sie Dietrich Kittner wie der Luther zitiert.

»Bruttosozialprodukt« besteht aus Sprüchen. »Sprüche« sind dem angeblich »wirklichen« Sprechen von Jugendlichen sich annähernde Verslein und Reimchen, die vor gut zehn Jahren von Udo Lindenberg entwickelt wurden. »Sprüche« sind ihrem Wesen nach von zwei Arten von Zwang gekennzeichnet: sie wollen unbedingt aufklären, und sie wollen unbedingt zum Lachen bringen. Witzig sind sie selten, und das andere ist meistens »Aufklärung, komm raus du bist umzingelt!« Ihre schlimmste Eigenschaft aber ist Anbiederung an das, was alte Männer für Slang, Straßensprache oder sowas halten. Die Suche nach dem verlorenen Volk.

»Bruttosozialprodukt« will die Wende ironisieren und macht sich durch seine volkstümelnde Attitüde, die sich, was die Vorliebe für die Ausdrucksweise des vielgeliebten sogenannten Volkes betrifft, wenig von der Rede des hinlänglich beschriebenen, wenig ersprießlichen Bundeskanzlers unterscheidet, zum Komplizen dieser Wende. Das Gewissen will sich versichern, daß man nicht einfach nur als flott empfundenen Vulgär-Reggae aus Spaß an der Freude und fürs Straßenfest spiele, sondern darüber hinaus an dem edlen jahrhundertealten Vorhaben der Volkserziehung beteiligt ist.

Das Kernstück ist zweifelsohne »Halli Galli«: *»heute nacht kommen wir durch dein radio / wenn du alleine zuhause bist / wir haben für dich diesen hit arrangiert, damit du deine sorgen vergißt / fürs gemüt ham wir liebe, triebe, herz und schmerz und schmalz / rockn roll für den kreislauf, hustelinchen für den hals«.* »Und fürs schlaflose durch innere Provinzen vagabundierende Bewußtsein die kritische Ironie«, ist man versucht hinzuzufügen. *Sturzflug* wollen ein subversives Stück durch den Äther jagen, das gleichzeitig Populärkunst ist und Populärkunst entlarven soll. Da aber auch diese Gruppe vom Plattenverkauf leben muß (und will, sonst wäre sie kaum vom kleinen linken Trikont-Vertrieb zu Ariola, der verführerischen Bertelsmann-Tochter, gewechselt), schlägt das Gehirn des Aufzuklärenden Blasen, wenn es den Winkelzügen der (Selbst)entlarvung folgen will. Da sitzt er dann, der Konsument und zupft an einem Gänseblümchen: Ware oder Aufklärung. Das letzt Blütenblatt bleibt stehen und sagt »Ware«.

Der neue Hit heißt »Besuchen Sie Europa, solange es noch steht«. Wieder mit diesem unerträglich deutlichen anbiedernden Humor alternativer Stadtzeitschriften gesegnet, malt er in lockeren Sprüchen den Holocaust aus. Und wieder verstehe ich nur »Polonäse Blankenese«. Was soll ich auch sonst verstehen? Daß ein atomarer Holocaust beklagenswert sei? Ein interessanter Standpunkt, gewiß.

Dabei ist überhaupt nichts gegen Hits einzuwenden. Einige meiner besten Freunde sind Hits. Aber wer sich der Ausdrucksweise deutscher Bierseligkeit, teutonischer Gemütlichkeit bedient, begibt sich auch in deren Tradition. Deutsche Volkstümelei, ob sie nun ein linkes Gewissen, einer schweren Eisenkugel gleich, hinter sich herschleppt, oder ob sie sich geradlinig dem ihr innewohnenden faschistischen Drive hingibt (wie besagte Polonäse, diese menschenverachtende Scheiße. Um auch mal moralisch zu werden), sie bleibt die alles nivellierende trübe Dunstglocke eines feisten Sich-Wohl-Fühlens, die das Gegenteil von Kampf, ja schon von Auseinandersetzung ist.

Kunst hat ihre eigenen Gesetze, und oft ist es wichtiger davon etwas zu verstehen, als jeden Tag dreimal kräftig gegen die Nachrüstung zu fluchen.

Nehmen wir zum Beispiel den Titel eines hervorragenden britischen Anti-Nachrüstungs-Songs, und jeder weiß, wie man es machen könnte: »We Don't Need this Fascist Groove Thang«.

Konkret 07/83, S. 71

Sabine Bredy

Plattentips

Sekt oder Selters - tanz oder stirb. Leicht wird die Wahl, hört man die neue Maxi-Single der englischen Band **»New Order«.** Die verbreitete früher unter dem Namen »Joy Division« finster-prickelnde Suizid-Stimmung - bis Sanger Ian Curtis derselben erlag. »New Order« verärgert alte Fans jetzt mit einer harmonisch und rhythmisch perfekten Tanznummer: »Blue Monday«. Synthie-Pop der guten Sorte (Rough Trade/Import).

Ebenfalls des Mordens und der Depression überdrüssig sind der schwarze New Yorker Discjockey Africaa Bambaataa und seine **»Soul Sonic Force«**. Einer Mär zufolge soll Bambaataa früher als Anführer einer Streetgang in der Bronx für Schrecken und Ärger gesorgt haben. Bis die weiblichen Gang-Mitglieder den Clubtreffen fernblieben. Da besann er sich auf einen lustvolleren Weg des Aufbegehrens. Ergebnis: »The perfect beat«, eine HeavyFunk-Rop-LP, die trotz Rhythmusmaschine und Synthesizer kraftvoll und rauh dokumentiert, daß schwarze Musiker der stagnierenden und ausgebluteten Popszene mal wieder auf die Sprünge helfen müssen. Anspieltips: »The Planet Rock«, »Looking for the perfect Beat«.

Einen Wermutstropfen ins Tanzvergnügen produziert der ungekrönte Rap-König **Grandmaster Flash** auf seiner neuen Maxi-Single »New York, New York«. Der zündende rhythmische Sprechgesang kündet von allerlei Großstadtgreueln, von Armen und Reichen, Gerechten und Ungerechten, Bullen und Pennern, Müttern, Mördern und Verrückten. »New York, New York, big city of dreams ... « Merke: kritische Texte müssen nicht unbedingt von dröger, hausbackener Musik verdorben werden.

»Japan« nennt sich eine bis dato sträflich unterbewertete Gruppe der Sparte »zeitlose, geniale Musik«. Vier Briten und ein Japaner brachten jetzt ein Live-Doppelalbum heraus, das mehr als sein Geld wert ist. Der Gesang klingt nach einem melancholisch mutierten Bryan Ferry, musikalisch präsentiert sich »Oil on Canvas«, so der Titel, im mal fernöstlich, mal jazzig angehauchten New-Romantic-Sound (Virgin/ Ariola).

Daß die unabhängigen Kleinlabels trotz aller Unkenrufe nicht tot sind, beweist das neueste Produkt des Hamburger Neue-Musik-»Papstes« Alfred Hilsberg. Der hat, ungeachtet aller Finanznöte und empfindlicher Renommeeverluste, auf seinem alternativen »ZickZack«-Label einen aktuellen Sampler herausgebracht: **»Wunder gibt es immer wieder«**. Zu hören ist ein Querschnitt durch die unabhängige deutsche Musikszene, Hamburger Lokalstars sind in der Überzahl. Musikalisch ist von Swing bis Elektronik, von Experimentellerem bis Pop alles mögliche vertreten, was für die ganz große Vermarkte nicht doof genug ist (ZickZack).

Konkret 07/83, S. 71

Kai Hermann

VolksMusik

Zehn Jahre nach seiner Ermordung erscheint bei uns eine Kassette des chilenischen Sängers Victor Jara.

Er stand mit der Gitarre auf einer schnell zusammengezimmerten Bühne. Vor ihm einige Tausend aus der elenden Vorstadt am Rande Santiagos. Er sang, sie klatschten den Rhythmus, blieben sehr still und jubelten.

Es war wenige Tage vor dem Putsch in Chile. Gewalt war in der Luft, Angst, Faschismus. Victor Jara ging vom frühen Morgen an auf Tournee mit seiner Gitarre, durch die Elendsviertel. Seine Lieder nahmen etwas von der Furcht, gaben Hoffnung und die Zuversicht, daß nichts umsonst gewesen war

Sie nannten ihn den Größten des »neuen lateinamerikanischen Liedes«. Er war ein genialer Theater-Regisseur, Schauspieler, Universitätsprofessor und Revolutionär. Der Sohn eines Landarbeiters und einer Wäscherin, aufgewachsen zwischen Mestizen und Kreolen, verband in seinen Liedern ohne artifizielle Anstrengung indianische und spanische Tradition. Für den ehemaligen Schüler eines Priesterseminars waren Religiosität und Marxismus kein Widerspruch. » Gerechtigkeit auf Erden« fordern seine Lieder vom »Gebet eines Landarbeiters« bis zum berühmten »Venceremos«. In ihnen ist Verzweiflung über das Unrecht und Optimismus. Sie verlangen Liebe und Entschlossenheit gegen die Unterdrücker. Sie haben die Stärke beherrschter Emotionalität. In diesen Liedern ist - mir fällt kein originelleres Wort ein - ungeheuer viel Menschlichkeit.

Victor Jara war Führer einer Kulturrevolution gegen die koloniale Bewußtseinsindustrie des nördlichen Amerika. Er setzte zusammen mit anderen chilenische Lieder gegen die »internationalen« Hitparaden. Er wurde kein Star, sondern ein Volksheld.

Der »pläne«-Verlag hat jetzt acht Langspielplatten in einem Album gesammelt. Es ist nahezu das Gesamtwerk, denn Victor Jara hatte kaum zehn Jahre Zeit zum Texten, Komponieren und Singen. Am 11. September 1973, dem Tag des Putsches, holten sie ihn aus der Universität. Dieser Faschismus der hirnlos-brutalen Generäle und der clever-liberalen Chicago-Boys mit ihrer Konzern-Klientel haßte und fürchtete kaum jemanden mehr als diesen Landarbeitersohn. Sie brachen ihm zunächst die Hände, damit er nicht doch noch einmal die Gitarre als Waffe gegen sie benutzen könnte. Im Stadion von Santiago machte er seine letzten Lieder und sang sie mit den Gefangenen. Verstümmelt von den Folterern stimmte er noch einmal »Venceremos« an. Dann durchlöcherten sie ihn in irrer Wut mit Maschinenpistolen-Salven, am 15. September 1973.

Seine Liedtexte, Noten und Schallplatten wurden verboten, verbrannt. Aus dem Bewußtsein der Chilenen waren sie nicht zu löschen. Die Lieder Victor Jaras werden in Chile sehr laut gesungen vor dem 10. Jahrestag des Pinochet-Putsches.

»Victor Jara«, Album mit acht Platten, pläneVerlag, 68,60 Mark

Konkret 07/83, S. 72

Tommaso di Cia□ la

Das Meer macht alles □ ieder g□ t

D□ rch sein B□ ch □ Der Fabrikaffe □ nd die B□ □ me□ □ □ rde der italienische Arbeiter Tommaso di Cia□ la a□ ch bei □ ns Weil er nicht l□ nger □ Fabrikaffe□ sein □ ollte, fing di Cia□ la an, sich mit dem Schreiben □ □ □ ehren: gegen die entfremde □ nd gegen die Zerst□ r□ ng seiner Heimat. F□ r KONKRET beschreibt er sein Ap□ lien.

Mein Onkel hatte ein Stück Land. Wenige Kilometer vom Dorf entfernt. Direkt am Meer. Ein Grundstück, ganz und gar voll Gemüse, und ringsherum ein paar Obstbäume. Zur Ernte zogen alle miteinander aufs Land. Die ganze Familie: alt und jung, Frau und Mann. Gemeinsam arbeitete es sich gut. Lebhaft in den Farben und wohlriechend war das Obst. Das verschaffte Befriedigung und machte die Arbeit ein bißchen leichter. (Seit das Familienoberhaupt allein übriggeblieben ist, um das Land zu bestellen, ist die italienische Wirtschaft immer mehr auf den Hund gekommen. Es gab eine Zeit, da wurden - kaum hatte der Hahn im Morgengrauen gekräht - alle Familienangehörigen auf ein Fuhrwerk verladen, und los ging's aufs Land. Alle mußten mit anpacken.) So verging der Tag mit Arbeit, und man hörte erst auf damit, wenn die Sonne sich schlafen legte, jenseits des Horizonts unterging, rot wie ein Dotter im Ei.

Dann, allein in der Abendstille (ein langer Heimweg mit Körben und Rufen im rötlichen Staub), konnte man, wenn man die Ohren spitzte, die zauberische Nähe des Meeres spüren.

Tagsüber, solange man arbeitete, war das Meer für uns so gut wie nicht da. Nichts als eine hübsche Schmucktapete im Hintergrund, mehr nicht. Es zum Baden zu benutzen, galt als Luxus. Greifbar nah und einladend war es; aber uns blieb es gleichgültig, solange wir mit verschwitzten Gesichtern im Gemüse steckten. Nur die Jüngsten durften sich von der Arbeit erholen und an den Strand. Sie sammelten flache Kieselsteine und ließen sie über die Wasseroberfläche springen. Wenn sie in der Ferne einen alten Kahn vorbeiziehen sahen, stießen sie Hurras und Freudenschreie aus.

Wir haben unser Land nie richtig zu würdigen gewußt. Unsere Landschaften. Es hat immer zuviel Elend gegeben. Hungersnot, Dürre, Tyrannei, Kriege - und die Münder brauchten immer eher etwas zu essen, als daß ihnen danach war, über eine schöne Landschaft Schreie des Entzückens auszustoßen.

Nach vielen Jahren hat man begriffen, daß uns Naturschönheit auch zu essen und zu leben geben konnte. In den fünfziger Jahren brachte der Boom der Industrialisierung einen bescheidenen Wohlstand (der, wie wir später feststellen mußten, höchst vergänglich sein sollte; denn der ganze Aufwand an Arbeit und an erarbeitetem Reichtum brachte keine ernsthafte, politische, wirtschaftliche oder kulturelle Planung in Gang, sondern nur Verschwendung, Verschwendung und nochmal Verschwendung!). Wie auch immer: damals entdeckte man die Ferien. Die ersten, die den natürlichen Reichtum des Südens zu schätzen wußten, waren die Norditaliener und die Europäer.

Es wird erzählt, daß vor hundert Jahren ein Mann aus Dresden, ein Apulienliebhaber, zu Fuß bis nach hier unten runter gewandert ist. Uns Einheimische hat diese Bewegung nur verstört - oder amüsiert. All diese fremden Leute, die sich an unseren Küsten niederließen. Leute, die fremde Gewohnheiten hatten, die eine fremde Sprache sprachen, die betrunken und ungeniert badeten und alles fotografierten, was ihnen unter die Augen kam.

Die Einheimischen gingen den entgegengesetzten Weg: Der Not gehorchend mußten sie in die Fabriken und Werften des Nordens. Zurück ließen sie ein Stück Natur, zauberisch und betörend - und hart; denn es fehlte an jeder Art Erschließung. Vor allem mangelte es an Wasser (Gerade jetzt sind wir wieder sehr knapp damit). Trotzdem ging es mit dem Süden bergauf.

Ins eigene Land kam man dann erst nach vielen Jahren als Tourist zurück, für ein paar Wochen; und dann ging's wieder weg in den Norden, nach Amerika, überall hin - wie die Zigeuner. Manchmal schaffen sich die Auswanderer mit ihren Ersparnissen das wichtigste Gut: das Haus. Eine behagliche Unterkunft auf dem Land. Nur, daß dabei augenblicklich alles drunter und drüber geht: Ohne Pläne irgendwelcher Liegenschaftsverwaltungen, ohne wirksame Rechtsvorschriften wird überall drauflosgebaut. Ohne Verstand. Man baut direkt auf den Sand, da wo die Wellen sich brechen, oder auf den antiken Gräberfeldern einer jahrtausendealten verschwundenen Kultur. Es gibt Häuser, die, rechtswidrig gebaut, langsam ins Meer rutschen, Häuser, die - halbfertig - sich selbst überlassen werden, weil die Mittel zur Fertigstellung fehlen.

An den Küsten sind neue Ortschaften entstanden. Ganz modern, aber planlos. Protzige Häuser mit drei Stockwerken, aber ohne Wasser- und Stromanschluß. Auch luxuriöse Villen; aber die Straßen, die zu ihnen führen, sind höchstens mit Steinsplitt oder Schotter bestreut, verschlammt oder voller Schlaglöcher, so als sei der Krieg durch sie hindurchgegangen. Drehst du dann aber mal um eine Hausecke, hast du das Meer vor Augen. Ein weites Meer, duftend und paradiesisch. Und schon vergißt du alles und möchtest vor Lust vergehen. Ein unversehrtes Meer, an dem die Zeit vorübergegangen ist. Das Meer macht alles wieder gut. Dabei sind Räuber mit verbrannten Gesichtern über diese Küsten weggezogen. Dies Land war Schauplatz von Invasionen und Plünderungen. Aber es ist auch ein sehr sanftes und geduldiges Land, das vergißt und verzeiht. Es ist das Meer, das Meer und nochmal das Meer, das alles beherrscht. Alles kontrolliert. Unerschrocken schaut es

allen ins Gesicht. Ob einer vom Land her kommt oder von der offenen See her. Das Meer allein entscheidet, wer landet. Wer sein Vetrauen verdient. Sonst wird es zornig, und die Wogen bäumen sich drohend auf. Schaum wächst in ihnen, und die Wasser verändern ihre Farbe in ein finsteres Blau; werden fürchterlich und schier allmächtig. Und die Gewalt der Brandung gräbt Abgründe in die Felsen, geheimnisvoll tiefe Grotten.

Apulien hat kein bedeutendes Gebirge. Die Ebene herrscht vor mit Zitronen-, Oliven- und Mandelplantagen und Weinbergen, unterbrochen von kleinen sanften Gärten. Gärten voller farbenprächtiger Gerüche -. violette Auberginen, feuerrote Tomaten, zartes tiefgrünes Gemüse. Hier reift alles unter der strahlenden Sonne. Sogar das Gestein scheint zu blühen. Es ist ein Land, bebaut von abertausend Bauern, die alle so dicht beieinander wohnen, daß du mit deinem Freund aus dem Nachbarort reden kannst, wenn du ihm nur aus vollem Hals vom Kirchturm oder von deinem Balkon aus zuschreist!

Kleine Ortschaften wie aus Märchen. Kleine weiße Würfel. Oder die berühmten »Trulli« aus Stein mit ihren kegelförmigen Kuppeln. Leute, die schwere Arbeit gewöhnt sind, wohnen drin. Leute, die ihre Häuser mit großer Einfachheit und Poesie zu verschönern wissen, mit blühenden Balkons und unwahrscheinlich schönen lebhaften Geranien, mit den stark duftenden Nelken, mit Minze und Basilikum. Sie pflanzen sich den Wein vor die Häuser, und er wuchert die Mauer empor und trägt die süßen Trauben bis auf den Balkon. Draußen auf der Ebene pflücken sie das Obst, vorsichtig, Stück für Stück, mit der Geduld von Ameisen, indes sich in der Ferne am Horizont die alten Gehöfte abzeichnen, gut befestigt, weil sie sich vor Barbareneinfällen und Straßenräubern immer haben schützen müssen. Mächtige, sich selbst versorgende Anlagen insgesamt: mit den höhergelegenen Zimmern für den Padrone und seine Familie, und unten die Gesindestuben, die Ställe, die Vorratskammer und die Küche. Sogar eine Kapelle gibt es, wo die Leute sonntags früher die Messe hören konnten. Und zwar alle zusammen diesmal, Herrschaft und Gesinde. Nur, daß die Familie der Padrone ganz nah am Altar saß, in weißen und peinlich sauberen Anzügen.

Aber es sind nicht nur die Gehöfte, Kirchen und Burgen, von denen ich sprechen will. Eine Kleinigkeit verglichen mit all den Wundern: die Kunst des Essens. Die bäuerliche Küche, die Kunst mit ärmlichen Mitteln sehr typische und schmackhafte Gerichte zuzubereiten. Eine Küche, bei der nichts verschleudert wird. Alles wird wiederverwendet. Vom getöteten Tier wird nichts weggeworfen. Ich spreche hier vom Schwein. Dem Schwein hier im Süden sollte man ein Denkmal setzen. In der Morgenkälte eines Wintertags fällt sein Tod mit Leben und Glück der Familie zusammen. In dem Moment, wo das Messer mit Präzision in sein Herz fährt und ein Blutstrahl herauskommt, wird das Haus reich, sehr reich. Von nun an herrscht Licht im Haus seines Besitzers. Die Räume werden angefüllt sein mit den Schwarten des Tiers, mit seinem Fleisch; vom Dachboden werden köstliche Würste gleich Phallussymbolen hängen, das Fett wird aufbewahrt und für Soßen verwendet, weil es an Öl fehlt.

Aus derselben Philosophie heraus, nichts wegzuwerfen, hat man die »Ghiumireddi« (Rouladen) erfunden, leckere Häppchen aus Kalbfleisch, hergestellt aus Leber, Milz, Herz und Lunge des Tieres und fest zugebunden mit den Innereien.

Und dann, um den einfachen Geschmack von einer Scheibe Brot vergessen zu machen, würzt man es mit einem Schuß Öl, einer Prise Salz, Oregano und einer feuerroten Tomate.

Und die kräftigen, starken Weine nicht zu vergessen, die 18 Grad erreichen. Kraftvolle Weine, die, dickflüssig, auf Gläsern und Tischdecken untilgbare Spuren hinterlassen. Dionysische, göttliche Weine. Weine, die man kräftig durch den Bart einsaugen muß, damit man nicht den Verstand verliert, noch bevor der letzte Tropfen getrunken ist.

Es ist ein magisches Land, hier, wo noch die Werwölfe in Vollmondnächten heulen, wo die Hexen Liebestränke zubereiten und die Stiche der Tarantel die Leute verrückt und rasend machen. Anfangs werden sie von Gefühllosigkeit und Atemnot befallen; aber kaum hören sie den Klang einer Drehorgel oder eines Tambourins, packt sie der ungezügelte Drang zu tanzen. Ein irrsinniger Tanz, der Stunden über Stunden dauert, ohne daß die »Tarantelisierten« von der geringsten Müdigkeit befallen werden. Sie springen und tanzen, haben Schaum vor dem Mund und sind von animalischer Gelenkigkeit, wenn sie sich winden und drehen um ein Möbelstück, um einen Stuhl, wie eine Schlange.

Fantastisches Land im Süden, mit seinen kleinen Dörfern, wo nach dem Volksglauben die allerschönsten Kirchtürme und die anmutigen Brücken im Lauf einer Nacht, einer einzigen Nacht! entstanden sind. Erbaut, wer weiß von welchem Gott auf Erden.

Das ist Apulien, der Süden, ein Land aus unendlich vielen kleinen Dörfern, Dörfern aus kleinen weißgekalkten Häusern, die an den schnurgeraden Straßen wie an Spinnenweben hängen, das Ganze überragt auf ernste Weise von alten Burgen , moaikgeschmückten romanischen Kirchen und alten Palazzi voller Legenden von Schießpulver, Fledermäusen und Gespenstern.

Aber diese ganze Kultur neigt sich dem Ende zu. Die Anstrengungen und die Kultur der Bauern, die Weisheit und die Arbeit der Alten werden von den Jungen nicht mehr begriffen. Die Jungen wollen qualifizierte Arbeiten, Büroarbeiten. Keiner will sich die Hände schmutzig machen oder schwielig arbeiten. Warum auch? Heute gibt es die Elektronik, Roboter. Aber die Natur will nicht in Vergessenheit geraten. Man kommt ohne sie nicht aus. Und in Italien, gerade hier im Süden,

dürfen wir sie nicht aufgeben. In seinem Blut leben die weiten blühenden Täler, die duftenden Wälder mit ihren so sanften Tieren, die Tänze des Frühlings, die Flüsse der Liebe, die Wildbäche der Küsse und all die großen Geschichten von Freundschaft und Frieden, mit der die Natur auf uns wartet.

Übersetzung von Joachim Bloch und Hermann Peter Piwitt

Konkret 07/83, S. 78

Hermann Peter Piwitt

Mit dem ganzen Körper

Hermann Peter Piwitt über den apulischen Bauernsohn, Fabrikarbeiter und Dichter Tommaso di Ciaula.

Er ist eine ziemlich einmalige Erscheinung. Nicht nur in Italien. Seine Bücher sind mittlerweile in eine Reihe von europäischen Sprachen übersetzt. Aber, nach meinen letzten Informationen, dreht er in seiner Fabrik immer noch Bolzen.

Tommaso di Ciaula ist Fabrikarbeiter; ein »Grüner«, wenn auch nur bedingt im Sinn unserer »Grünen«. Nach deren verbreiteter Gesellschaftsanalyse stehen sich - wenn ich sie richtig verstanden habe - in unseren Industriegesellschaften »unterprivilegierte« Gruppen auf der einen Seite und die schweigende Mehrheit mit ihren Häuptlingen auf der andern gegenüber. Außerdem gibt es die bekannten Widersprüche zwischen den Gruppen. Also wahre Liebe letztlich nur in der Gruppe selbst.

Das mag fürs vorläufige Überleben leidlich richtig gesehen sein. Di Ciaula dagegen erfährt tagtäglich in der Fabrik am eigenen Leib, daß die Gesellschaft nicht aus Gruppen, sondern aus Klassen besteht. Und so hätte er wohl auch kaum etwas dagegen, Kommunist genannt zu werden. Wenn auch nur bedingt im Sinne der KPI. Denn: »Weder die KPI noch die Gewerkschaften haben jemals den Mut gehabt, uns zu sagen, was für komische Arbeiter wir sind... Wären wir nur Arbeiter! Aber wir haben einfach nicht das Recht, uns Arbeiter zu nennen; wären wir nur Handwerker, aber wir verstehen uns ja auf kein Handwerk, wir sind nichts als Affen, Roboter, Automaten! «

Eine der Konsequenzen, die di Ciaula daraus zieht: Er fährt mit dem Fahrrad im Land herum und schreibt auf, was ihm Bauern und Handwerker von ihren alten Künsten und Fertigkeiten erzählen. Vom Schustern, Scherenschleifen, Radmachen und Leiterbauen ist die Rede. Vom »Kommunikationszentrum« Barbier. Von Feuerwerkern und Festen. Vom Brotbacken, Stuhlflechten und Tomateneinkochen und all den andern notwendigen, weil »notabwendenden« Tätigkeiten der italienischen Bauernkultur, die am Verschwinden ist auch und gerade im Bewußtsein derer, deren Heimat sie einmal war: der Industriearbeiter wie Tommaso di Ciaula.

Di Ciaulas Trauer um den Verlust ist so groß wie seine Wut. auf die, die für beides mitverantwortlich sind: für die Zerstörung des Alten und für die Unerträglichkeit des Neuen. Bau und Bodenspekulanten verheeren das Land und die Küsten. Und die Unternehmer spielen mit den Arbeitern Katz und Maus: »Einer macht zu, der andere auf, der nächste macht halb auf, und wieder einer macht halb zu, einer taucht unter, der andere auf«, je nachdem, ob es Subventionen abzukassieren gibt oder nicht. »In den Fabriken krepieren wir... da machen sie Idioten aus uns... und die wollen sie dann auch noch schließen, grad so, als ob wir dort im Paradies wären!« Di Ciaulas Vorschlag: »Milliarden von Kubikmetern Beton in die Luft jagen, von den Säuberungsaktionen unter den Menschen mal abgesehen! Da reichten sämtliche Gefängnisse des Landes nicht aus, man müßte Schulen, Gemeindeämter und Kindergärten dafür räumen!« Und gemaßregelt antwortet er: »Meine Fresse, wenn ich am Arbeitsplatz nicht politisieren soll, wo denn sonst?«

Nur: in den rechtswidrig gebauten Wohnblocks, die er in die Luft gejagt sehen möchte, wohnen mittlerweile auch die Kollegen! Und kommen sich hochherrschaftlich vor, wenn sie auf ihren winzigen Balkons, von denen alle Augenblicke mal einer unterm Hintern parterre geht, grillen können. Es ist, neben den Verletzungen durch die Maschine, neben Zeitnehmern und dem Akkord im 'stählernen Labyrinth' der Fabrik, vielleicht di Ciaulas schmerzlichste Erfahrung: daß nämlich »die Bourgeoisie zu imitieren die einzige Revolution ist, die wir geschafft haben. Mit dem Unterschied, daß sie die Mittel hat und wir nicht«.

Was setzt di Ciaula dagegen? Den Selbstversuch eines haushälterischen anderen Lebens - und seine Bücher: »Der Fabrikaffe und die Bäume« und »Das Bittere und das Süße«. Es sind die Bücher eines Mannes, dem die Lohnarbeit wenig Zeit zum Schreiben läßt. Momentaufnahmen auf Zetteln, Erinnerungsfetzen, Notate vom Ärger im Betrieb oder Zuhause, Tagträume, festgehalten in der Mittagspause, nach Feierabend, an einem Sonntag. Und doch als Bücher schöne Werkstücke, wie er sie am Arbeitsplatz selbst nicht herstellen darf. Nicht nur der Goldglanz der Vergangenheit liegt auf der Kindheit im Dorf, so wie er sie schildert. Von Festen ebenso wie von Prügeln erzählt er. Und von der heiklen und versteckten Sexualität auf dem Land, wenn sie sich ihr Recht verschafft, an einem Zaun, in einer Strohmiete, in einem Bett zwischen Eltern, an deren Seite sich das Kind schlafend stellen muß, in verschwiegenen Affären zwischen Alten.

Dennoch: Was für eine Lebensfülle! Ob Scheiße, Sperma, Feigen, Trauben oder Granatäpfel, Wiesen oder Sauerteig - hier duftet und blüht alles aufregend und fröhlich durcheinander, Zeugnis ablegend für ein anderes mögliches Leben, in dem der Umgang mit der Natur über den *Ge*brauch statt über den *Ver*brauch läuft und schweißtreibende Freude bereitet, etwas unter den Händen wachsen zu sehen, sei es ein Weinstock oder ein Werkstück. Blinzelnd und raunzend, zwischen Wehmut und Zorn, besteht di Ciaula darauf, daß Leben nicht länger nur in der Freizeit steckt und der Sinn der Arbeit nicht länger nur in den Freizeitartikeln, die für sie entschädigen: »Ich habe gesehen, wie ein alter Arbeiter aus Gravina di Puglia, der als ungehobelter Bursche gilt, weil er fünfzehn Jahre vorher noch Bauer und Schafhirte war, aus Ulmen und Olivenzweigen

einen großen Korb flocht. Ich bin zu ihm hingegangen und habe wie gebannt auf seine Hände geschaut, die die eines Meisters geworden waren und flink und behend den Korb vor meinen Augen entstehen ließen. Wenn ich Handwerk von diesem Niveau sehe, fühle ich mich ganz überflüssig und verloren.«

Di Ciaulas Welt ist nicht heil, auch die erträumte oder erinnerte nicht; aber seine Wahrheit noch (oder schon wieder) ganz: rot und grün. Er erfindet keine Menschen, Bilder und Geschichten. Und doch hat er sonst alles, was einen Dichter ausmacht: Universalität im Detail. Er schreibt nicht als Angehöriger einer Gruppe für diese Gruppe. So wird er dem gerecht, was Sartre einmal übers Schreiben gesagt hat: »Wenn Literatur nicht alles ist, ist sie nicht der Mühe wert ... Wenn jeder niedergeschriebene Satz nicht auf allen Ebenen des Menschen und der Gesellschaft wiederklingt, bedeutet er nichts.«

Er schreibt weder bloß mit dem Kopf noch aus dem Bauch, des Campus' neuester Kopfgeburt; sondern so wie Dichter halt arbeiten und er selbst auch leben möchte: mit dem ganzen Körper.

Konkret 07/83, S. 80

Oliver Tolmein

Film

Krüppels Traum

»Der Zappler« zeigt, daß ein Film zum Thema »Behinderte« keine Aktion Sorgenkind sein muß.

Der Zappler heißt mit bürgerlichem Namen Stefan, ist zwölf Jahre alt und überhaupt nicht dankbar, er lebt auch nicht glücklich in einem Behindertengetto und wehrt sich gegen jede Art von Mitleid, das ihm von unbefugter Seite so gern und so häufig bezeugt wird.

Stefan versucht nach einem Umzug mit den Nachbarskindern in seiner neuen Umgebung Kontakt zu bekommen, hat dabei aber wenig Erfolg: wegen seiner spastischen Zuckungen wird er »Zappler« getauft und als Vollidiot abgestempelt, »der kann ja noch nicht mal richtig reden«. Aber Stefan bleibt stur, immer wieder spricht er die Clique an, versucht mit ihr ins Freibad zu fahren und verleiht sogar seinen Rollstuhl. Jetzt kommen die anderen wenigstens ab und zu in den Garten, in dem Stefan nachmittags stundenlang in der Sonne steht. Ein Arzt eröffnet Stefan, daß eine Operation die spastischen Krämpfe möglicherweise beseitigen könnte. Es folgt ein mehrtägiger Krankenhausaufenthalt: zur Untersuchung wird Stefan ohne eine Erklärung durch lange düstere Gänge geschoben, von einem Zimmer ins nächste, wird abgetastet, abgehört, ausgefragt.

Ergebnisse aus den Untersuchungen werden ihm nicht mitgeteilt, nur durch ein zufällig belauschtes Gespräch erfährt er, daß auch die geplante Operation keine Aussicht auf Erfolg haben wird. Stefan beschließt abzuhauen. Aus dem Wagenpark des Krankenhauses, in den er nachts hingerobbt ist, klaut er einen Elektroroller und kurvt stolz durch das nächtliche Berlin.

Der Katzenjammer folgt schnell. Stefan hat Angst, als Rollstuhldieb in den Knast zu wandern und traut sich deshalb nicht nach Hause. Seine einzige Hoffnung sind die Kinder aus der Clique, und so fährt er, mit seinem E-Roller unabhängig geworden, ins Freibad. Die Clique will ihm helfen und faßt den Entschluß, ihn nach Hause zu begleiten.

Schon ein Happy End, aber keines von der schmalzigen Sorte. Freundschaft zwischen Stefan und den nichtbehinderten Kindern scheint zwar möglich, gezeigt wird nur ein erster Ansatz.

Daß Regisseur Wolfram Deutschmann, der selbst gehbindert ist, kein Integrationsmärchen drehen würde, war zu erwarten. Sein erster Film »Lieber arm dran als Arm ab« war ein genaues und parteiisches Porträt der autonomen Behindertenbewegung. Dagegen ist »Der Zappler« ein professionell produzierter Kompromiß zwischen engagierter Filmkunst und notwendigerweise auf Einspielergebnisse bedachtem Marketing. So bleibt der gesamte Lebensbereich, in dem Aussonderung in der Bundesrepublik perfekt betrieben wird, ausgeblendet. Ob und wo zum Beispiel der »Zappler« seine Ausbildung bekommt, wird nicht erzählt.

Karsten Kunitz, der behinderte Darsteller des Stefan, hätte da einige Erfahrungen beisteuern können. Karsten geht in Berlin in eine Behindertenschule. »Dort bist du unter deinesgleichen, das ist besser für dich«, wird ihm suggeriert. Lieber wäre er auch auf einer »normalen Schule«. Kontakt mit seinen nichtbehinderten Nachbarskindern hat er nicht, woher auch: »Ich trau mich nicht, wie im Film, die Kinder einfach anzusprechen, nachher verkloppen die mich oder lachen mich doch nur aus.«

Antikriegsspiel

Der englische Regisseur Peter Watkins möchte einen neuen Antikriegsfilm drehen. Ein Aufruf soll die Finanzierung ermöglichen.

Einer der bekanntesten neueren Antikriegs-Filme ist zugleich einer der unbekanntesten: »The War Game« (Kriegsspiel), 1965 für die BBC produziert, wird seit seiner Fertigstellung von der Londoner Fernsehgesellschaft unter Verschluß gehalten, auch ausländische Sender dürfen ihn nicht ausstrahlen. Erst nach Protesten wurde durchgesetzt, daß der Film wenigstens in privaten Kinovorführungen gezeigt werden konnte. Wer »The War Game« gesehen hat, begreift die Angst der Rüstungslobby vor dem Film.

Aber inzwischen ist dieses »Kriegsspiel«, das die Auswirkungen eines Atomschlags auf Großbritannien schildert, veraltet, die politischen und militärischen Voraussetzungen haben sich in den letzten achtzehn Jahren entscheidend verändert. Deshalb plant »War Game«Regisseur Peter Watkins seit einigen Monaten eine Neuverfilmung, einen anderthalbstündigen Kinofilm. Neben der Darstellung von Zerstörung ist ihm vor allem die Reaktion der Bevölkerung vor einem möglichen Atomkrieg wichtig. Watkins: »Dieser Teil des Films, in dem die Widerstandsaktionen mit all den damit verbundenen leidenschaftlichen Gefühlsausbrüchen gezeigt werden sollen, gewinnt seine besondere Bedeutung vor dem Hintergrund der Ohnmachtsgefühle, die heute Überall in der Welt von den Zentralsystemen verbreitet werden.«

Knapp zwei Millionen Mark soll dieser Film kosten, aber bisher war kein Produzent bereit, diese für einen Kinofilm relativ geringe Summe bereitzustellen. In einem Aufruf wendet sich Peter Watkins nun an die Friedensbewegung und an die unterschiedlichsten Institutionen auf der ganzen Welt und bittet »um einen direkten Beitrag, der mir die Produktion dieses Films auf nichtkommerzieller Basis ermöglicht«. Weitere Informationen gibt es bei Peter Watkins c/o Schwedisches Film-Institut, Filmhaus, Box 27 126, Stockholm, 10252 Schweden.

Eine ausführliche Darstellung des Projekts findet sich auch in einem Aufsatz von Peter Watkins im »Medienhandbuch Friedensarbeit«. Dieser Ratgeber für die Öffentlichkeitsarbeit mit Filmen, Videos und Dias erscheint Ende Juli beim Jugendfilmclub Köln e.V., Hansaring 80,5000 Köln 1.

Der Arzt als Kinokenner

Zum ersten Jahrestag des Todes von Rainer Werner Fassbinder widmet sich sogar das »Deutsche Ärzteblatt« der Filmkritik.

»Filmgenie Fassbinder: Kreativität durch Drogen?« heißt eine Artikelserie im »Organ der Ärzteschaft« (Beginn 2. Juni). Und wer wäre kompetenter als ein Irrenarzt, seine Meinung zum Beispiel über den Siegerfilm der Berlinale 1982 (» ... daß die Inszenierung oft zu grob und vielleicht auch hastig wirkt«) in allen Arztpraxen zu verbreiten. Der Autor heißt Dr. Dr. med. Felix Tretter und arbeitet im Bezirkskrankenhaus Haar, einer berüchtigten Anstalt bei München. Hat sich der Doktor im Film »Die Sehnsucht der Veronika Voss« wiedererkannt? Urteilt er deshalb so streng über »fehlende psychologische Tiefe«? Jedenfalls fiel ihm »die Rolle der Ärzte auf, die als profitmotivierte Kriminelle ihre leidenden Patienten drogenabhängig und damit auch persönlich abhängig machen«.

Konkret 07/83, S. 81

Wolf Donner

Die Tragödie eines Bullen

Er ist ein unerbittlicher Moralist und Wahrheitsapostel, ein Themen- so gut wie ein Schauspieler-Regisseur, ein Prophet des Realismus auf der Leinwand, ein Kinotier. Von den » 12 Geschworenen« bis zu »Network«, vom »Mann in der Schlangenhaut« bis zu den »Hundstagen«, von seinen vielen Theaterverfilmungen bis zum »Verdict« hat Sidney Lumet immer neu die subtilen Grenzen von Macht und Moral, von Recht und Gerechtigkeit ausgelotet.

Seine Figuren schliddern in Konflikte, die mit der Unausweichlichkeit griechischer Tragödien eingefädelt sind. Auch sein »Prince of the City« ist ein altmodischer Held im modernen Gewand.

Der Film spielt 1971 in New York und fußt auf einem Tatsachenbericht von Robert Daley über den Polizisten Bob Leuci, der gegen seine Kollegen aussagte. Damals untersuchte die Zentralregierung in groß angelegten FBI-Aktionen die Korruption innerhalb der Polizei und deren Verbindungen zum mafiotischen Drogenhandel. Der Fall Tuminaro wurde später im Film »The French Connection« verarbeitet, der des Cops Frank Serpico in Lumets gleichnamigem Film, den er heute eine Vorstudie nennt zu seinem neuen Diskurs über Menschlichkeit und Unmoral im Zusammenspiel von Polizei und Regierung. Nach sechs Jahren Aufklärungsarbeit durch Leuci waren 50 Cops aus den hochqualifizierten New Yorker Spezialeinheiten überführt, zwei begingen Selbstmord, einer wurde wahnsinnig. Auch Leuci selbst war schuldig, nur durch seine Spitzeldienste entging er der Strafe.

Lumet erfindet nichts dazu, ändert nur die Namen. Der junge Cop aus der beneideten Elite-Truppe, einer jener »Prinzen der Stadt«, lernt einen sympathischen Anwalt kennen, der sich - wie er - aus kleinen Verhältnissen hochgearbeitet hat. Er sagt aus, zuerst noch zögernd, und stimmt dem prekären Auftrag schließlich nur unter der Bedingung zu, nie über seine engen Freunde berichten zu müssen. Langsam wird er zum ständigen Informanten, zum Spion, zum Verräter. Immer ein kompliziertes, gefährliches System von Kabeln, Mikros und Minisendern unterm Hemd spielt er den Freund bei den Cops, den Bestechlichen bei den Mafiosi und in der Unterwelt.

Das Spiel mit Gefahren, mit Notlügen, mit brenzligen Situationen wird seine zweite Natur. Unmerklich wird der Handlanger dabei zum Opfer, das sich ausweglos im Räderwerk der mißtrauischen FBI-Bürokratie verheddert. Am Ende hat er seine besten Freunde, seine Familie und sich selbst ins Unglück gestürzt.

Nach allen üblichen Kriterien ist der Film mißlungen, Lumet konfrontiert uns mit einem gänzlich unstrukturierten Thesenstück, er wiederholt sich, setzt zu wenig Dialog in Handlung um und läßt die entscheidende Motivation seiner Hauptfigur im Dunkeln. Er interessiert sich mehr für die Beamten-Technokratie in Washington als für den Alltag der Cops mit seinen Gefahren und Versuchungen. Die verschworene Gemeinschaft der Cops wird eher behauptet als gezeigt. Nach knapp drei Stunden denkt man, nur Fetzen, nur eine Szenenauswahl gesehen zu haben.

Aber Lumet argumentiert als Regisseur so leidenschaftlich, und Treat Williams agiert in der Titelrolle so hochtourig emotional und intensiv, daß man dies gar nicht als Mängel empfindet. Man begreift vielmehr die ausweglose Situation des Grenzgängers, der vom lustvollen Jongleur zum betrogenen Bürger wird. Er investiert nicht nur seine Schuldkomplexe in den dubiosen Deal, sondern genauso seine uneingestandenen Macht- und Karrieregelüste, seine unerschütterliche Solidarität mit den alten Kameraden, sein ehrliches Engagement für, wie er bis zuletzt denkt, eine gute Sache, seine politische Überzeugung und, ja, seine Berufsehre. Sein Selbstvertrauen wird zum tragischen Irrtum: Er glaubt, das brisante Doppelspiel noch unter Kontrolle zu haben, als dessen Regeln ihn längst verändert und manipuliert haben.

Deutlich wird aber ebenso Lumets Sympathie für diese Cops, ihre italo-amerikanische, etwas überschwengliche und sentimentale Kumpanei. Deutlich wird das Plädoyer (oder mindestens: Verständnis) für ihre Arbeitskonditionen und -methoden, die manchmal fragwürdig, unorthodox und vor dem Gesetz illegal sein mögen, wahrscheinlich aber unvermeidlich. Nicht die Polizei klagt Lumet an, sondern eine rigide Paragraphenherrschaft und eine verabsolutierte Gerechtigkeits-Ideologie, die letztlich viel unmenschlicher ist.

»Wäre ich nicht Regisseur geworden«, hat Lumet gesagt, »stünde ich heute in irgendeiner Synagoge und würde gegen das Böse in der Welt wettern.«

Zitat:

»Nach Wajdas 'Danton' fordere ich Schluß mit der Unterstützung der Befreiungsbewegung in EI Salvador, bis die Plattform für einen historischen Kompromiß vorliegt. «

Der ehemalige Studentenführer Daniel Cohn-Bendit in einer Besprechung von Andrzej Wajdas Film »Danton« in der Frankfurter Sponti-Zeitung »Pflasterstrand« (Überschrift: »Danton war einer von uns«)

Konkret 07/83, S. 87

Thomas Brasch

Sie hat Narben hinterlassen

Nachruf auf eine, die geblieben, von einem, der gegangen ist. Thomas Brasch (»Vor den Vätern sterben die Söhne«, »Rotter«) verließ die DDR 1976.

Als sie 60 war, war ich 15. Ihre Bücher waren Pflichtlektüre in der Schule, deren Lehrer uns beibrachten, daß der Kampf, den sie in ihren Romanen und Erzählungen beschrieb, in unserem Land längst entschieden war. Die Herrschaft des Geldes war abgeschafft, lernte ich, und mit ihr die Voraussetzung für die jahrtausendealte Unterwerfung, Erniedrigung und Pervertierung der menschlichen Produktivität im Interesse weniger Herrschender gegen das der vielen Ausgeplünderten. Den wirtschaftlichen Voraussetzungen, die zur Ohnmacht der Unteren (der Schwachen, wie sie schrieb), zur Verdrehung ihrer eigenen Interessen gegen sie selbst und schließlich zu Faschismus und Krieg führen, war der Boden entzogen und die neue Gesellschaft mit neuen Widersprüchen auf dem Weg eine gerechte zu werden. So las ich ihre Bücher, wie man Berichte aus einer vergangenen Welt liest, in der die Helden gegen ausgestorbene Monster kämpfen oder an Krankheiten sterben, die lange schon heilbar sind. Für die Widersprüche der neuen Gesellschaft, die den Versuch unternehmen wollte, Wunsch und Wirklichkeit der menschlichen Rasse miteinander zu versöhnen, und für meine Ungeduld gegen den schleppenden Fortgang dieses Versuches aber schienen mir ihre Erzählungen nicht brauchbar. Zwar verehrte ich ihre herbe schöne Sprache und den kunstvollen Bau ihrer Romane, aber gleichzeitig wurde sie mir ein lebendiges Denkmal für eine Literatur, die meine Dinge nicht verhandelte und mich also unberührt ließ. Ich sah ihr Bild in den Zeitungen und las ihre Reden, in denen sie für den Frieden sprach und vor dem Appetit warnte der alten Kräfte jenseits der Grenzen auf ein kriegerisches Gastmahl diesseits, und in denen sie um Verständnis warb für die neuen Schwierigkeiten eines Staates, der Zeit braucht für neue Verhältnisse und sich schwer tun muß, wenn er bedroht ist beim Entfalten seiner Möglichkeiten. Ich dachte mir, daß sie gut reden hat, angekommen am Ziel ihrer Wünsche nach der Verjagung, dem schlimmen Exil und dem schwierigen Anfang nach dem Ende des Krieges; aber ich war nicht am Ziel, sondern am Anfang meiner Wünsche, die ihre Generation und ihre Literatur erst geweckt hatten und mit ihnen die Unnachgiebigkeit gegen jeden Rückfall in das alte Ritual der Macht, die Leute nicht mitreden zu lassen, wenn es um ihre Dinge ging, oder ihnen die Lust am Mitreden wegzukorrumpieren mit Brot und Spielen. Hatten nicht gerade die Helden ihrer Bücher mich gelehrt, daß, wer die Zustände nicht ändern will, sondern sie aushält, wer geduldig verharrt, solange Ungerechtigkeit am Werk ist, in den Abfall der Geschichte gehört.

Sicher, die Ungerechtigkeiten waren jetzt andere, keine tragischen mehr, wie in der Geldzeit, keine mehr auf Leben und Tod, aber sie betrafen mich doch, und die Gefahren, auf die sie verwies, schienen mir eine Ausflucht, der Krieg, dessen Gründe und Folgen sie beschrieben hatte, schien mir jenseits aller Möglichkeiten und ihre ständige Warnung vor ihm nur angetan, mich einzuschüchtern und mich wehrlos zu machen gegen den Mief aus Bürokratie und Mittelmaß, inhaltslose Gesetze für Recht und Ordnung und Unterwürfigkeit, übernommen aus einer alten Gesellschaft. So legte ich ihre Bücher aus der Hand und nahm die ihrer Zeitgenossen, die mir meiner Lage angemessener schienen: Joyce und Kafka. Bei ihnen fand ich, was mir nach meinen fehlgeschlagenen Versuchen, teilzunehmen durch Widerspruch an den Belangen meines Landes, festzustehen schien: Alles Beschwören einer Hoffnung auf bessere Zeiten läßt die Kluft nur tiefer und schmerzhafter werden zwischen Tag und Traum, zwischen der verbrauchten Sehnsucht der Menschen und ihrer heillosen Verfassung. Bei ihnen gab es nicht, was es bei ihr gab (vielleicht weil sie eine Frau war): das Vertrauen auf die Natur unserer Gattung, Widerstand zu leisten gegen offene oder versteckte Gewalt, die ihr angetan wird, gegen das Verschlingen der Kreatur durch den Mechanismus, den sie selbst in Gang gesetzt hat. Ich hielt den Traum der Seghers vom Aufstand der, Gerechten, vom Beginn der großen Vernunft, vom endgültigen Ende des blutigen Spiels Oben-Unten, gespielt in den Parlamenten, Werkhallen, Theatern und Betten einer toten Gesellschaft, für einen trügerischen Traum. So las ich nicht mehr, was sie schrieb, schrieb selbst, geriet mit meiner Arbeit in die alten Widersprüche der neuen Gesellschaft und ging schließlich aus dem Land, deren Bürger sie war und ich und das meine Arbeit nicht zu brauchen schien, aber ich brauche sie. Jetzt aber, in einem Land arbeitend, das regiert wurde von den Verhältnissen, die sie beschrieben hatte, und die mir längst vergangen schienen, verstand ich, was sie mir sagen wollte und was ich damals nicht verstanden hatte, als sie 60 war und ich 15. In den Ohren das Geschrei des Armeeministers nach mehr und schlimmeren Waffen für einen guten Gewinn, Arbeitsplatzbeschaffung und gegen jeden Versuch, die Welt vom Kopf auf die Füße zu stellen, vor Augen jeden Abend im Fernsehapparat die Verblödungsmaschine angeworfen, den Leuten Hören und Sehen vergehen zu lassen, in der Hand Zeitungen mit den Porträts der alten braunen Fratzen und der neuen Technologen des glatten Way of death, und wieder lese ich ihre Geschichte von der Kraft der Schwachen.

Jetzt bin ich 38 und sie ist tot.

In seiner Rede zum Nobelpreis, den sie hätte bekommen müssen, sagt Faulkner 1950, fünf Jahre nach dem Abwurf der ersten Atombombe: »Unsere Tragödie heute ist eine allgemeine und weltumfassende Furcht, die nun schon so lange auf uns lastet, daß wir sie zu ertragen gelernt haben. Alle geistigen Fragen sind verdrängt von der Frage: Wann werde ich in die

Luft gesprengt? Deshalb hat der junge Mensch, der heute schreibt, das Problem vergessen, das allein für gutes Schreiben bürgt, das allein Schmerz und Mühsal des Schreibens wert ist: das menschliche Herz im Widerstreit mit sich selbst... Solange er das nicht wieder kann, wird er schreiben als Mensch unter Menschen, deren Untergang er zusieht. Es ist einfach. zu sagen, der Mensch sei unsterblich, einfach weil er überleben wird... Er ist unsterblich, nicht weil er allein unter den Geschöpfen eine unermüdliche Stimme hat, sondern weil er eine Seele, einen Geist hat, fähig zu Mitleid und Opfer und Ausdauer. Es ist Aufgabe des Dichters, des Schriftstellers, über diese Dinge zu schreiben... Und solange er das nicht tut, lastet ein Fluch auf seiner Arbeit. Er trifft nicht den Nerv der Welt, er hinterläßt keine Narben. Er schreibt nicht mit dem Herzen, sondern mit den Drüsen.«

Seghers hat Narben hinterlassen, sie hat dem Untergang des Menschen nicht zugesehen, sie hat über eine Hoffnung geschrieben, und noch heute weiß ich nicht, woher sie die hatte. Vor diesem möglichen neuen und letzten Krieg würde ich sie gern danach fragen. Aber das kann ich jetzt nicht mehr.

Konkret 07/83, S. 88

Horst Janssen

Deutschland, wie es sich w□ scht

Unter diesem Titel hat Horst Janssen wieder f□ r KONKRET geschrieben + ge□ eichnet. Der Te□ t entstand vor drei Monaten, jet hat er Ihn mit einem neuen Vorspann □ um Druck freigegeben. Im Begleitbrief schreibt Horst Janssen: □ Wenn's mit dem Waschen losgeht - mit der S□ uberung - dann ist Alarmstufe 1.□

Dies mit meinem Schreiben in KONKRET muß sich ändern. Mir ist klar geworden, was mir im Ansatz schon immer klar + ärgerlich war: Man kann überhaupt nicht mehr aktuell sein, wenn man seine Wut ob der sich überstürzenden Volksverdummung loswerden will. Ich weiß, daß »Volksverdummung« ein Nationalsozialisten-Wort ist. Aber seitdem der Präsident der USA mir jüngst bestätigt, was ich nach dem Lehrsatz Nr. 1 »mehr sein als scheinen« als Lehrsatz Nr. 2 auf der Nationalpolitischen Erziehungsanstalt Haselünne gelernt habe - nämlich: daß das einzige wahrhaft und in seiner Natur unabänderlich Böse aus dem Osten kommt, kommt's auf eine Nazi-Anleihe mehr oder weniger nicht an. In Nüchternheit kann ich mich durchaus artifiziell ausdrücken - in Wut kotzt mich jede Bemühung um gefeiltes, also »vorsichtiges« Deutsch an. Also gebe ich hier im nachträglichen Vorspann für meine Schreiberei zu bedenken, ob nicht vielleicht der derzeitige Präsident der USA schlicht krank ist. Ein gefährlicher psychopathischer Fall? Vielleicht. Wer untersucht sowas? Gemag! Gemag! Langsam langsam! Halb Amerika versucht seit einigen Monaten, die seltsamen Traumtänzereien dieses Präsidenten zu bremsen. Jedenfalls zu bremsen. Unter diesen Bremsern finden wir u.a. den Präsidenten der Weltbank Herrn McNamara - dies nur zur »Beruhigung«. Doch zurück auf den Faden »Friedenssicherung etc.« Das Volk, von dem ich im Ernstfall sowieso nicht viel halte, ist im Moment durch diese verdammte Arbeitslosigkeit abgelenkt -- sonst könnte man es fragen: Wieso haben wir eigentlich immer noch nicht die Nase voll von »Germans to the front»? Wie gesagt: Halb Amerika ist gegen das derzeitige Konzept von Feindbild-Malerei. »Zufällig« ist dieser besagte Präsident auf dem Thron. Warum zum Teufel hält sich dieses Deutschland an diesen Thron und nicht an das andere halbe Amerika. Usw. usw. Zu meinem letzten Aufsatz »Stuttgart bei London« ist mir zu spät der Gedanke eingefallen: Es ist durchaus konservativ, wenn ich sage: diese schwachsinnige Total-Rüstung, diese Überrüstung, diese Käseglocke von Endlösung ist »eigentlich« der Beweis, daß das Volk, oder diese Gesellschaft, *gar nicht bereit* ist, sich gegen irgendwelche Aggression zu verteidigen --- die als Alibi geltende Abstellung von 500.000 Jugendlichen (von der Straße weg) PLUS diese keine einzelne Person treffende TOTALE Verpanzerung ist die Käseglocke, unter der diese Gesellschaft, diese unsagbar spießige Gesellschaft, ihren Geschäften nachgehen kann. Will sagen: *Wer sich dergestalt einbunkert, will gar nicht kämpfen, im Falle des Falles des Falles.*

Ich sagte vorhin: es ist durch aus konservativ... (Da ein Künstler, ein wahrer, nicht am Charakter leidet, kann ich für mich auch den Konservativen behaupten), womit ich auf das Hauptdilemma komme, unter dem diese Republik, wie die Weimarer, leidet: Rechts und links von der konservativen Elite dieser Republik steht jeweils die Sippschaft, zu der eben diese Elite Stellung nehmen müßte. Was ist aber? Sie wärmt sich still-froh an der rechten Restauration, und ihren Vorrat an Arroganz reserviert sie für die sich im Schnitt durchaus läppisch gebende Linke. Wohl bemerkt: Sie verachtet BEIDE!!!! Nur die restaurativen Spießer sind brauchbarer!!!! UND DIES WIRD DER UNTERGANG AUCH DIESER REPUBLIK SEIN. Ein letzter Satz dazu in diesem Vorspann + in diesem Zusammenhang: jedermann müßte wissen, daß der Jude, eben auch der »dreckige Jude«, der Ostjude, beschnitten ist aus *Sauberkeitsgründen - + zwar* da, wo dem »Germanen« die Spießer-Spermaflocken noch nach einer Woche unter der Vorhaut jucken. Und weiter: jedermann müßte wissen, daß die Macht unserer Sprache darin besteht, Fremdsprachen aus allen Himmelsrichtungen zu assimilieren. Und daß unsere Sprache, alias Kultur, nicht verhunzt wird durch 2 Millionen Türken, sondern - wenn - durch die Texte im deutschen Werbefernsehen. Sauberer geht's nicht.

Also Johannes Gross und Herr von Weizsäcker, sagen Sie den Spießern an der Macht, den jeweiligen: Was Ihr WOLLT, ist verständlich - die Argumentation aber ist dumm, volksverdummend, und gefährlich, Herr Geißler, Herr Tandler und ..... in spe: Herr Rühe, dieser besondere Fall von aalglattem Nichts.

Deutschland, wie es sich wäscht

Man muß sich die Scene so vorstellen: in der kleinen Kirche zu Hohenfinow pusselt ein Restaurateur an einem Deckengemälde herum. Ein Spaziergänger betritt den Kirchenraum, und nachdem er sich eine Weile das Bild und das Treiben so ziemlich hoch da droben angesehen hat, verwickelt er den heranschleichenden Künstler in eine Kirchen-Wochentagsmorgen-Plauderei und fragt ihn beiläufig, mit der Nase nach oben winkend: »Sagen Sie mal - finden Sie das denn schön?« Worauf der Künstler antwortet: »Ob's schön is, weiß ich nich - s'kommt auf die Wirkung an. «

Tja - und wenn man nun »ob's schön is« auswechselt gegen »ob's wahr is« und für Kunst die Politik einsetzt, dann heißt es: »Ob's wahr ist, weiß man nicht - es kommt auf die Wirkung an.« Und »fürwahr« - das ist richtig und so soll es bleiben. Wir wollen doch bitte nicht aus der Politik - wie heute propagiert - ein Edel- und Moraltheater machen.

Allerdings wäre es schön, wenn die Wirkung nicht NUR durch Dröhnerei, gutturales Komma - Schachtelsatz - Gemurkel und Augenrollen nebst Brustanheben hergestellt würde. Ein Minimum an Aussage, an verständlich servierter Aufklärung WÄRE ganz angebracht. Mein Gott diese Aufreihungen von Substantiven.

Da gibt's nun die Arbeitslosigkeit, dieses jeden ängstigende Schmetterwort dient doch als erstes mal dem Abwürgen jeglicher Aufklärung der jeweils genauen Situation. Vor allem aber verweigert man sich mit dem Herbeten dieses Schreckwortes das (langsam) fällige Umdenken: Vor dem nicht umkehrbaren Aufmarsch sich selbst heckender Roboter - das sind Maschinen, die inzwischen von Maschinen gebaut werden - das sind sozusagen Facharbeiter- Väter, die ihre Fließbandarbeiter-Söhne mitbringen - also vor dieser unaufhaltsam aufmarschierenden Phalanx müßte man uns langsam den Satz aus dem Verkehr ziehen, der sagt: daß Arbeit adelt. ,

Ungeliebte Arbeit hat noch nie geadelt. Diese Klokschieterei haben die Bürgerlichen erstens für sich selbst erfunden und zweitens dann, kleingemünzt, als Füllsel der Löhnung beigemengt. Rabotta-Graf = Piefkes Sehnsucht. Dabei ist bereits im Alten Testament die Arbeit ALS STRAFE definiert und in Rom LIESS man arbeiten. Da uns morgen, wie erwähnt, wieder Sklaven á mass ins Haus stehen, wird es obendrein Zeit zu überlegen, ob man denn auf Dauer diese in Quadratur anwachsenden emsigen Blecharmeen mit dem Chipshirn total in der Verfügungsgewalt privater Interessen lassen will. Ja - das WÄRE die fällige Kreativität in der Politik: diese Privatarmeen »billiger« Söldner in eine nationale Rabotta-chipsarmee zu überführen. Da denn bald - weil jeder Roboter für 10 und dann für 100 gehabte Arbeiter arbeitet - immer mehr »Arbeiter« für immer weniger Zuschauer werkeln, ist es nur folgerichtig,- den Begriff der »Arbeitslosigkeit« überhaupt abzuschaffen. Und auch hier WÄRE die Kreativität der Politik gefordert, den »im Nichtstun« ungelernten Leuten ein neues Träumchen vom sozialen Leben vorzustellen + zu entwickeln.

DAS wäre die Aufgabe und nicht die sture anachronistische auf deubel-komm-raus Erfindung von Beschäftigungstheorien. Naja - Zukunftsschalmeien. Wie aber singt sich das Lied im aktuellen Derzeit? Die politisch gar nicht festgenagelten Klein- und sonstwie-Unternehmer stellen doch ihre Planungen nicht ab auf Zinslein und etwas mehr Gewinn. HEUTE DOCH NICHMEHRI Die machen das so, wie ich das machen WÜRDE, wenn mein Lebensinhalt Gewerbe wäre: Ich backe Eulen mit vier Mann hoch - warum soll ich noch 'n Ofen für Meerkatzen aufstellen, und noch 'n Bäcker dazu, wenn mir TÄGLICH vorgebetet wird, der Russ' sei schon auf dem Weg, uns das Frühstück abzuräumen. WEM schmecken denn überhaupt noch meine Bretzel bei diesem UNUNTERBROCHENEN Gedröhn über die Verteidigungsbereitschaft, die sich ja schon zu einer Verteidigungsgeilheit ausgewachsen hat.

Verteidigung ist ja ganz richtig; ehrlich - kein Zweifel: wenn einer kommt, meine Schwester zu vergewaltigen, stech' ich ihn natürlich ab. Ich bin sogar schon »verteidigungsbereit«, wenn mir einer das Herbstlaub vor der Tür wegfegen will. Nun - da alle irgendeine Schwester haben, wären das für den zum Zwecke der Vergewaltigung (das ist doch das heimliche Argument) heranrückenden Feind doch schon mal Millionen Leichen per Messer. Wer wäre bei solcher Aussicht noch scharf auf unsere Schwester.

Und was die Lüsternheit auf unsere Großindustrie betrifft: DIE lagert sich in den nächsten 50 Jahren sowieso selbst aus in die Billig-Länder.

Also VerteidigungsBEREITSCHAFT - GUT. Aber wo SIND die, die uns plötzlich mit Bomben und Raketen und Nervengas und überhaupt mit totalem Vernichtungswillen ohne jeden Anlaß wegblasen wollen - MITTEN IN EUROPA, WEIT WESTLICH VON FINNLAND, UNTER DEN AUGEN DER SCHWEDEN, DIREKT VOR DER NASE DER FRANZOSEN. Ja, ehrlich - wer kann sich das in der Weise leisten? Wo die ganze Welt zukuckt.

Also: Bretzelbacken ist erst wirklich wieder lustig, wenn diese giftige Verteidigungsgeilheit wieder zurückgstutzt ist auf 'ne normale Verteidigungsbereitschaft und man dann endlich feststellt, daß man uns bei eben solcher Bereitschaft gar nicht an den Kragen will.

Aber wie befinden wir uns stattdessen? Was ist die denkbar ungeeignetste Arbeitskleidung für die Backstube? Die Ritterrüstung!

Na bitte: Da steh'n wir in 'ner Ritterrüstung mit 'her Rakete zwischen den Beinen und einer TNT-Vorratshaltung im Rucksack in der Gegend herum, um unsere Freiheit - die, die wir solcherart verschraubt gar nicht bewegen können, zu verteidigen gegen den Feind, der (noch) gar nicht da ist. Ja ja - nein nein: Wer sich auf einer vermeintlichen oder potentiellen Gefahr einen Popanz aufbaut und gegen diesen ein Verteidigungsmonstrum oder eine Vernichtungsmaschinerie, um im Schutz, und Schatten derselben seine Suppe zu löffeln, der will sich gar nicht WIRKLICH verteidigen. Der tauscht, der Suppenlöffler, sein Lebens-Risiko ein gegen ein Schattenleben. In der TOTALEN Rüstung ist gut spießig leben.

, So wie wir durch die totale Apotheke. den häuslichen Tod abschaffen und durch die totale Datenerfassung den lebendigen Verbrecher im Individuum töten wollen, so werden wir in dieser totalen Eisen-Kledage selbst eingehen, und: »ach was sind wir vornehm...lich SICHER!«

Und: »Die Leute gehen nicht zum Nordpol, sie gehen ins Büro, streiten sich mit ihrer Frau und essen Suppe.« (Tschechow) Also: Ein bißchen Risiko, bitte! Allerdings ein anderes als das, was die »Abendländer« darunter verstehen - diese gewissen, die von Heine VIELLEICHT grad die Anfangszeile der Loreley im Kopp haben. Na? - mal wieder alles »zu einfach« gesehen?! EBEN!

SODANN: Haben nicht die Bischöfe der DDR ein Brieflein verfaßt: Man solle diese Kriegs-Angriff- und Verteidigungsrederei in den Schulen bremsen? Sagt das Brieflein nicht, daß aus solcher Indoktrination unmerklich Haß erblühen wird? Schreiben die so. Richtig. Und wer greift sogleich die Sache auf? Richtig, nur falschrum.... 12.1.1983 ZDF Magazin. Herr Wörner: da sitzt er. Und lobt er nun das Hirtenbrieflein? NEIN. Vielmehr ist da wieder die alte Chose: Er konstatiert »unsererseits« Aufholbedarf in Wehrverständnis. Angehörs der Machenschaften des DDR-Erziehungsministeriums Müssen wir nachziehen! Leise! mäßig - Staatskunde. Neues von der Wehrmoral. Natürlich nicht so wie »DIE« beigott sagt ER, nein. Anders! Im vernünftigen Maß - »wie alle westlichen Nachbarn« auch.(Das ist die Absicherung, die einem schon zum Halse raushängt) UND DIES: Leute, PROMPT IN DEM MOMENT, wo unseren Brüdern dies Thema gerade mal wieder aufaktualisiert wird. Man sieht: cooperation. So Zug um Zug, Zahn um Zahn, haust du meinen Juden, hau' ich deinen Juden (Heine), eine Hand wäscht die Andere und wie du mir so ich dir. Von Hirtenbrieflein weit + breit kein Wort mehr und daß wir Gleiches nicht so ganz + gar gleich betreiben - is doch kla: Darf nich. Was ich aber eigentlich sagen will: WENN man nun wirklich nicht vorhat, ein Unterrichtsfach für Wehrkunde per Dekret einzurichten, dann ergibt sich dieses Thema dennoch per Schulalltag und sowieso im Unterricht. Was denkt sich denn Herr Wörner, worüber die Jungs in der Schule reden? Wenn es nicht so artige und gesittete Schüler sind, wie die Wendehälse sie sich wünschen, dann fragen diese öfter als dem Lehrer lieb ist: Herr Lehrer, rekrutiert sich denn die vorausgesagte erste konventionelle Angriffswelle aus unseren Brüdern oder aus Polen oder aus Russen? Und wenn es nun die Brüder sind, was dann? (Peter + der Wolf) Na - und dann wird ja der Lehrer antworten. Und darf er dann antworten nach eigenem Ermessen? ODER ist DAS DER PUNKT, wo der Verteidigungsminister eingreifen soll? Entweder man will an diesem Punkt eingreifen oder man will es nicht. Will man nicht, dann ist das zu Löwenthal-Geschwätz schlimmer als überflüssig und eine mickerige Ausgabe der Stimmungsmache à la DDR. Wie gesagt: Wir haben normale Lehrer und wir haben normale Schüler und geplaudert wird sowieso und nicht nur über das Liebesleben der Maikäfer. Und so soll es bleiben!

WENN DENN ABER DOCH: Was soll dann bitte die Bundeswehr IN DER SCHULE?

Wieso die Sonntagsgesichter der »Jugendoffiziere« mit ausgewählter Propagandalitanei in der Schule? Wieso auch die blitzblank geputzten kleinen harmlosen Raketenlafetten, aufgeprotzt sagte man in der Reichswehr, auf den Marktplätzen der Kleinstädte? Vergrößertes Kriegsspielzeug, das man angeblich ja in den Warenhäusern abschaffen will. Nein nein - nicht diesen Feiertagsmummenschanz.'

WENN DENN DOCH sage ich, dann die Schulklasse in die Kaserne und zwar - wie bei Hagenbeck - unangemeldet. Für Schüler: immer »offene« Kaserne. Denn DA müssen sie ja eines Tages hin.

SODANN.

Am gleichen Tage verspricht der Bundeskanzler Doktor Kohl wieder »Kontinuität unserer Außenpolitik«. Das ist ein hellgrauer, fast weißer Schimmel, da wir auf diesem verrammelten Sektor sowieso keine Spielwiese haben und eben auch nicht für möglichen Blödsinn, weshalb es hierzulande immer sehr komisch wirkt, wenn sich ein Außenminister plustert, wenn die Banken und Kaufleute etwas außenministern. Wo denn aber wirklich etwas Spielraum ist - sagen wir mal im Brüder-Brüder-Spielchen = deutsch deutsche Beziehungen - da wird uns neuerdings rumgeknispelt und gepiert und gestichelt. Wie heißt die Parole? »Leistung und Gegenleistung. Eben! - diese deprimierende Aufrechnerei. Man kennt ja die gutbürgerliche Ehechose: hält Frauchen ihr Leibchen hin, gibt's auch 'n neuen Hut. Verweigert sie den ehelichen Kirchgang, is Schluß mit Glockenläuten + kein Hut. Anders: Nun haben wir »Denen« eine Autobahn gebaut (2/3) und was ist? so greint man: Die betreiben dies »Geschenk« doch tatsächlich nach IHREM Gusto. »Fehlender Feuerlöscher = 100 Mark Strafe«. Abgesehen davon, daß eben dieser Feuerlöscher auf UNSEREN Autobahnen angeblich gefordert wird, wird jenem Löscherzwang nachgesagt, er verstoße gegen die Schlußakte von Helsinki. Aufrechnerei kleinklein. Genau so klein, wie die beanstandete Sache selbst. Genau so. Pief hier - pief da. Zu UNSERER Piefigkeit muß allerdings etwas in Erinnerung gerufen werden. Laut Grundgesetz haben wir uns nun mal in die Rechtsnachfolge des 3. Deutschen Reiches hineinmanövriert und zieren uns gebremst-stolz mit dieser moralischen Verpflichtung. Aber während wir hier von den Quäkern gepäppelt und dann vom Marshallplan auf Selbstzufriedenheit hin aufgemästet wurden (den Preis kennen wir ja inzwischen) - während uns so geschah, zahlten die Brüderchen bis hoch in die 60er Jahre Reparationen, daß es nur so krachte. Und zwar an Rußland, daß AUCH von Kölnern zertrümmert und geschunden wurde. SO gerechnet haben Brüderchen FÜR UNS gezahlt, gezahlt + gezahlt und nicht nur mit Arbeitskraft. Und wo ist nun in diesem Punkt, wenn schon nicht Dankbarkeit, wenigstens unser Verständnis? Na bitte.

Die Fäden. Diese selbstgefällige Spießigkeit ist keineswegs parteigebunden. Sie ist (auch) deutsch. Nur wird sie von denen, die sich selbst fälschlicherweise als konservativ verstehen, GEPFLEGT, wo sie von anderen nur zu- und gelassen wird.

DASS aber diese, nicht bürgprliche, sondern GUTBÜRGERLICHE Piefigkeit GEPFLEGT wird, weist die vermeintlichen Konservativen als konventionelle Reaktionäre aus.

Womit ich auf die »geistige« Restauration komme, die uns für demnächst angedroht wird. DIE WORTER SIND SCHON DA. Sie waren schon immer da, wenn irgendeine Chose nicht klappte. Aber jetzt werden sie Mit Kopfverrenkung und Augenrollen intoniert und ZELEBRIERT. Aufwertung!

Die Wörter und Begriffe: Anständigkeit, Wahrhaftigkeit, Redlichkeit, Solidarität, Fleiß, Bescheidenheit. Sodann: Die deutschen Urlaubslande, das Volkslied, die Rechtschreibung der deutschen Sprache, vielleicht auch Schönschrift - und schon kommen dann die Kleidung und die Sauberkeit. Und das alles natürlich als spezifisch deutsch. Man denke ja nicht, mir läge das Deutsche quer. Ich zeichne Kopfweiden! Derzeit gibt's keine deutscheren Zeichnungen als meine und keine »nordischeren« Totentänzer als die, die ich tanzen lasse.

Und da ich sowieso die Dichter und ähnlich Kranke für die wirklichen Menschmodelle ansehe, will ich auch gleich behaupten: ALLE JENE, die aus Deutschland erst Deutschland gemacht haben, hatten für das ZELEBRIEREN obengenannter Leer-Wörter und moraliner Begriffe nur heimlich-ängstliche oder selbstmörderische Verachtung - verständlicher Weise - weil die Wahrheit, die sie lebenslang suchten unmöglich DIE sein konnte, die ihnen da direkt vor die Nase offeriert wurde. Um das zu verstehen, muß man diese Deutschen allerdings nicht schönschreiben, auch nicht rechtschreiben und schon gar nicht als Strafarbeit abschreiben, sondern tatsächlich lesen und obendrein verstehen. Nun kann man aber im Alter von 12, 15 oder 18 Jahren unmöglich die Gottverdrehung des göttlichen Novalis verstehen. Das könnte man in der Regel erst im Alter von 25 oder 30 Jahren. Und daß die Deutschen ihren Novalis nicht kennen, liegt daran, daß sie mit 25 bereits fleißig sind und Geld verdienen und sich waschen und kämmen und ins Büro gehen. Verstanden? Ich habe weder was gegen Geld noch gegen Waschen und Kämmen. Aber selbst für den manisch peniblen Titan des Zettelkasten war letzteres die physische Vorbereitung auf die Ausführung dessen, was er VOR dem Waschen + Kämmen im Köpfchen plante. Diese kleine Kausalverschiebung sollte man im Auge behalten.

Und überhaupt: z.B. Heine - er war ein Demonstrant, Lichtenberg ein »unmoralisches« Gehirn mit einem Buckel dran. Nietzsche war ein Anarchist, Mozart ein querköpfiger und nervöser Gott, Schiller das Gegenteil von Anpassung, die Droste war »faul« und Brecht war 'ne Erfindung von Mark Twain. Und den Heinrich von Kleist würde man heut wohl einen Pazifisten schimpfen, der seinem Mädchenherzen mit der Penthesilea Mut andichtete. Diese zutiefst und zuhöchst menschlichen Menschen haben mir geflötet, daß es »die Wahrheit« nicht gibt, es sei denn sie »passiert« oder sie leuchtet weiterhin am Horizont oder richtiger: Sie IST der Horizont, der uns auf dieser Kugel ja bekanntlich nie unter die Füße kommt, weshalb die Wahrheit sich eben nicht mit Füßen treten läßt. Und ob es sich mit der Anständigkeit ähnlich verhält, weiß ich nicht, weil ich nicht weiß, was da gemeint ist. Anders. DAS liegt jenseits meines Horizonts. Jedenfalls kann man einigermaßen getrost sagen: Solche Wörter als Begriffe sind reine Floskeln, nützlich nur als Ermahnungswörter zur (vermeintlichen) Erhöhung und Veredelung derer, die diese Floskeln gegen andere schwingen.

NUN --- nicht daß jetzt die Deutschen alle flöten und dichten sollen. Bitte nicht. Aber: Das Träumchen von diesem Ideal - wo ist es? Und nicht nur DAS: im Nachhinein, im Unterricht der Geschichte, werden die, die Deutschland erst zu Deutschland gemacht haben, solange gewaschen und gekämmt und zurechtgeordnet, und der Begriff des Genialen per Dämonisierung vom Menschlichen wird so wegneutralisiert, daß alles total spießergerecht ist und man die ganze Geist-Geschichte als Floskel im Maule führen kann.

Und zu den Edel-Wörtern der Politmoralisten paßt dann eben die Wörterei der Bildungsspießer. »Form!« apostrophieren zu gerne formvollendet jene, die schon immer die Oberfläche der Gestalt für sich beanspruchen, ohne das Volumen zu wollen. Wo es doch gar nicht die Oberfläche gibt, es sei denn als Sack des Volumens. Bernini und Rodin: Da ist im Thorax die Lunge untergebracht - bei Breker, des Spießers Größter, da sitzt in der Brust »das Bewußtsein, ein Deutscher zu sein«. Kein Wunder, daß letzteres nicht lebt, sondern bläht; was man vorm Hause des Gerling-Konzerns sehen kann. Am Ende der Geschichte steht dann das »Abendland« auf »Diners Club« poliert. Schluß gleich. Ich bezichtige also die Wortführer des Deutsch-Wörter-Ordens der gutbürgerlichen Glattheit. So macht es mich stumm kreischend, wenn der Senat des geliebten Hamburg die »Bettler« von der Mönckebergstraße fegt. Was macht eine Metropole zur Metropole? DAS PRALLE LEBEN - das GANZE LEBEN! Was macht das angerötete Fein-Hamburg? Es parfümiert sich mit Paris und fegt unsere Clochards von den öffentlichen Brunnen weg. DAS IST DEUTSCHLAND, wenn es sich wäscht.

Das kleine Holland führt uns im großen Amsterdam vor, wie souverän die Drogenszene zu behandeln ist BEI VOLLER EINSICHT IN DIE QUÄLENDE TATSACHE SELBST. Und typisch, daß UNSERE 360 Drogenleichen herhalten müssen für dunkle Planungen »grundsätzlicher Neuordnungen«. Ordnung! Und solches natürlich OHNE zu bedenken, daß tatsächlich was nicht in Ordnung ist - nämlich im Empfinden der Menschen zu- oder gegeneinander, von wegen der 14.000 GELUNGENEN Selbstmorde. 14.000 GELUNGENE. Denn das sind die Drogenopfer der Droge Verzweiflung. Diese 14.000 sind der Boden, aus dem die 360 noch rauskucken.

Aus 12.000 Verkehrstoten wird hier selbstverständlich die Notwendigkeit neuer Straßen und anderer Bequemlichkeiten gefolgert. Aber den Toten der Verzweiflung an der Gesellschaft ist der zweite Tod durch Totschweigen sicher. Es ist die Stille des Anstandes.

Nun denn, wir leben sowieso im Lande der Fassaden. Im Moment etwas sehr angekratzter Fassaden. Wenn aber, wie zu erwarten, die Restauration Urständ feiern wird, dann werden sich zwar die Touristen aus Oklahoma über ein Gesamt-Rothenburg o.T. freuen. Aber des deutschen Heinrich Heines Heimweh wird noch geringer werden in seiner Pariser Gruft.

Andererseits: Deutsche Schüler, die Ihr vielleicht doch eine etwas »undeutsche« Generation seid: Laßt Euch sagen: Wenn man Euch mal wieder die ungeheure Bedeutung der Schön- und Rechtschreibung der deutschen Sprache auftischt - wenn Euch wegen eines in Verve geschriebenen »isses nich herrlich« die Zensur für Euren entzückenden Aufsatz runtergestutzt wird auf eine Vier, dann laßt Euch sagen + trösten: Schiller + allemal Lichtenberg sind auf Eurer Seite. Laßt Euch sagen: Unordnung ist dem Leben zugeordnet - Ordnung ist schon der halbe Tod.

Konkret 07/83, S. 95

Peter Roos

Bücher: Ein deutsches Lyrogramm

Im Einstampfen von Druckwerken kommt das Haus Bertelsmann nicht aus der Übung: Nach Hitler nun Carstens. Zehntausend Exemplare der Gedichtsammlung des Hbundespräsidenten wurden wegen massenhafter Fehler eingezogen (die Literaturgeschichte muß nicht neu geschrieben werden).

Wenn ich mit Menschen und mit Engelszungen redete: Wach auf, wach auf, du deutsches Land! So könnte ich fortfahren mit der Zitatmontage aus Gedichtanfängen, wollte ich eine Glosse abfassen, was erwartet werden mag, wenn sich ein Rezensent einer Lyrik-Sammlung mit dem Titel »Deutsche Gedichte« nähert, die Karl Carstens herausgegeben hat, der erste Mann in diesem Staat. Es wäre zu flott, zu simpel und verdoppelte doch nur wieder das bereits Bekannte über den würdigen Wandersmann.

Was da aber auftritt an anthologischer Weltanschauung in diplomatenblauem Leinen, flanellgrauem Schutzumschlag, Vorsatz im Marmorisierimitat, mit feinem Respektblatt, ist mehr als eine Carstens-Parodie. Natürlich erfüllt der Editor alle Erwartungen, die in ihn als Poesiekenner gesetzt sind, alle Vorurteile werden bestätigt.

Klar, daß unter der Rubrik »Natur und Mensch« im Kapitel »Wandern« sämtliche einschlägigen Liedgüter auftauchen: »Wir sind durch Deutschland gefahren«, »Wildgänse rauschen durch die Nacht«, »Jenseits des Tales standen ihre Zelte« oder das von Carstens Vorsänger Scheel intonierte »Hoch auf dem gelben Wagen« bis zum »Wanderlied« von Scheffels: »Wohlauf, die Luft geht frisch und rein«. Klar, daß Uhlands »guter Kamerad« genausowenig fehlen darf wie »Lili Marleen« und Goethes »Wer nie sein Brot mit Tränen aß«.

Klar. Aber. Was macht dieses Buch der Erwähnung und der Auseinandersetzung wert?

Das 415 Seiten starke präsidiale Poesiealbum, keine persönliche Idee unseres Repräsentanten übrigens, sondern abgeguckt von des Philologen Pompidou famoser Publikation »Anthologie der französischen Poesie«, sammelt rund 300 Gedichte von rund 130 Dichtern aus rund 500 Jahren. Verse, die dem Herausgeber »persönlich besonders viel bedeuten«, die ihn »ein Leben lang begleitet« haben; die Auswahl ist deswegen »ganz subjektiv«, strebt weder »Vollständigkeit« noch »literarische Wertung« an. Die Texte sind chronologisch nach Lebensalter ihrer Autoren geordnet. (Bei der offiziellen Buchpremiere in der Villa Hammerschmidt zeigte sich Carstens beeindruckt von der »gelungenen chronologischen Anordnung«.)

In einem knapp 100seitigen Anhang soll dieser Fundus systematisch und periodisch aufbereitet werden; das »Verzeichnis der Themen- und Motivkreise« schlägt Schneisen ins Gedichtmaterial, das das Ganze und *den* Menschen abdecken soll, wobei *das* Leben gnadenlos in Einzelwehwehchen und Freuden verzettelt und kategorisiert wird, als wäre es in eine literarische Volkszählung geraten: Das geht von »Verzweiflung, Leid, Not, Angst« hin zu »Einsamkeit, Abschied, Heimweh, Schwermut«; von »Liebe, Freundschaft, Vertrauen, Trost« zu »Kampfgeist«, »Einsatz des Lebens« und »Tod«, dem »Humor, Ironie und Spott« folgen. Der Schwerpunkt liegt auf dem Gebiet »Christlicher Glaube« mit der Unterabteilung »Andere Religionen und himmlische Mächte« - obwohl hier Heinrich Lübke nicht mitediert hat. Dafür der konservative Publizist Curt Hohoff, Jahrgang 1913, Autor der »Märzhasen« und Herausgeber der »Lyrik des Abendlandes«. Der hilft mit, für rechte Ausgewogenheit zu sorgen, beispielsweise in der Sektion »Geschichte«. In dieser Abteilung findet sich auch »Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg«, für dessen Karteikarte »Verfolgung, Widerstand, Exil« Else Lasker-Schüler, Carl Zuckmayer, Rose Ausländer oder Paul Celan dichten dürfen. Für »Kriegsgeschehen« und »Vertreibung« dürfen Hans Egon Holthusen und Agnes Miegel ihre Stimme erheben, Agnes Miegel, die mit fünf anderen Carstens-Dichtern zusammen (Benn, Loerke, Münchhausen, Ina Seidel und Lulu von Strauß) im Oktober '33 dem Reichskanzler Adolf Hitler die Treue geschworen hat.

Aber zurück ins Jahr 1983: Carstens beschwört das geteilte Deutschland mit fremden Zungen, die er sich von Dissidenten leiht: Huchel, Kunert, Jentzsch, Schacht und natürlich Kunze. Sarah Kirsch hat den Abruck zweier Gedichte verboten; der Hanser-Verlag hat seinen Autor Bernd Jentzsch erst gar nicht um Erlaubnis gefragt: für die zweite Auflage untersagte der Lyriker den Nachdruck.

In diesem Wiedervereinigungs-Kontext liest sich Brechts »Lösung« zum 17. Juni unvermittelt wie ein antikommunistisches Manifest, nur jünger und technisch avancierter gemacht als Gertrud von LeForts »Die Mauer«: *»Da steht noch das alte ruhmreiche Tor. /Doch davor bäumt sich die Mauer empor / Aus wüstem Beton und aus Stacheldraht - / Da winkt keine Pforte, da leitet kein Pfad.«*

Keinen Draht hat unser Präsident zur zeitgenössischen *west*deutschen Lyrik gefunden, die es trotz der Vorwortbeteuerung zwischen seinen Buchdeckeln fast nicht gibt, vor allem die der Nachgeborenen nicht, sieht man einmal von Ulla Hahn, »FAZ«Hauslyrikerin ab. Daß da Grass, Bender, Höllerer, Fuchs, Rühmkorf, Enzensberger fehlen, erstaunt, mit Fried und Biermann war wohl nie zu rechnen. Natürlich nix Dada, nix Jandl, Heißenbüttel.

Carstens' Lieblingslyrik ist ausschließlich deutsch. Deutsch ist auch die Wortwahl seines Anhangs, in dem er mitzuteilen wünscht, was ihn an jeweils Abgedrucktem tief »ergriff«, was biografisch an den Dichtern wichtig ist. Da ist von Heimaterde, vom Volk und von der Sprachgewalt die Rede. Da werden Orden und Ehrenzeichen aufgezählt und die unerschöpfliche Wirkung hehrer Dichterworte in der hiesigen Innerlichkeit beschworen. »Christlich« in der deutschen Lyrik ist da die »Frömmigkeit«, die »Gewißheit«, der »Glaube«; »gläubig« ist das »Staunen«, die »Erkenntnis« dagegen »tief« und die »Tiefe« »groß« wie die »Reife«; die »Traurigkeit« ist ebenso »tief« wie die »Tiefe« »gedanklich«; dafür ist der »Kampfgeist« so »leidenschaftlich« wie die »Sehnsucht«, wobei die »Leidenschaft« »verhalten« zu sein hat, die »Kraft« »männlich«, »weich« das »Gemüt« und »schwarz der Humor«. Das »Land« ist »gesegnet«, die »Harmonie« »schön«, aber das »Schöne« »vergänglich«. Was bleibt da dem »Rhythmus« - außer kunstvoll zu fließen (bei Brecht)?

Nach anfänglichem Amusement quält man sich durch diese Adjektivinflation gewordene Abwesenheit eines Lektors, fühlt sich wie in der Stoffsammlung zu Flauberts »Wörterbuch der Allgemeinplätze«. Nicht wohl. Denn was einführende Erklärung sein soll, was von der »Welt am Sonntag« Sonntag für Sonntag nachgedruckt wird, verharrt in plattester An- und Nachempfindung, läßt jegliche Erklärung vermissen und dokumentiert schließlich nur Gefühlsduselei und herausgeberische Hilflosigkeit.

Aber gerade das macht paradoxerweise die »Qualität« dieses Buches aus: Dieser abgestanden konservative und unüberbietbar konventionelle Karton ist ehrlich und ungeschminkt zusammentragen, getreuer Ausdruck eines unberührt-geschlossenen Welt-Bildes, ungebrochen in der Tradition des Wahren, Schönen und Guten. So liberal sich das auch gibt - die Nachtseite, Dekadenz gar, kommt nicht vor, und wenn, siegen generationstypische Verdrängungsleistung, Berührungs- und Schmutzangst beispielsweise über den »tiefen Pessimismus« von Günter Eich, der »Alltägliches, auch Abstoßendes und Widerwärtiges« beschrieben hat. Das »Ekelhafte... als Teil der Wirklichkeit« wird ersetzt durch die Verlogenheit, ob sie nun traulich-idyllisch oder heroisch-religiös-moralisierend daherkommt.

In dieser Welt-an-Schauung wird kein Dichterwort Bewußtsein schaffen, das nicht auf der Stromlinie liegt, auch wenn Carstens der Meinung ist, die Lyrik spiele auch für Politiker eine wichtige Rolle, Dichter könnten »unsere Sensibilität für politische Verhältnisse schärfen, vor allen Dingen für Mängel, ja für Fehlentwicklungen in der Politik«. Nichts davon ist Anthologie geworden. Reines Lippenbekenntnis als Leitartikel zum neuen deutschen Hausbuch nach dem 6. März.

Die Überraschung lag für mich beim Lesen und Lautlesen eher darin, daß ich mich plötzlich in Kindergottesdienst- und Pfadfinderzeit, in Volksschul- und Konfirmandenunterricht versetzt sah. Bei »noch zehn Minuten bis Buffalo« brach mir wieder der Schweiß aus und die Erinnerung ans hochnotpeinliche Gedichtaufsagen vorn an der grünen Tafel vor der gelbgesichtigen oder feixenden Klasse. Aus dem Repertoire meiner auswendig gelernten Verse, die sich sämtlich kunterbunt beim Präsidenten, Jahrgang 1914, wiederfinden, lese ich ein Generationsbewußtsein ab - das unserer Lehrer, Lesebuchgestalter und Lebensbildner. Was Carstens da an Volks-, Lied- und Bildungsgut präsentiert, ist kein beliebiges Stückgut, sondern Bestandteil des Psycho-, Patho- und Lyrogramms von Mitbürgern, die die Prägung durch völkisch-nationales Muster bis heute nicht überwunden haben.

Karl Carstens (Hg.): »Deutsche Gedichte«, 416 Seiten, Bertelsmann Verlag, 29,80 Mark

Konkret 07/83, S. 96

Wolfgang Pohrt

Bücher: Ringelpiez im Feuilleton

Ein Suhrkamp-Philosoph auf der Bestseller-Liste: vierzigtausendmal tausend Seiten »Kritik der zynischen Vernunft« von Peter Sloterdijk - woher kommt solch ein Erfolg?

Die Reaktion des Feuilletons auf Sloterdijks »Kritik der zynischen Vernunft« ist nach dem »Stern«-Flop mit den Hitler-Tagebüchern, wo es für das Verhalten der Redakteure bis heute keine wirklich stichhaltige Begründung gibt, nun ein weiteres alarmierendes Anzeichen für galoppierenden Verfall von Urteilsvermögen und Fingerspitzengefühl in den hiesigen Medien. Und wenn die Geistesverfassung der tonangebenden Rezensenten Rückschlüsse auf den Zustand der Führungskräfte in Wirtschaft und Politik erlaubt, dann ist es jetzt höchste Zeit, etwaige Ersparnisse in Dollar anzulegen und deutsche Aktien umgehend abzustoßen.

Ein Autor, der mit seinen 35 Lenzen das Leben doch hoffentlich noch vor sich hat, wird jetzt vom Feuilleton gefeiert, als wäre er seit 100 Jahren tot. Wie bei den Hitler-Tagebüchern läßt sich der Medienwirbel zwar nicht verzeihen, aber doch wenigstens als in sich stimmiger begreifen, wenn man seine Voraussetzungen als wirklich vorhanden unterstellt.

Gesetzt den Fall also, daß die euphorischen Nekrologe, die einen 35jährigen ins Mausoleum verfrachten, auf Tatsachen beruhen, ließe sich die Euphorie folgendermaßen erklären: Ein Autor schrieb 1.000 Seiten Feuilleton, das Feuilleton hat sich darin wiedererkannt, und fortan war man unzertrennlich. Oder mit den Worten von Jürgen Busche in der »FAZ«: »Was immer dem gebildeten Menschen unter Vierzig in den vergangenen Jahren an Bildungsgut begegnen konnte - bei Sloterdijk wird es Stoff erhellender Reflexion.« Frei übersetzt: Da hat einer zehn Jahrgänge »FAZ«-, »SZ«-, »FR«- und »Zeit«-Feuilleton, außerdem »Kursbuch«, »Konkursbuch«, »Freibeuter« etc. in sich hineingefressen, wiedergekäut, aufgestoßen, und das ganze Bildungsgut kam fermentiert und homogenisiert und noch schöner und frischer als ehedem wieder heraus in Gestalt eines dicken Buches. Das Feuilleton hat hineingeschaut, und damit hat die Romanze begonnen. Es war Eigenliebe auf den ersten Blick.

Vom breiten Rücken des Doppelwälzers - könnte man weiter schlußfolgern, immer unterstellt, daß die Voraussetzungen stimmen -, vom breiten Rücken des Doppelwälzers also wie von einem konkaven Zerrspiegel auf seine Urheber und Verwalter in den Redaktionen zurückgeworfen, nahm das Bild bundesdeutschen Geisteslebens monumentale Dimensionen an, und das war ein Anblick, an dem man sich nicht mehr sattsehen konnte.

Natürlich war man begeistert: »Dieses wichtige, reiche Buch« (»SZ«), »dieses Meisterwerk« (»FAZ«) wird, da es seinen Gegenstand »multiperspektivisch betrachtet: hermeneutisch und phänomenologisch, historisch und ethisch, materialistisch und existentialistisch, dialektisch und physiognomisch« (»FR«), »zu den bezeichnendsten und intelligentesten Büchern dieser Jahre zu zählen sein« (»Zeit«), lautete die einhellige, das Urteil der Nachwelt vorwegnehmende und also auf eine Nachwelt nicht mehr rechnende Meinung.

»Ich gebe zu (und gestehe): das klingt wie eine Einladung zu einem Bordellbesuch«, kommentierte Wolfram Schütte in der »FR« seine eigene Eloge auf Sloterdijk. Betriebsausflugslaune kam auf im Feuilleton unter dem Eindruck der enthemmenden Wirkung, welche seine Selbstbestätigung durch Sloterdijks Wälzer auf es ausgeübt hatte. Die stolze Erfolgsbilanz als Stimmungskanone hatte man schon, jetzt kam es darauf an, sie auch chronologisch einzuordnen, um dann gemeinsam ein richtiges Firmenjubiläum zu feiern, ein harmonisches Fest, wo bei der zweiten Flasche Wein alle Rivalitäten, Interessenkonflikte und Klassengegensätze im Gefühl versinken, ein famoser Verein zu sein. Wegen des berechtigten Vorgefühls auf den kommenden Bankrott des westdeutschen kritischen Kulturbetriebs, wegen der dunklen Ahnungen also, welche die Rezensionen die Form von Nekrologen annehmen lassen und die Loblieder wie Abgesänge und jede begeisterte Aufforderung, Sloterdijks Buch unbedingt zu lesen, ein bißchen verzweifelt, fast wie einen Hilferuf klingen lassen - deshalb war obendrein ein kleiner Abschiedsball fällig, der den politischen Gegnern von einst Gelegenheit zur retrospektiven Versöhnung gab. Da das Ende gekommen schien, wollte man nicht im Streit voneinander scheiden.

Die chronologische Einordnung, die dem Ereignis durch seine Beziehung auf markante zurückliegende Daten eine geschichtsträchtige Dimension vermittelt, hat wieder Jürgen Busche in der »FAZ« besorgt. Rang, Platz und Bedeutung Sloterdijks werden bestimmt nach Maßgabe seines Beitrags zum kulturellen Renommee der Nation: »Sloterdijk hat die Bibliothek des Bildungsbürgers nach dreißig Jahren Bundesrepublik im Kopf. Und er hat sie ansehnlich gemacht.« Denn: »Als Schriftsteller ist Sloterdijk Schopenhauer und Spengler ebenbürtig.« Wenn jemand mit 30 Jahren Bundesrepublik im Kopf wie Schopenhauer schreibt, dann müssen auch diese 30 Jahre Bundesrepublik, dann muß man selber geistiges Format und kulturelle Größe besessen haben. Es war eine schöne Zeit. Also: *Ein kleines Dankeschön und herzlichen Glückwunsch zum dreißigjährigen Jubiläum, lieber Staat. Wir haben uns, wie unter Freunden üblich, oft in den Haaren gelegen. Aber letztlich ist das nur zu unserem gemeinsamen Besten gewesen. Wir haben viel miteinander erreicht. Dein Feuilleton.*

Die Stimmung von Abschiedsschmerz, Untergangsahnung, früher Vollendung und vergeblicher Größe, welche die Superlative der Durchhalteparolen (»FR«: »schwerlich ein heitereres Buch über einen traurigeren Gegenstand, kaum ein

gewitzteres über die herrschende Grämlichkeit, kaum ein literarisch brillanteres über die grassierende Sprachlosigkeit« etc.) untermalt und der Einigkeit des gesamten bundesdeutschen Feuilletons ihre eigentümliche Innigkeit verleiht, - diese Stimmung läßt dann auch das Bedürfnis aufkommen, Zwiegespräche mit den Ahnen zu pflegen, die durch die eigene Größe wie durch den zu erwartenden eigenen Untergang in eine intime Nähe gerückt worden sind. Fast nämlich, so lassen sich die Elogen auf Sloterdijk resümieren, ist das bundesdeutsche Geistesleben schon nicht mehr von dieser Welt, sondern in jenen klassischen Gefilden angesiedelt, wo Goethe, Platon und Homer gemeinsam ein Streichtrio von Beethoven spielen.

Kurzum: Im berechtigten Vorgefühl auf sein verdientes Ende ist das hiesige Feuilleton offenbar in Torschlußpanik verfallen und hat sich nach der Methode 'jedes legt noch schnell ein Ei' in letzter Minute ein Denkmal setzen wollen - in Anbetracht der Umstände keine ganz unbegreifliche Schlitzohrigkeit.

Doch alle Zuversicht, den Fall damit abschließend geklärt zu haben, wird mit einem Blick in Sloterdijks Buch wieder zunichte, weil er zeigt, daß die sachlichen Voraussetzungen nicht stimmen, unter denen argumentiert worden war: Die »Kritik der zynischen Vernunft« ist kein verbessertes, geschöntes Feuilleton, sondern der bloße Ausfluß von Sloterdijks gegen jede »Vernunftanstrengung« gerichteten kategorischen Imperativ: »Ihren Zwang« - also den der Vernunftanstrengung - »gilt es zu brechen. Man muß die kritische Sucht des Besserns auflösen, dem Guten zuliebe, von dem man sich auf langen Märschen so leicht entfernt. Ironischerweise ist das Ziel der kritischen Anstrengung das unbefangenste Sichgehenlassen.« Man muß Sloterdijk, der gern das »volle Leben« bemüht, immerhin zugestehen, daß er dem von ihm wie von Helmut Kohl oder Manon Maren-Grisebach hochgehaltenen Ideal der schwülstigen neuen Pausbackigkeit selber schon sehr nahe kommt, nicht durch des Gedankens Blässe angekränkelt und nicht durch Kopfwissen oder Sachkenntnisse belastet zu sein.

Wenn Sloterdijk einerseits behauptet: »Nun ist Marx jedoch mindestens zweimal in einer Weise über Leichen gegangen, die Zweifel an seinem Lehranspruch und seinem Realismus weckt«, woraus sich ganz unabhängig vom Sachverhalt die Frage ergibt, auf welche manierliche Weise Marx über Leichen hätte gehen sollen, um seinen Lehranspruch, den er als Nicht-Professor nie besessen hat, zu behalten; wenn Sloterdijk weiter von der »Härte und Verachtung« spricht, mit der Marx seine Gegner behandelt, sie »mit einem geradezu vivisektorischen Haß in Grund und Boden kritisiert« habe, und wenn Sloterdijk dann, auf Marx bezogen, schreibt: »Diese schizoid-herrenzynische Logik ist historisch beispiellos« - beispiellos also in einer Geistesgeschichte, welche die Wegbereiter des Nationalsozialismus doch wohl einschließt; wenn Sloterdijk andererseits Heidegger als einen »der ersten in der Genealogie einer Neuen und Anderen Linken« reklamiert, und wenn Sloterdijk dann schreibt: »Heidegger wäre, seiner zentralen Denkleistung nach, auch dann kein Mann der Rechten, wenn er politisch noch verworrenere Dinge gesagt hätte, als es der Fall ist« - Dinge, die so verworren nun auch wieder nicht waren, sondern eher umgekehrt außerordentlich klar, wie etwa die folgende Passage aus seiner Freiburger Rektoratsrede vom Mai 1933: »Die drei Bindungen - durch das Volk an das Geschick des Staates im geistigen Auftrag - sind dem deutschen Wesen gleich ursprünglich. Die drei von da entspringenden Dienste - Arbeitsdienst, Wehrdienst und Wissensdienst - sind gleich notwendig und gleichen Ranges.« - Wenn Sloterdijk also solche Erkenntnisse präsentiert und wenn das linksliberale Feuilleton, Schütte inklusive, dazu herzhaft jubelt, dann kann man auch das noch erklären: mit der Bonner Wende und der neuen Regierung nämlich, die sich ihrerseits nicht etwa als Rechtskoalition versteht, sondern als Kraft der Mitte.

Was man mit Bordmitteln freilich nicht mehr begreifen kann: Warum hat kein Schütte, kein Raddatz, kein Busche und wie sie alle heißen, sich vergackeiert, verhöhnt, parodiert, durch den Kakao gezogen gefühlt von solchen Sätzen - Sätzen, von denen der ganze Wälzer nur so strotzt: *»Zur großen Zeit der bürgerlichen Künste wirkte in ihnen ein ungeheurer Hunger nach Negativität - nicht zuletzt deswegen, weil in dieser das Geheimnis des Lebendigen pulsiert. « »Alle Geheimnisse liegen in der Kunst des Nachgebens, des Nichtwiderstehens.« »Daß die Zerstörung des Prinzips der Verkörperung ein Werk der christlich -bürgerlich-kapitalistischen Schizophrenien ist, braucht man nicht weiter auszuführen.«*

Warum also hat sich kein Feuilletonmensch von diesem bombastisch vergrößerten Spiegelbild der eigenen Schwächen und Fehler empfindlich getroffen und abgestoßen gefühlt? Der eigenen Fehler deshalb, weil niemand über die Halbbildung mehr wirklich erhaben ist, schon gar nicht im schnellen Geschäft; weil jeder mal in einer schwachen Minute den Fehler begeht, vegetativ einfach weiterzuschreiben, ohne nachzudenken, und weil das Resultat solchen vegetativen Weiterschreibens stets solche dem Zeitgeist entsprossenen Gemeinplätze sind, wie sie in Sloterdijks Buch den größten Teil der 1.000 Seiten füllen.

Es hilft nichts, als jene sehr allgemeine Erklärung heranzuziehen, die Adorno und Horkheimer in ihrer »Dialektik der Aufklärung« für den Kretinismus von Männern in den besten Jahren gegeben haben, für scheinbar grundlos plötzlich auftretende Anzeichen von moralischer Verwahrlosung und intellektueller Dekomposition, die in Extremfällen bis zum für Außenstehende unbegreiflichen selbstverschuldeten Ruin der aufgebauten bürgerlichen Existenz führen können: »Es ist, als ob die Menschen zur Strafe dafür, daß sie die Hoffnungen ihrer Jugend verraten und sich in die Welt einleben, mit frühzeitigem Verfall geschlagen würden.«

Besonders hart wird diese Strafe für die Linken sein. Sie werden für ihre Wende bezahlen. Wenn Schütte nun Humanität in Sloterdijks »menschenfreundlichem, weltliebenden Zuruf« vernimmt, »ganz selbstverständlich, selbstbewußt, gewitzt und

frech, lachend und plebejisch den falschen Ansprüchen, den schönen Lügen, den subtilen Überredungen zu widerstehen« - die Hungernden und Gepeinigten werden ihm dafür von Herzen dankbar sein -, dann zeigt sich der Preis für die Wende noch im selben Artikel, in Erkenntnissen und Formulierungen wie dieser: »Dialektik ist virtuell plural, multikausal und multiperspektivisch.«

Die gewendeten linken Intellektuellen werden es so weit bringen, als zu blumig und schwafelig zu gelten selbst in der Funktion eines Redenschreibers im Kanzleramt. Ob wenigstens die trübe Aussicht sie daran hindern kann, den eingeschlagenen Weg weiterzuverfolgen, ist zwar zweifelhaft. Aber immerhin gibt es eine Gerechtigkeit, und das läßt hoffen.

Peter Sloterdijk: »Kritik der zynischen Vernunft«, 2 Bande, 954 Seiten, Suhrkamp Verlag, 36 Mark

Konkret 07/83, S. 99

Oskar Lafontaine

Bücher: »So dumm kann keine Weltmacht sein...«

Der Saarbrücker Oberbürgermeister Oskar Lafontaine stellt Erhard Epplers neues Buch zur Friedensdiskussion vor.

»Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit. Denn Friede muß gewagt werden, ist das eine große Wagnis, und läßt sich nie und nimmer sichern.«

Dieses Wort Dietrich Bonhoeffers ist eine radikale Absage an die herrschende Sicherheitspolitik. Es ist das Leitmotiv für Erhard Epplers neues Buch »Die tödliche Utopie der Sicherheit«, das kurz vor dem evangelischen Kirchentag erschienen ist.

Ein Rest an Unsicherheit gehört zu den Bedingungen menschlichen Lebens. Wer versucht, diesen Rest an Unsicherheit zu beseitigen, sichert das Leben nicht, sondern er beseitigt es. Diese Einsicht ist für Erhard Eppler ein Element christlicher Lebensüberzeugung, und dieser Bezug zum Christentum wird im ganzen Buch immer wieder aufgenommen. Er zielt sicher auf die evangelische Kirche, von der Eppler ein klares Nein zur Nuklear-Rüstung erwartet.

Eppler entlarvt nicht nur die Jagd nach Sicherheit als eine schäbige Utopie, er analysiert auch das Streben der amerikanischen Weltmacht, außenpolitische Spielräume zurückzugewinnen. Ein solches Streben ist unvereinbar mit der gegenseitig gesicherten Abschreckung und der Philosophie des Gleichgewichts. Klar weist Eppler nach, daß sich die USA von beiden politischen Prinzipien gelöst haben. Wer Handlungsspielräume auch gegenüber der konkurrierenden Weltmacht UdSSR zurückgewinnen will, kann sich mit Gleichgewicht nicht abfinden, sondern er muß Überlegenheit anstreben. Überlegenheit wird in der immer besser werdenden Waffentechnik gesucht, in kurzen Flugzeiten und hoher Zielgenauigkeit.

Eppler zeigt, daß es den Vereinigten Staaten darum geht, der anderen Weltmacht wie bei der Cuba-Krise durch ein überlegenes Militärpotential den eigenen Willen aufzuzwingen. Daß die UdSSR bei der Rivalität der beiden Weltmächte voll mithält, weiß Eppler. Er weist aber auch auf den technologischen Vorsprung des Westens hin. Dabei hat Günter Anders, auf den sich Eppler in seinen Büchern immer wieder bezieht, schon lange darauf hingewiesen, daß es Überlegenheit seit Hiroshima nicht mehr gibt. Die atomare Rüstung hat den Komparativ aufgelöst. Es gibt kein Größer, kein Besser, k in Stärker mehr. Solange die Strategen des nuklearen Wettrüstens und ihre Anhänger bis hinein in die letzten Redaktionsstuben der Provinz das nicht begriffen haben, wird das gegenseitige Aufrechnen weitergehen. Epplers »Tödliche Utopie der Sicherheit« verläßt diese vordergründige Betrachtung des nuklearen Wettrüstens und wendet sich dem Grundsätzlichen zu.

Da die Vorbereitung zum Massenmord so gewaltig ist, daß unser Vorstellungsvermögen versagt, muß auch die Sprache versagen. In dem Kapitel »Sprache ohne Wirklichkeit« wird die Rolle der öffentlichen Propaganda erläutert. Die Sprache tut so, als lebten wir noch im 19. Jahrhundert. Verteidigung, Angreifer oder Waffe sind Worte, die im Zeitalter des Massenmordes auf Knopfdruck in ihrem ursprünglichen Sinne nicht mehr verwandt werden dürften. Wo die Sprache der Militärplaner analysiert wird, wird dies überdeutlich. Das Wort vom Brudermord beschreibt die gegenseitige Vernichtung durch zu dicht nebeneinander einschlagende nukleare Sprengsätze. Dabei würde christliche Lehre unter Brudermord auch den Tod des Feindes verstehen. Das Wort vom Friedenswahrer (peace-keeper), eine Erfindung der Reagan-Administration für die neue amerikanische MX-Rakete, enthüllt die Perversion des Denkens, die der herrschenden Sicherheitspolitik zugrunde liegt.

Mit Bezug auf Jonathan Schell diskutiert Eppler die Utopie der Gewaltlosigkeit als Ausweg aus der schäbigen Utopie der Sicherheit und referiert eine Reihe praktischer politischer Schritte. Es ist die Forderung nach Umrüstung der Armeen auf reine Defensiv-Systeme. Es ist die Forderung nach atomwaffenfreien Zonen. Es ist die Forderung nach einseitiger Abrüstung. Es ist die Forderung nach dem Einfrieren der atomaren Rüstung. Zu Recht erinnert Eppler daran, daß es kein Ruhmesblatt deutscher Geschichte ist, daß die Bundesrepublik am 14. Dezember 1982 in der UNO zusammen mit den USA und den meisten übrigen NATO-Staaten gegen das Einfrieren der Atom-Rüstung stimmte, während sämtliche Staaten des Warschauer Paktes dafür votierten.

Es fällt schwer, danach noch das Rüstungspropaganda-Märchen von den bösen Ostblock-Staaten und den abrüstungswilligen Staaten der NATO aufrecht zu erhalten. Wer wie Eppler und Schell mit der Frage der Gewaltlosigkeit auch Fragen der Grenzen des Nationalstaates aufwirft, der muß notwendigerweise die Blöcke in Frage stellen. So kommt Erhard Eppler zu der Feststellung, daß alles gut ist, was die Blöcke auflockert, was Freiräume innerhalb der Blöcke schafft und was gemeinsames Handeln über die Blöcke hinweg ermöglicht. Daher Fortsetzung der Entspannungspolitik und Fortsetzung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Staaten des Ostens.

Es versteht sich von selbst, daß Eppler immer wieder auf die Folgen des Wettrüstens für die Dritte Welt zu sprechen kommt. Die Rüstung der Industriestaaten ist, so stellt er fest, der unerklärte Krieg gegen den Süden. Für Eppler ist weder

das kapitalistische noch das sozialistische System so beschaffen, daß es der Dritten Welt als Vorbild dienen könnte. Konsequenterweise fordert er die Antiideologisierung der Außenpolitik.

Er entlarvt ihre Lebenslügen. Wer gegen die polnische Militärdiktatur protestiert, um mit den brutalen Militärdiktaturen Südamerikas, Mittelamerikas und der Türkei die freie Weit zu verteidigen, ist nicht glaubwürdig. Eppler beschreibt, wie die Vereinigten Staaten während der Polen-Krise alles getan haben, um den polnischen Handlungsspielraum einzuengen, also Polen noch abhängiger von Moskau zu machen. In seinen Worten: »So dumm kann auch eine Weltmacht nicht sein, daß sie - ganz aus Versehen - immer genau das Gegenteil dessen erreicht, was sie als ihr Ziel ausgibt.« Auch dies ist für Eppler eine Konsequenz der Blocklogik, die es aufzulockern gilt.

Nur eine Lockerung im westlichen Bündnis kann eine Chance dazu eröffnen. Die Westeuropäer müssen nach seiner Meinung - weil sie freier sind - vorangehen.

Für Eppler geht die Friedensbewegung auf in der Ökologiebewegung. Wie kein anderer Politiker der Bundesrepublik hat er diesen Zusammenhang immer wieder herzustellen versucht. Wer das Leben in der natürlichen Umwelt bei Tieren und Pflanzen nicht respektiert, wird auch das Leben der Menschen nicht achten können. Wer mit der Natur im Kriegszustand ist, wird erleben, daß Krieg ein anderes Wort für Tod ist. Wer will, daß Frieden ein anderes Wort für Leben wird, weiß, daß die Menschheit den Frieden mit der Natur schließen muß, um den Frieden mit sich zu finden. Epplers neues Buch ist ein Bekenntnis zum Leben.

Erhard Eppler: »Die tödliche Utopie der Sicherheit«, 220 Seiten, Rowohlt Verlag, 24 Mark

Konkret 07/83, S. 102

Hermann L. Gremliza

Gremlizas Express

Alle Wetter

Für diesmal soll die Folge kurzer und schmerzhafter Gegenwartsbewältigung, vollzogen an den teuersten Autoren, die das Land kennt, unterbrochen sein. Heute will ich höher hinaus, über das Ekklektische zur Gesamtschau, ja, wie man sehen wird, zum Gesamtschauer, kommen: Sieben Jahre Weltgeschichte, wie sie die Oberstudienräte und Prokuristen erfahren haben, auf einen Satz, niedergeschrieben von Dr. Theo Sommer, Chefredakteur der »Zeit«, ausgewählt und kommentiert von mir. Das Werk trägt den Titel »Weltgeschichte als Wetterkarte« und beginnt mit dem Sommer 1976:

Kälte-Einbruch im August. Im deutsch-deutschen Verhältnis ist ein jäher Temperatursturz eingetreten. Das Barometer steht auf Sturm.

Das folgende Jahr erlebt eine Ausbreitung des Tiefs:

Nun blasen die Winde des Wandelns in die kommunistische Welt und heulen um die Kommandobrücken.

Und 1978 kündigt sich schon das mächtige thermische Malheur an:

Über allen Gipfeln ist Ruh'! Und nun: In allen Wipfeln kaum ein Hauch? Das Resümee der staatsmännischen Hochalpinistik: Jedenfalls gibt es Ansätze. Die Staatsmänner müssen sie ausbauen - sonst wird auf dem nächsten Gipfel nicht Ruh' sein, sondern Sturm.

So endet die Konferenz der Regierungschefs aus den sieben Staaten des Großkapitals. 1979 treffen Leonid Breschnew und Jimmy Carter in Wien zusammen. Ein Hoch? Ein Tief? Hochtief:

Es wird nach dem zweiten Wiener Gipfel keinen kalten Winter geben. Andererseits berechtigt nichts zu Blütenträumen. -Die Welt tut gut daran, auch keinen politischen Wärmeausbruch zu erwarten. Es bleibt bei wechselhaftem, eher kühlem weltpolitischem Wetter - mit gelegentlichen Aufheiterungen, aber immer wieder wohl auch mit unangenehmen Graupelschauern. Und es wird auf jeden Fall ein banger Herbst werden.

In Europa ist alles so groß und in Japan ist alles so klein, aber in diesem Sommer 1979 immer wieder wohl auch:

Japanischer Gipfelblick: wolkenverhängt, sorgenbedrängt.

April 1980. Il pleut comme vache qui pisse:

In der Weltpolitik zieht wieder Sturm auf. Die ersten Böen fegen um den Globus. Viele Mögen gehofft haben, das Unwetter werde sich schon wieder verziehen. Jetzt erkennen sie: Es ist Zeit, die Dachluken zu schließen und die Fensterläden zu verriegeln... Die Antworten drängen, die Zeit verstreicht. Die Böen können sich zum Taifun auswachsen.

Zwei Monate später. Auf Regen folgt Sommer:

Weltpolitik auf der Seufzerbrücke. Von den venezianischen Gipfeln: Rundum-Blick ins Ungewisse. Die Saison der internationalen Hochalpinistik ist angebrochen. Höhenrausch mag sich bei all der politischen Bergsteigerei diesmal nicht einstellen. Die Gipfel sind umwölkt, die Ausblicke verhängt. Überall ist die Zahl der Bruchstellen, der Klüfte und Schründe größer als die der glatten Durchstiege. Es ist eine schwierige Welt, und es wird ein schwieriges Jahrzehnt werden. Vielleicht klärt ja die Höhenluft die Sinne.

Weit gefehlt! Schon zum Jahreswechsel sitzt der Theo wieder auf der untersten Sprosse:

Weltpolitik 1980: Wetterumschwung oder Klimasturz? In der Weltpolitik hat das Wetter umgeschlagen. Es wurde mit einem Male kalt und stürmisch...

Wie seit 1976, 1977, 1978 und 1979 nicht mehr.

Das Ost-West-Barometer sank vollends unter Normal. Wenn es schlimm kommt, wird nicht nur ein Wetterwechsel zu beklagen sein, sondern ein nachhaltiger Klimasturz.

Theo kann nur warnen:

Diese Lehre sollten Sowjets wie Amerikaner beherzigen. Tun sie es nicht, werden die achtziger Jahre nicht nur kalt und stürmisch, sondern gefährlich.

Im April, der nicht nur 1981 macht was er will, legt Theo zögernd ein Beinchen auf die Leiter, läßt es aber gleich ganz erschrocken wieder sinken:

Das atlantische Hoch könnte sich als Zwischenhoch entpuppen, jedenfalls ziehen allerhand Wolken über den Horizont herauf.

November kühl und naß füllt Redakteur und Tintenfaß.

Die Windstöße der Realität treiben vergilbte Blätter und welke Ideen durch die Pennsylvania Avenue. Jetzt käme es darauf an, daß mit den frühen Blütenträumen und mit spätem Herbstlaub nicht auch die langfristigen Vorhaben der Reagan-Administration in den November-Stürmen zerstieben.

Am Ende 1981 ist es wieder nur duster, aber nicht windstill:

Wohl bemühten sich die Europäer nach Kräften, ihrem geteilten Kontinent einen Temperatursturz zu ersparen, aber so tief konnten sie sich gar nicht ducken, daß die eisigen Winde aus dem Hindukusch sie nicht dennoch gestreift hätten. Die Großwetterlage hat sich nicht gebessert. Ein Klimasturz ist weniger denn je auszuschließen.

Auch als 1982 alle wieder nach oben gehen, bleibt Theo skeptisch auf dem Boden des Glases sitzen:

Die Ausblicke vom Gipfel sind reizlos in diesem Jahr. Die Seilschaften, die da zur weltpolitischen Hochalpinistik antraten, sind angeschlagen. Kein Staatsmann, der aussieht, als könne er den Gaurisankar bezwingen. Gipfelausblicke? Glorios sind sie nicht.

Wie recht er hatte, sagt er selbst:

*Kaum zwei Wochen nach den westlichen Gipfeln ist der Höhenrausch wieder verflogen. Der Graben, der Amerika von Westeuropa trennt, klafft so tief wie je.*Theo führt nicht aus, was er gegen den Atlantik hat. Vielleicht bleibt das einem späteren Werk vorbehalten, denn er muß ja weiter, zur allerneuesten Zeit, zum Frühsommer 1983:

Der Ausblick vom Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg ist nicht rosig. Die Welt jenseits des historischen Freilichtmuseums hat nichts Idyllisches an sich. Um den Gipfel treiben dunkle Wolken. Farbig ist dort mir die Vergangenheit. Die Zukunft wirkt grau und verhangen.

Der Ausblick vom Gipfel ist nicht rosig, sondern grausig. Eiszeit. Alles frieret, pfuzget und bläst. Nachts ist es kälter als draußen, und die armen Leute sollten jetzt ihre Häuser reinholen, denn die Epoche ist gekennzeichnet durch jede Menge verregneter Sommer. Der Studienrat in Pforzheim hofft, daß Sowjets und Amerikaner diese Lehre beherzigen. Zwar kann der Wind nicht legen, aber der Theo schreiben. Wegen Erklärungsnotstand findet die Weltpolitik in schlechter Witterung statt: Regen statt Reagan. Böen statt Pershings, Wolken statt victory is possible. An diesen Bildern bildet sich das gebildete Deutschland in den Grenzen des mitteleuropäischen Tiefdruckgebiets von 1983. Wetter ist Schicksal. Wo es kalt ist, wird es auch glatt: ideale Voraussetzung für jedes Hineinschliddern, auf der Suche nach dem legendären »Platz an der Sonne«, den der unsägliche Reichskanzler Bernhard von Bülow, ein Helmut Schmidt der ersten Vorkriegszeit, den Deutschen versprochen hatte, woraus jedoch nichts wurde, bis sich die Fernsehlotterie der Blütenträume annahm und jetzt der Theo. Es irrt, wer dessen wolkige Metaphern für sprachliche Unfälle eines albernen alternden Gymnasiasten hält. In ihnen erscheinen Weltbild und Sehnsüchte einer Klasse, die den Unbilden der Witterung und des Klassenkampfes trotzend zu ihrem wolkenlosen Platz an der Sonne geführt werden will - nicht mehr von Wilhelm, auch nicht von Adolf, vielleicht von Theo, gewiß am liebsten von Elmar Gunsch.

Theopolitik ist Geopolitik. Ihre Winde heulen um den Globus, um die Mauern des Kreml, durch die Pennsylvania Avenue oder aus dem Hindukusch. Stets kommen sie wie von weit, wie auf den billigeren Plätzen des Stammtischs der Iwan und Väterchen Frost. Horizont, Atlantik und Gaurisankar schicken die Stürme über die Unbeugsamen aus dem kleinen germanischen Dorf, das seit Bismarck nichts auf der Weit fürchtet, es sei denn, daß ihm der Himmel auf den Kopf fällt, welches Ereignis aber nie eintritt, und wenn doch, unseren Troubadix antrifft in würdiger Haltung sowie mit voller Windhose.